

Urheberrechtliche Hinweise zur Nutzung Elektronischer Bachelor-Arbeiten

Die auf dem Dokumentenserver der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern (ZHB) gespeicherten und via Katalog IDS Luzern zugänglichen elektronischen Bachelor-Arbeiten der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit dienen ausschliesslich der wissenschaftlichen und persönlichen Information.

Die öffentlich zugänglichen Dokumente (einschliesslich damit zusammenhängender Daten) sind urheberrechtlich gemäss Urheberrechtsgesetz geschützt. Rechtsinhaber ist in der Regel¹ die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Der Benutzer ist für die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich.

Die Nutzungsrechte sind:

- Sie dürfen dieses Werk vervielfältigen, verbreiten, mittels Link darauf verweisen. Nicht erlaubt ist hingegen das öffentlich zugänglich machen, z.B. dass Dritte berechtigt sind, über das Setzen eines Linkes hinaus die Bachelor-Arbeit auf der eigenen Homepage zu veröffentlichen (Online-Publikation).
- Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers bzw. der Autorin/Rechteinhaberin in der von ihm/ihr festgelegten Weise nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung. Alle Rechte zur kommerziellen Nutzung liegen bei der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, soweit sie von dieser nicht an den Autor bzw. die Autorin zurück übertragen wurden.
- Keine Bearbeitung. Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Allfällige abweichende oder zusätzliche Regelungen entnehmen Sie bitte dem urheberrechtlichen Hinweis in der Bachelor-Arbeit selbst. Sowohl die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit als auch die ZHB übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der publizierten Inhalte. Sie übernehmen keine Haftung für Schäden, welche sich aus der Verwendung der abgerufenen Informationen ergeben. Die Wiedergabe von Namen und Marken sowie die öffentlich zugänglich gemachten Dokumente berechtigen ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen und Marken im Sinne des Wettbewerbs- und Markenrechts als frei zu betrachten sind und von jedermann genutzt werden können.

Luzern, 16. Juni 2010

Hochschule Luzern
Soziale Arbeit



Dr. Walter Schmid
Rektor

¹ Ausnahmsweise überträgt die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit das Urheberrecht an Studierende zurück. In diesem Fall ist der/die Studierende Rechtsinhaber/in.

Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

empfiehlt diese Bachelor-Arbeit

besonders zur Lektüre!

Bachelorarbeit
Soziokulturelle Animation
Kurs VZ 2009 - 2012

Simone Brunner & Marcel Lepper

**Sozial nachhaltiger Wohnbau und mögliche Perspektiven der
Soziokulturellen Animation**

**Qualitative Forschung zur Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau in
Schweizer Städten**

Diese Bachelorarbeit wurde eingereicht im August 2012 in 4 Exemplaren zur Erlangung des vom Fachhochschulrat der Hochschule Luzern ausgestellten Diploms für Soziokulturelle Animation

Diese Arbeit ist Eigentum der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Sie enthält die persönliche Stellungnahme des Autors/der Autorin bzw. der Autorinnen und Autoren.

Veröffentlichungen – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch die Leitung Bachelor.

Reg. Nr.:

Vorwort der Schulleitung

Die Bachelorarbeit ist Bestandteil und Abschluss der beruflichen Ausbildung an der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Mit dieser Arbeit zeigen die Studierenden, dass sie fähig sind, einer berufsrelevanten Fragestellung systematisch nachzugehen, Antworten zu dieser Fragestellung zu erarbeiten und die eigenen Einsichten klar darzulegen. Das während der Ausbildung erworbene Wissen setzen sie so in Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die eigene berufliche Praxis um.

Die Bachelorarbeit wird in Einzel- oder Gruppenarbeit parallel zum Unterricht im Zeitraum von zehn Monaten geschrieben. Gruppendynamische Aspekte, Eigenverantwortung, Auseinandersetzung mit formalen und konkret-subjektiven Ansprüchen und Standpunkten sowie die Behauptung in stark belasteten Situationen gehören also zum Kontext der Arbeit.

Von einer gefestigten Berufsidentität aus sind die neuen Fachleute fähig, soziale Probleme als ihren Gegenstand zu beurteilen und zu bewerten. Soziokulturell-animatorisches Denken und Handeln ist vernetztes, ganzheitliches Denken und präzises, konkretes Handeln. Es ist daher nahe liegend, dass die Diplomandinnen und Diplomanden ihre Themen von verschiedenen Seiten beleuchten und betrachten, den eigenen Standpunkt klären und Stellung beziehen sowie auf der Handlungsebene Lösungsvorschläge oder Postulate formulieren.

Ihre Bachelorarbeit ist somit ein wichtiger Fachbeitrag an die breite thematische Entwicklung der professionellen Sozialen Arbeit im Spannungsfeld von Praxis und Wissenschaft. In diesem Sinne wünschen wir, dass die zukünftigen Soziokulturellen Animatorinnen und Animatoren mit ihrem Beitrag auf fachliches Echo stossen und ihre Anregungen und Impulse von den Fachleuten aufgenommen werden.

Luzern, im August 2012

Hochschule Luzern, Soziale Arbeit
Leitung Bachelor

Abstract

Die Anforderungen an den Wohnbau in den Schweizer Städten haben sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund der soziodemografischen Entwicklung der Gesellschaft vervielfältigt. Folgen davon sind Pluralisierung, Heterogenisierung, Alterung, Segregation und Individualisierung der Gesellschaft.

Ein möglicher Lösungsansatz, um diesen pluralisierten Ansprüchen an den Wohnbau gerecht zu werden, ist das sozial nachhaltige Bauen. Wenn die Realisierungsprozesse von Wohnbauten sozial nachhaltig erfolgen sollen, bedingt dies den partizipativen Einbezug der Bedürfnisse von Betroffenen und Interessierten.

Um die Bedürfnisse von Beteiligten zu berücksichtigen, diese in die partizipativen Prozesse zu integrieren und zwischen den verschiedenen Disziplinen, die im Wohnungsbau involviert sind, zu übersetzen und zu vermitteln, braucht es professionelle Unterstützung. Betrachtet man die theoretische Verortung der Soziokulturellen Animation, ist ersichtlich, dass sich der sozial nachhaltige Wohnbau als Handlungsfeld für die Profession anbietet.

Die Autorenschaft beschreibt in der vorliegenden Arbeit die soziale Nachhaltigkeit und die soziodemografischen Herausforderungen für den Wohnbau, erforscht Massnahmen zur Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau und geht der Frage nach, welche Rolle der Soziokulturellen Animation dabei zukommt.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
1 Einleitung	8
2 Nachhaltigkeitsdiskurs und die soziale Dimension der Nachhaltigkeit	10
2.1 Nachhaltigkeit – ein historischer Rückblick	10
2.2 Stellenwert der sozialen Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs	12
2.3 Definition soziale Nachhaltigkeit	13
2.3.1 Normative Leitidee einer sozial nachhaltigen Entwicklung	13
2.3.2 Rechtliche Verankerung der sozialen Dimension in der Schweiz	14
2.3.3 Bedeutung von „sozial“ im Kontext der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit	14
2.3.4 Charakteristika der sozialen Dimension	15
2.3.5 Operationalisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit	16
2.3.6 Schlüsselemente und Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit	16
2.3.7 Indikatorenbildung	19
2.4 Soziale Nachhaltigkeit in sozialen Systemen	19
3 Soziodemografische Herausforderungen für den Wohnbau in Schweizer Städten	21
3.1 Städte in der Schweiz	21
3.1.1 Definition Stadt	21
3.1.2 Städte in der Schweiz	22
3.2 Wohnen	22
3.2.1 Bedeutung von Wohnen	22
3.2.2 Wohnbedürfnisse	23
3.2.3 Wohnbau / Wohnformen	23
3.2.4 Akteurinnen und Akteure im Wohnbauwesen	25
3.3 Soziodemografische Herausforderungen im Wohnbau	26
3.3.1 Soziodemografischer Wandel	26
3.3.2 Faktoren des soziodemografischen Wandel	27
3.3.3 Segregation	29
3.3.4 Herausforderungen für das zukünftige, sozial nachhaltige Bauen	30
3.4 Kriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau	31
3.5 Forschungsgegenstand	33
4 Methodik	34
4.1 Forschungsfrage und Forschungsziel	34
4.2 Forschungsmethode	34
4.3 Stichprobenzusammenstellungen	35
4.4 Datenerhebung	37
4.5 Datenaufbereitung	37
4.6 Datenauswertung	37
4.7 Reflexion der Fragestellungen und des Sampling	38
5 Darstellung der Ergebnisse	39
5.1 Entstehung der Wohnprojekte	43
5.2 Soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau	52

6	Diskussion der Ergebnisse	59
6.1	Kriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau	59
6.1.1	Zielgruppe	60
6.1.2	Bedürfnisse	61
6.1.3	Partizipation in den verschiedenen Phasen	62
6.1.4	Räume	62
6.1.5	Wohnen für wechselnde Bedürfnisse	64
6.1.6	Alltagstauglichkeit	65
6.1.7	Kostenreduktion durch Planung	66
6.2	Grundvoraussetzungen für sozial nachhaltiges Bauen	67
6.3	Mögliche Rolle der Stadt als Förderin sozialer Nachhaltigkeit	68
6.4	Zukunft sozialer Nachhaltigkeit	69
6.5	Zusammenfassung	70
7	Soziokulturelle Animation	71
7.1	Soziokulturelle Animation als Profession	71
7.1.1	Grundlagen	71
7.1.2	Zielsetzungen	71
7.1.3	Funktionen	72
7.1.4	Interventionspositionen	73
7.1.5	Leitprinzipien	74
7.1.6	Tätigkeitsfelder	74
7.2	Soziokulturelle Animation und Wohnen	75
7.3	Integration der Forschungsergebnisse zur Rolle der Soziokulturellen Animation	76
7.4	Diskussion der Ergebnisse	78
8	Schlussteil	81
8.1	Stellungnahme von der Autorenschaft	84
9	Quellenverzeichnis	86
	Anhang	91
	Anhang I	91
	Anhang II	95

Der Inhalt dieser Bachelorarbeit wurde von der Autorin Simone Brunner und dem Autor Marcel Lepper gemeinsam verfasst.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Aufbau Erläuterung soziale Nachhaltigkeit (eigene Darstellung).....	13
Abb. 2: Systematisierung der Strukturmerkmale des Wohnens (Brauer, 2008, S. 132).....	24
Abb. 3: Neue Herausforderungen im Wohnbau (eigene Darstellung).....	31
Abb. 4: Kriterien sozialer Nachhaltigkeit (Wohnforum, 2010, S. 7).....	32
Abb. 5: Aufbau Leitfaden (eigene Darstellung).....	35
Abb. 6: Zusammenstellung der Stichprobe (eigene Darstellung).....	36
Abb. 7: Wohnfabrik Solinsieme (Solinsieme – Genossenschaft für neue Wohnform St. Gallen, 2012).....	39
Abb. 8: Via Felsenau (Via Felsenau, 2010).....	40
Abb. 9: Karthago (Karthago, 2012).....	40
Abb. 10: Mehr –Generationen-Haus (Giesserei mehr-generationen-haus, 2012).....	41
Abb. 11: Elsässerstrasse 7/ Fatiostrasse 23, 25, 27 (Stiftung Habitat, 2012).....	41
Abb. 12: Wohnsiedlung Brunnenhof (Stadt Zürich, 2012).....	42
Abb. 13: Mehr als Wohnen (Mehr als Wohnen, 2012).....	42
Abb. 14: Partizipative Methoden (eigene Darstellung).....	46
Abb. 15: Beteiligung bei der Umsetzungsphase (eigene Darstellung).....	47
Abb. 16: Gestaltung der Wohnphase (eigene Darstellung).....	48
Abb. 17: Herausforderungen im Wohnbau (eigene Darstellung).....	51
Abb. 18: Übersicht zu den Aussagen über die soziale Nachhaltigkeit (eigene Darstellung).....	53
Abb. 19: Aspekte sozialer Nachhaltigkeit im jeweiligen Wohnbau (eigene Darstellung).....	55
Abb. 20: Leseanleitung der Tabellen (eigene Darstellung).....	60
Abb. 21: Wohnen in Gemeinschaft (eigene Darstellung).....	63
Abb. 22: Wohnen für wechselnde Bedürfnisse (eigene Darstellung).....	64
Abb. 23: Alltagstauglichkeit (eigene Darstellung).....	65
Abb. 24: Kostenreduktion durch Planung (eigene Darstellung).....	66
Abb. 25: Konzeption sozial nachhaltiges Bauen (eigene Darstellung).....	68
Abb. 26: Stufenmodell der Partizipation (Lüttringhaus, 2000, S. 72, zit. in Hangartner, 2010, S. 4).....	72
Abb. 27: Interventionspositionen (Hangartner, 2010, S. 299).....	73
Abb. 28: Leitprinzipien (Hangartner, 2010, S. 289).....	74
Abb. 29: Tätigkeitsfelder (Hangartner, 2010, S. 287).....	75
Abb. 30: Anforderungen an die Rolle der Soziokulturellen Animation (eigene Darstellung).....	77

Vorwort

Bereits während dem Studium an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit haben wir mit grossem Interesse Zeitungsartikel über aktuelle Herausforderungen im Wohnbauwesen in den schweizerischen Städten gelesen.

Während der Recherchearbeiten zum Wohnungswesen in der Schweiz sind wir dann auf die „etwas anderen Wohnbauten“ gestossen. Wir waren von den Bedingungen, wie etwa die zukünftige Bewohnerschaft schon von Beginn an in die Planung einbezogen wird, begeistert und ahnten ein interessantes Handlungsfeld für die Soziokulturelle Animation.

Da wir im Laufe der Recherchearbeiten immer wieder aktuelle Publikationen zur sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau gestossen sind, waren wir aufgrund der Aktualität dieser Thematik sehr motiviert, die Themen „Wohnbau“ und „soziale Dimension der Nachhaltigkeit“ aufzugreifen und zu bearbeiten.

Zum Gelingen dieser Bachelorarbeit haben zahlreiche Personen beigetragen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei:

- den Interviewpartner/innen, die uns als Vertreter/innen der jeweiligen Wohnbauten ihre Zeit und ihr Wissen zur Verfügung gestellt haben.
- Prof. Dr. Gregor Husi, der uns während des ganzen Erarbeitungsprozesses der Bachelorarbeit immer wieder unterstützt hat.
- Prof. Alex Willener (Dozent an der HSLU-SA und Projektleiter), Claudia Greter (Mitarbeiterin der Kantons- und Stadtentwicklung Basel) Hanspeter Rohrer (Leiter der Fachstelle Soziales der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich) und Martina Ulmann (Mitglied der Geschäftsleitung und Verantwortliche für den Bereich „Mitglieder und Wohnen“ der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich) für die Fachpoolgespräche.
- Christine Brunner und Laura Schneider für das Lektorat und Monika Schlatter für die inhaltlichen Rückmeldungen.
- Elena Schöpfung für das Layout der Bachelorarbeit.
- Freunden und Familie.

1 Einleitung

Die soziodemografischen Entwicklungen sowie die gesellschaftlichen Veränderungen in den Städten reflektieren gemäss Erich Rainbacher (2010) eine immer grössere Nachfrage nach einer Bauweise der Wohnbauten, die den neuen Anforderungen an ökonomische, ökologische sowie soziale Aspekte der Nachhaltigkeit gerecht wird (S. 2). Jedoch muss gemäss dem Bundesamt für Raumentwicklung (2001) aus der Nachhaltigkeitsperspektive immer wieder festgestellt werden, dass

die Dimension Gesellschaft in der aktuellen Bewertungspraxis deutlich hinter der Wirtschaft und z.T. der Umwelt berücksichtigt wird. Dies ist v.a. darauf zurückzuführen, dass sich die VertreterInnen der Raumplanung nach wie vor mit der Umwelt identifizieren und die negative räumlichen Auswirkungen (der meist stark vertretenen) wirtschaftlichen Dimension eindämmen wollen. Die soziale Dimension gerät dabei in der Richtplanung tendenziell in Vergessenheit. (S. 49 zit. in Matthias Drilling & Stephanie Weiss, 2012, S. 3)

Weiter wird von Drilling und Weiss (2012) ausgeführt, dass die zunehmende Differenzierung der Gesellschaft, die Ausdruck in einer Vielzahl von Lebens-, Wohn- und Konsumstilen findet, zwar auch auf der Ebene des Wohnbaus wahrgenommen wird, jedoch nie fundiert genug aufgegriffen worden sind. Deshalb sind heute Konzepte zur nachhaltigen Siedlungs- und Wohnbauentwicklung vor allem aus der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit heraus gedacht. Wenn über die soziale Nachhaltigkeit gesprochen wird, dann zumeist in ihrer Rolle als „Erfüllungsgehilfin“ für ökologische Anliegen. Weiter wird betont, dass man auf der Suche nach Angaben zu sozialen Aspekten auf der Ebene der Wohnbauten oder Siedlungen mit unterschiedlichsten Vorstellungen konfrontiert wird. (S. 4)

Gemäss Drilling und Weiss (2012) zeigen die Erfahrungen, dass die an Planungsprozessen beteiligten Fachpersonen, wie zum Beispiel die Architekten und Architektinnen (Anmerkung der Autorenschaft), nicht über die verlangten Kompetenzen in sozialplanerischer Hinsicht verfügen oder aufgrund ihrer Rolle im Planungsprozess die Verhandlungsthemen nicht richtig vertreten können. Dennoch ist gegenwärtig ein Einbezug von Personen, beispielsweise aus dem Fachbereich der Sozialen Arbeit, beobachtbar (S. 21). Gemäss Gabi Hangartner (2010) kann die Soziokulturelle Animation im Teilbereich „Wohnen und Wohnumfeld“ verschiedene Tätigkeitsfelder wie grössere Wohnsiedlungen und Wohnbaugenossenschaften abdecken (S. 286). Mit der Absicht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, „bringt die Soziokulturelle Animation Menschen zusammen, indem sie ihre Vorüberlegungen und Informationssuchen auf demokratischen zwischenmenschlichen Zusammenhalt fokussiert (Konzeption) und zu dessen Förderung Infrastruktur, Begegnungsanlässe und Know-how zur Verfügung stellt (Organisation) und zwischenmenschliche Brücken baut (Vermittlung)“. (Gregor Husi, 2010, S. 101)

Laut Joachim H. Spangenberg (2003) ist das Hauptziel der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (S. 650). Deshalb ist die Soziokulturelle Animation dafür prädestiniert als Förderin der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit im Kontext des Wohnbaus aufzutreten.

Aufgrund dieser Ausgangslage verfolgt die Autorenschaft mit dieser Bachelorarbeit das Ziel, die inhaltliche Bestimmung der sozialen Dimension zu konkretisieren und so dazu beizutragen, dass die Wichtigkeit der sozialen Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs erkannt wird und somit auch im Wohnbau mehr an Berücksichtigung findet. Ein weiteres Ziel ist es, die aktuellen soziodemografischen Herausforderungen, die den Wohnbau tangieren, aufzuzeigen, um mit den Erkenntnissen die Notwendigkeit des sozial

nachhaltigen Wohnbaus zu unterstreichen. Mithilfe der Expertinnen- und Experteninterviews verfolgt die Autorenschaft das Ziel, genauere Informationen betreffend der Umsetzung der sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau zu gewinnen und herauszufinden, inwiefern die Akteurinnen und Akteure Handlungsmöglichkeiten für die Soziokulturelle Animation im sozial nachhaltigen Wohnbau sehen.

Aufgrund der oben genannten Ziele ergeben sich für diese Bachelorarbeit folgende Fragestellungen:

1. Wie ist der Nachhaltigkeitsdiskurs entstanden, welcher Stellenwert kommt der sozialen Dimension innerhalb dieses Diskurses zu und wie wird soziale Nachhaltigkeit definiert und operationalisiert?
2. Wie sehen aus der Perspektive der sozialen Nachhaltigkeit aktuelle soziodemografische Herausforderungen, die den Bereich des Wohnbaus tangieren in den Schweizer Städten aus, und was sind die Ursachen dafür?
3. Wie wird soziale Nachhaltigkeit von Initiantinnen und Initianten ausgewählter Wohnbauprojekte in der Schweiz verstanden und umgesetzt? Wie wird die Realisierung bewertet und wie wird das Potenzial der sozialen Nachhaltigkeit eingeschätzt?
4. Inwiefern ist die Soziokulturelle Animation eine geeignete Akteurin, um sozial nachhaltigen Wohnbau zu fördern und welche Rolle kommt ihr dabei zu?

Zur Beantwortung der ersten Fragestellung, wird in Kapitel 2 in Form eines historischen Rückblicks auf den Nachhaltigkeitsdiskurs eingegangen und der Stellenwert der sozialen Dimension innerhalb dieses Diskurses beleuchtet. Weiter wird ein Definitionsversuch der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit vorgenommen und mögliche Leitlinien zur Operationalisierung der sozialen Dimension vorgestellt.

Die zweite Fragestellung wird in Kapitel 3 bearbeitet. Es werden die Folgen des soziodemografischen Wandels, die auch den Wohnbau tangieren, dargestellt. Des Weiteren wird aus der Perspektive der sozialen Nachhaltigkeit beurteilt, worin die Herausforderungen des soziodemografischen Wandels zu sehen sind.

Um die Fragestellung drei zu beantworten, wird im Kapitel 4 zuerst das methodische Vorgehen der qualitativen Forschung erläutert. In Kapitel 5 werden dann die gewonnenen Forschungsergebnisse aus den Leitfadeninterviews dargestellt. Anschliessend werden in Kapitel 6 die dargestellten Forschungsergebnisse diskutiert und theoretische Bezüge hergestellt.

Um die letzte Fragestellung zu beantworten, wird in Kapitel 7 das Berufsfeld der Soziokulturellen Animation beleuchtet. Aufgrund der Forschungsergebnisse und den theoretischen Grundlagen der Soziokulturellen Animation wird dargelegt, warum die Animation als Akteurin im sozial nachhaltigen Wohnbau geeignet ist und warum sie als Förderin der sozialen Nachhaltigkeit in Frage kommt.

Die zusammenfassende Beantwortung aller Fragestellungen erfolgt in Kapitel 8, wo die Autorenschaft die Arbeit kritisch betrachtet und weiterführende Fragen formuliert.

Die vorliegende Arbeit richtet sich an Professionelle und Studierende der Soziokulturellen Animation sowie an die (zukünftig) im Wohnbau tätigen Akteurinnen und Akteure.

2 Nachhaltigkeitsdiskurs und die soziale Dimension der Nachhaltigkeit

In diesem Kapitel gibt die Autorenschaft zuerst einen groben Abriss über die Entstehung des Nachhaltigkeitsdiskurses, um vor dessen Hintergrund den Stellenwert der sozialen Dimension in den Diskurs einzuordnen. Weiter wird die Bedeutung der normativen Leitidee einer nachhaltigen Entwicklung im Kontext der sozialen Dimension dargestellt. In einem nächsten Schritt wird ein Definitionsversuch der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit unternommen, sowie mögliche Kernelemente und Leitlinien sozialer Nachhaltigkeit vorgestellt.

Während einer umfassenden Literaturrecherche hat die Autorenschaft festgestellt, dass in der deutschsprachigen Literatur unterschiedliche Definitionen und Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung, wie auch zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit aufgeführt werden. Diese Erkenntnis wird von vielen Autorinnen und Autoren, so auch von Claudia Empacher und Peter Wehling, bestätigt. Sie haben bereits im Jahr 2002 am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) eine Forschung durchgeführt, die eine theoriegeleitete Bestimmung des Gegenstandsbereiches „soziale Nachhaltigkeit“, die Identifikation relevanter Aspekte der sozialen Nachhaltigkeit sowie die Formulierung von Regeln wie soziale Nachhaltigkeit erreicht werden kann, als Ziele verfolgt. (Empacher, 2002, S. 1) Jene Arbeit von Empacher und Wehling (2002) „Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit. Theoretische Grundlagen und Indikatoren“ wird von verschiedenen Autorinnen und Autoren aus dem deutschsprachigen Raum zitiert. Weiter ist die Autorenschaft der Meinung, dass ihre Erkenntnisse sehr gut als Legitimationsinstrumentarium für das Berufsfeld der Soziokulturellen Animation verwendet werden können. Aus diesen Gründen hat die Autorenschaft entschieden, die Inhalte dieses Kapitels an jene Forschungsarbeit anzulehnen, wobei aber immer wieder auf Erkenntnisse anderer Autorinnen und Autoren Bezug genommen wird.

Die Diskussion um die soziale Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs wird meist im Kontext der Mehrdimensionen-Modelle geführt. Diese Modelle sind laut Ines Oehme (2007) diejenigen, auf die von wissenschaftlicher und praktischer Seite am meisten Bezug genommen wird (S. 215). Deshalb wird in dieser Arbeit auch von einem solchen Modellverständnis ausgegangen. Nach Oehme (2007) weisen die Mehrdimensionen-Modelle die Merkmale auf, so dass die ökologische, ökonomische und soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung prinzipiell als gleichberechtigt anzusehen sind. Eine nachhaltige Entwicklung wird dann erzielt, wenn die drei Dimensionen gleichermaßen berücksichtigt werden. Weiter werden Mehrdimensionen-Modelle zum Beispiel durch den institutionell-politischen Aspekt erweitert. Dieser Aspekt fokussiert vor allem auf die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung der jeweiligen Dimensionen. (S. 214 - 215) Als Mehrdimensionen-Modelle gelten beispielsweise das „Drei-Säulen-Konzept“, „Nachhaltigkeitstrias“ oder das „magische Dreieck“ (Verena Bärenbinker, 2012, S. 110).

Auf die Diskussion um die sehr heterogenen Modellvorstellungen einer „richtigen“ nachhaltigen Entwicklung geht die Autorenschaft nicht ein, da dies den Rahmen dieser Bachelorarbeit sprengen würde.

2.1 Nachhaltigkeit – ein historischer Rückblick

Nach Spangenberg (2003) ist „Nachhaltigkeit“ das wahrscheinlich anspruchsvollste Politikkonzept, das je als Leitlinie für staatliches Handeln formuliert wurde (S. 646). Wie kam es dazu?

Gemäss Christina Behrendt (2002) lassen sich die Ursprünge des Begriffs der Nachhaltigkeit bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen (zit. in Regina Ahrens, 2012, S. 33). Wegen eines drohenden Holz Mangels forderte Hans Carl von Carlowitz (1713) bereits damals „eine sothane Conversation und Anbau des Holtzes anzustellen, dass es eine continuirliche, beständige und nachhaltende Nutzung gebe [sic!]“ (zit. in Ahrens, 2012, S. 33). Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde jedoch die zunehmende Verflechtung von globalen Umweltveränderungen, ökonomischer Globalisierung sowie der kulturelle Wandel in sozialen Systemen ernsthaft diskutiert (Michelson [sic!], 2008, S. 5, zit. in Frank Dubielzig, 2009, S. 9).

Es wurde ersichtlich, wie sich menschliches Handeln auf die Erde als Ganzes auswirkt und welche Transformationsprozesse dadurch ausgelöst werden. Folglich wandelte sich das stark ökologisch-ökonomisch geprägte Verständnis von Nachhaltigkeit und wurde um die soziale Dimension der Nachhaltigkeit erweitert. (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung: Globale Umweltveränderung, 1996, S. 17, zit. in Dubielzig, 2009, S. 9).

An internationaler Bedeutung gewann die Idee der nachhaltigen Entwicklung im Jahr 1987, als an der UNO-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung der Brundtland-Bericht, auch bekannt als „Geburtsurkunde des modernen Nachhaltigkeitsdiskurses“, veröffentlicht wurde (Dubielzig, 2009, S. 10).

Im Brundtland-Bericht wird gemäss Regula Bärtschi (2012) nachhaltige Entwicklung als eine „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen zu können“ definiert (S. 8). Der Begriff „Brundtland-Bericht“ leitet sich von der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland ab, unter deren Vorsitz der Brundtland-Bericht erarbeitet wurde (Bärenbrinker, 2012, S. 88).

Die Begriffe „Nachhaltigkeit“ und „nachhaltige Entwicklung“ werden gemäss Oehme (2007) synonym verwendet, ohne sich der semantischen Auswirkung bewusst zu sein. Denn der Begriff der „Nachhaltigkeit“ beinhaltet die Auffassung eines „dauerhaften und statischen Zustands“ und ist historisch gesehen auf das forstwirtschaftliche Nachhaltigkeitsprinzip der dauerhaften Aufrechterhaltung des Bestandes zurückzuführen. Diese Sicht ist jedoch auf sozioökonomische Systeme nicht übertragbar, da diese durch einen stetigen Wandel geprägt sind (S. 209).

Der Begriff „Entwicklung“ meint nach Oehme (2007) einen „dynamischen, fortsetzbaren und gerichteten Prozess“, der mit dauernden Veränderungen verbunden ist (ib./ibid.). Unter nachhaltiger Entwicklung ist also die „Entwicklung unter Aufrechterhaltung der Produktiv- und Reproduktionspotentiale der Umwelt (...), des Gesellschaftssystems (...) und der Wirtschaft“ gemeint (Oehme, 2007, S. 209). Hartmut Bossel (2007) konkretisiert, dass die Entwicklung von sozialen Systemen kein ständiger und stetiger Fortschritt in Richtung einer „optimalen“ Gesellschaft darstellt, da ein feststehender Zustand der Gesellschaft keinerlei Veränderung mehr erlauben würde. Weil Veränderungen des Systems aber notwendig sind, um sich den Änderungen innerhalb des Systems wie auch den Umwelteinflüssen anzupassen, muss eine optimale Gesellschaft zu einem permanenten, wirksamen und rechtzeitigen Wandel fähig sein. (S. 76) Laut Oehme (2007) besteht die Leistung des Brundtland-Berichts darin, dass auf die Globalität der Problemlagen verwiesen wird und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungsbedingungen miteinander in Beziehung gesetzt werden (S. 205).

Der Brundtland-Bericht von 1987 war gemäss Oehme (2007) der Auslöser für die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Das Ergebnis der UN-Konferenz ist unter anderem die sogenannte Lokale Agenda 21, welche die Grundlage für ein neues Verständnis von globaler Verantwortung und von internationaler Zusammenarbeit in der Umwelt und Entwicklungspolitik darstellt. Die Agenda 21 gilt als ein globales Aktionsprogramm, das zur Umsetzung der Nachhaltigkeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene formuliert wurde. (S. 205 - 206) Die Definition von Nachhaltigkeit im Brundtland-Bericht wurde für die Agenda 21 übernommen. Diese Definition stiess mehrheitlich auf Zustimmung. Sybille Bauriedl (2006) merkt jedoch an, dass die Nachhaltigkeitsbegriffe im Allgemeinen unterschiedlich ausgerichtet sind und vor allem durch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNO), die Welthandelsorganisation (WTO), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder die Europäische Union (EU) geprägt wurden (S. 10). Gemäss Oehme (2007) entstand eine Vielzahl von Studien, Programmen und Plänen zur Konzeptualisierung und Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs. Der Begriff „Operationalisierung“ bedeutet in der empirischen Sozialforschung „die Umformung von theoretischen Begriffen und Hypothesen im Sinne ihrer empirischen Überprüfbarkeit durch Angabe konkreter, im Einzelnen prüfbarer Zielvorgaben und Schritte“ (Brockhaus - Die

Enzyklopädie). Weiter führt sie aus, dass über die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung ein breiter Konsens herrsche. Darüber, wie und mit welchen Konzepten jedoch nachhaltige Entwicklung unter der Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension erreicht werden soll, welche Dimension, wie gewichtet wird und mit welchen Indikatoren sie gemessen werden, darüber herrscht Uneinigkeit. (S. 207) Daniela Krysiak (2007) führt aus, dass all diese Differenzen über die Definition und Anwendung von Nachhaltigkeit aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen über philosophische und ethische Grundfragen auftreten (S. 130).

Auch über die inhaltliche Bedeutung der Dimensionen gibt es unterschiedliche Ansätze. So beinhaltet die ökologische Dimension nach René L. Frey (2008) beispielsweise die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage, einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen, das Sparen und Substituieren von natürlichen Rohstoffen sowie den Landschafts – und Artenschutz. Die ökonomische Dimension bedingt einen effizienten Einsatz der Ressourcen Kapital, Arbeit und Boden, damit die Ziele des Wohlstandswachstums, der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität langfristig erreichbar bleiben. Die soziale Dimension strebt durch die Gewährleistung immaterieller Lebensgrundlage sowie die gerechte Verteilung des Wohlstands eine stabile Gesellschaft an. Weiter soll der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert werden. (S. 47)

Da die soziale Dimension als letzte Dimension in den Nachhaltigkeitsdiskurs aufgenommen wurde und die inhaltliche Ausgestaltung der Dimension sehr vage ist, stellt sich an dieser Stelle die Frage nach dem Stellenwert der sozialen Dimension im aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs.

2.2 Stellenwert der sozialen Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs

Laut Empacher und Wehling (2002) hat die Dimension der sozialen Nachhaltigkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der Öffentlichkeit zwar eine zunehmende Beachtung gefunden, dennoch wird die Tragweite der sozialen Dimension für eine nachhaltige Entwicklung trotz der Gleichrangigkeit der drei Dimensionen noch ungenügend anerkannt (S. 5). Gemäss Oehme (2007) basiert die Gleichrangigkeit der Dimensionen auf den Vorstellungen von Mehrdimensionen-Modellen. Die Mehrdimensionen-Modelle sind oftmals als Säulen gedacht, die unverbunden nebeneinander stehen bleiben. Deshalb wird kritisiert, dass diese Dreiteilung die gegenseitige Abhängigkeit wie auch die Überschneidungen zwischen diesen drei Säulen negiert und somit Zielkonflikte dieser Dimensionen unbeleuchtet bleiben. (Oehme, 2007, S. 215) Aufgrund der Charakteristika der sozialen Dimension (vgl. Kapitel 2.3.4) besteht die Schwierigkeit, dass sich keine unmittelbare Anpassung, etwa mit den Nachhaltigkeitskonzepten der ökologischen Dimension, entwickeln lässt. So lässt sich beispielsweise keine quantitative Regel der Nutzung von (sozialen) Ressourcen formulieren, wie dies bei der Ökologie der Fall ist. (Empacher & Wehling, 2002, S. 39) Empacher und Wehling (2002) führen weiter aus, dass es oftmals unklar ist, inwieweit überhaupt eigenständige und unabhängige Ziele sozialer Nachhaltigkeit verfolgt werden können, ohne dass diese dann als Rahmenbedingungen für Ziele der ökologischen oder ökonomischen Dimension eingesetzt werden (S. 13).

Eine weitere Schwierigkeit in der Umsetzung der sozialen Dimension liegt laut Jürgen Meyerhoff und Reimund Schwarze (2007) darin, dass Regelsetzungen zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit unsystematisch und ad-hoc vorgenommen werden und dadurch an Legitimität verlieren. Der Grund liegt ihrer Meinung nach darin, dass die soziale Dimension einem grundlegenden Theoriedefizit unterliegt. (S. 8) Das Theoriedefizit begründen Drilling und Weiss (2012) darin, dass von Seiten der Sozialwissenschaftler/innen die Nachhaltigkeitsdebatte bis Mitte der 1990er Jahre ignoriert wurde (S. 4).

Empacher und Wehling (2002) sind weiter der Meinung, dass aufgrund des „Strukturkonservatismus“ in

der Nachhaltigkeitsdebatte das Entwicklungspotenzial der sozialen Dimension vernachlässigt wird und statt als eine eigenständige Ressource, als Grenze und Barriere für Nachhaltigkeitsstrategien angesehen wird (S. 13).

Dies sind mögliche Gründe, warum die soziale Dimension der Nachhaltigkeit, wie einleitend beschrieben wurde, im Diskurs rund um die Mehrdimensionen-Modelle einen tieferen Stellenwert als die anderen Dimensionen innehat.

Empacher und Wehling (2002) lösen sich von einer solchen Modellvorstellung und sind der Meinung, dass die soziale Nachhaltigkeit deshalb von grosser Bedeutung ist, da sie die Voraussetzung bildet, um die ökologische und ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit überhaupt umsetzen zu können (S.13). Aufgrund dieser Ausgangslage möchte die Autorenschaft nachfolgend vertieft auf die soziale Dimension der Nachhaltigkeit eingehen.

2.3 Definition soziale Nachhaltigkeit

Die Erläuterung der sozialen Dimension ist folgendermassen aufgebaut:



Abb. 1: Aufbau Erläuterung soziale Nachhaltigkeit (eigene Darstellung)

2.3.1 Normative Leitidee einer sozial nachhaltigen Entwicklung

Laut Beate Litting und Erich Griessler (2004) liegen den Beschlussdokumenten der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) von 1992 drei normative soziale Ziele zugrunde, aufgrund deren der normative Gehalt für die soziale Dimension der Nachhaltigkeit abgeleitet werden kann (S. 74). Diese drei normativen sozialen Ziele lauten: „Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle“, „Intergenerative, intragenerative und internationale Gerechtigkeit“ und „Partizipation aller gesellschaftlichen Akteursgruppen“ (ib./ibid). Die intergenerative Gerechtigkeit meint die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die intragenerative Gerechtigkeit die Gerechtigkeit innerhalb von Generationen (Krysiak, 2007, S. 129). Als Leitgedanke dieser normativen Prinzipien impliziert die Autorenschaft das von Spangenberg (2003) formulierte Oberziel der sozialen Nachhaltigkeit, die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (S. 650).

Peter A. Schmid (2010) führt aus, dass der Begriff „normativ“ vom Substantiv „die Norm“ abgeleitet ist und eine Handlungsanleitung darstellt. Diese Handlungsanleitung wird von verschiedenen gesellschaftlichen Werten gestützt und dementsprechend in Gestalt von Gesetzen, Vorschriften und Geboten konkretisiert und durchgesetzt. (S. 5)

2.3.2 Rechtliche Verankerung der sozialen Dimension in der Schweiz

Die Schweiz verpflichtet sich seit 1992, als sie die Schlussdokumente der UNO - Konferenz von Rio 1992 unterzeichnet hat, ihre Politik nachhaltig auszurichten und entsprechende Massnahmen umzusetzen (Regula Bärtschi et al., 2012, S. 26).

Gemäss Frey (2008) ist die nachhaltige Entwicklung in der Schweiz aufgrund einer Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung 1999 rechtlich verankert worden (S. 46). Im Zweckartikel der Eidgenossenschaft Art. 2 Abs. 1 BV wird festgehalten: „Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes“. In Art. 2 Abs. 2 BV heisst es weiter: „Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.“ Der Nachhaltigkeitsartikel in der Bundesverfassung Art. 73 BV lautet folgendermassen: „Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits an.“

So sind für die Autorenschaft Aspekte der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit im Art. 2 Abs. 1 BV unter „friedliche und gerechte internationale Ordnung“ sowie in Art. 2 Abs. 2 BV „der innere Zusammenhalt“ erkennbar, wobei der explizite Nachhaltigkeitsartikel stark ökologisch geprägt ist und die soziale Dimension vollständig ausgeblendet wird. Daraus ist folglich zu schliessen, dass auch auf der Verfassungsebene der Schweiz der sozialen Dimension vernachlässigbarer Stellenwert im Kontext des Nachhaltigkeitsdiskurses zukommt (vgl. Kapitel 2.2).

Gemäss Bärtschi et al. (2012) bedeuten diese Verfassungsgrundlagen, dass die nachhaltige Entwicklung für den Bund und die Kantone keine freiwillige, sondern eine verpflichtende Aufgabe darstellt. Bisher gibt es aber auf Bundesebene noch keine Anschlussgesetzgebung, welche die Aufgaben, die eine nachhaltige Entwicklung zur Folge haben, konkretisiert. Dies ist der Grund, warum die verfassungsrechtlichen Grundlagen lediglich die Funktion einer handlungsleitenden Vision haben. (S. 24) Bärtschi et al. (2012) halten weiter fest, dass den Kantonen, Regionen, Städten und Gemeinden bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle zukommt. So haben im Jahr 2012 zwei Drittel der Kantone und alle grösseren Städte bereits entsprechende Strategien und Instrumente erarbeitet. (S. 35 - 36)

2.3.3 Bedeutung von „sozial“ im Kontext der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit

Empacher und Wehling (2002) betonen, dass es nicht sinnvoll ist, das „Soziale“ in der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit im Kontext einer soziologischen Theorie zu formulieren, da diese dann nur in einem bestimmten Kontext begründet und expliziert werden kann (S. 40). Deshalb greift die Autorenschaft auf eine Definition zurück, wie von Empacher und Wehling (2002) gefordert wird, die ihrer Meinung nach für unterschiedliche soziologische Konzepte anschlussfähig ist (S. 39).

Karl-Heinz Hillmann (2007) definiert im Wörterbuch der Soziologie „sozial“ folgendermassen:

Sozial (von lat. = die Gesellschaft betreffend), in der Soziologie allgemein wertneutrale Bezeichnung für prozesshafte zwischenmenschliche Beziehungen (Interaktionen), für wechselseitig orientiertes Handeln von Menschen (M. Weber) und für Gebilde, aus relativ dauerhaften zwischenmenschlichen Beziehungen hervorgehen. Diese Beziehungen, Handlungen und Gebilde, die den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft eingelagert sind, beinhalten sowohl Kooperation wie auch Konflikt (...). (S. 808 - 809)

In dieser Definition ist der Ansatz der kritischen Theorie „einer dynamischen und keineswegs konfliktfreien Wechselbeziehung zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur“, die von Empacher und Wehling (2002) als besonders relevant angesehen wird, ersichtlich (S. 40). Der Ansatz der „Theorie der Strukturierung“ von Anthony Giddens, der in Empacher und Wehling (2002) ebenfalls als wichtig betrachtet wird, um „sozial“ zu beschreiben, ist in dieser Definition weniger erkennbar (S. 40). Giddens (1988) geht davon aus, dass die Strukturen sozialer Systeme nur als „Formen sozialen Verhaltens, die über Raum und Zeit hinweg permanent reproduziert werden“ existieren (zit. in Empacher & Wehling, 2002, S. 40). Das Konzept „der Dualität von Struktur“ besagt, dass die Beschaffenheit der Handelnden und der Strukturen sich wechselseitig bedingen und nicht unabhängig voneinander verlaufen. So sind Strukturen sowohl Mittel als auch Ergebnis von handelnden Individuen. Strukturen schränken das Handeln der Individuen nicht nur ein, sondern ermöglichen es auch. Dennoch kann man sagen, dass die strukturellen Momente sozialer Systeme so weit in Raum und Zeit ausgreifen, dass sie sich der Kontrolle eines jeden individuellen Akteurs entziehen. (Giddens, 1988, zit. in Empacher & Wehling, 2002, S. 40)

2.3.4 Charakteristika der sozialen Dimension

Aus den definitorischen Ansätzen von „sozial“ wird ersichtlich, dass das Individuum und die sozialen Systeme in einem Spannungsverhältnis stehen und dass sich die Strukturen sozialer Systeme und die Handlungen der Individuen über Raum und Zeit hinweg wechselseitig bedingen. Aufgrund dieser Begebenheit lassen sich gemäss Empacher und Wehling (2002) verschiedene Eigenschaften für das „Soziale“, sie nennen es auch „Charakteristika des Sozialen“, ableiten (S. 41 - 43).

- **Bipolarität des Sozialen**

Eine sozial nachhaltige Entwicklung findet auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft sowie auf der Ebene der Individuen statt. Zwischen diesen Ebenen besteht ein wechselseitiges Abhängigkeits-, aber auch Spannungsverhältnis. Die persönlichen Werte können den Werten der jeweiligen sozialen Systeme entsprechen, diesen aber auch konträr gegenüber stehen. Das heisst also, dass sich die soziale Dimension der Nachhaltigkeit in einer dauerhaften Bipolarität befindet.

- **Normativität des Sozialen**

Soziale Phänomene und soziale Prozesse haben einen normativen Eigenwert. Das bedeutet, dass diese Phänomene und Prozesse nicht ausschliesslich instrumentell nach ihren gesellschaftlichen Funktionen bewertet werden können.

- **Reflexivität des Sozialen**

Soziale Phänomene, Strukturen und Prozesse sind reflexiv. Das heisst, dass diese zwar objektiv feststellbare Elemente enthalten, aber zu deren Beurteilung immer auch soziale, kollektive oder individuelle Wahrnehmungen mit einfließen. Soziale Nachhaltigkeit kann nicht nur über „objektive“ Daten beschrieben werden, sondern enthält immer auch subjektive Elemente, die zum Beispiel durch kulturelle und politische Gegebenheiten geprägt sind. Subjektive Bewertungen von Individuen zwischen oder innerhalb sozialer Systeme sind sehr heterogen und können dementsprechend stark von einander abweichen.

- **Historizität des Sozialen**

Soziale Strukturen und Phänomene unterliegen einem stetigen Wandel. Individuen und soziale Gruppen reagieren aktiv auf interne (innerhalb der Gruppe) sowie auch auf externe, sich in der Umwelt verändernde, Umstände.

- Immaterialität des Sozialen

Soziale Prozesse und Phänomene sind vorwiegend symbolisch vermittelt und selbst immateriell, wie zum Beispiel die Faktoren Qualität, Verbindlichkeit oder Offenheit sozialer Beziehungen. Immaterielle Qualitäten des Sozialen sind für nachhaltige Entwicklungsprozesse von zentraler Bedeutung. Sie sind jedoch schwer zu erfassen, zu objektivieren und zu messen.

2.3.5 Operationalisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit

Wie im historischen Rückblick auf den Nachhaltigkeitsdiskurs ersichtlich wird, ist der Beginn des Nachhaltigkeitsdiskurses stark von einem top-down Ansatz auf internationaler Ebene geprägt. In der Politik, Soziologie sowie der Wirtschaft gelten „top-down-Prozesse“ als eine organisatorische Methode, bei der hierarchisch übergeordnete Personen das Handeln einer Gruppe wesentlich bestimmen oder beeinflussen (Duden – Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in 10 Bänden).

Es stellt sich laut Oehme (2007) die Frage, ob Kriterien und Ziele aus übergeordneten Handlungsprinzipien, also die Operationalisierung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit angesichts einer pluralisierten und ausdifferenzierten Gesellschaft, analytisch und deduktiv für alle gesellschaftlichen Kontexte ableitbar sind. (S. 210) Oehme (2007) betont weiter, dass es keine legitime Instanz gibt, die einheitliche gesellschaftliche Leitorientierungen vorgeben kann, da diese je nach den Werten jeweiliger Gesellschaften unterschiedlich lauten müssten (S. 210). Gemäss Empacher und Wehling (2002) muss darum, wenn von sozialer Nachhaltigkeit gesprochen wird, klar sein, worin die wesentlichen Funktionen sozialer Systeme bestehen, worin die erhaltenswerten sozialen Ressourcen zu sehen sind, wie die Existenz der individuellen Mitglieder einer Gesellschaft dauerhaft und in menschenwürdige Weise zu sichern ist und wie soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden kann (S. 53).

Aus diesen Gründen erachtet die Autorenschaft die Partizipation aller gesellschaftlichen Akteure und ihre Vorstellung, was die soziale Dimension der Nachhaltigkeit bedeutet und wie sie im Rahmen der Leitorientierungen umgesetzt werden soll, als unabdingbar.

2.3.6 Schlüsselemente und Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit

Wie bereits im historischen Rückblick auf den Nachhaltigkeitsdiskurs erwähnt, gibt es eine Vielzahl von Versuchen, die Dimension der sozialen Nachhaltigkeit zu operationalisieren. Die Autorenschaft greift nachfolgend auf die Vorschläge von Empacher und Wehling (2002) zurück. Sie haben versucht, die normativen Prinzipien der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit theoretisch übergreifend zu begründen sowie inhaltlich zu konkretisieren. Dies geschah mithilfe theoretischer Grundlagen des sozialwissenschaftlichen Funktionalismus, unterschiedlicher Konzepte zu Grundbedürfnissen, sowie soziologischer Konzepte des Sozialkapitals. Spangenberg (2003) erklärt, dass das normative Konzept sozialer Nachhaltigkeit zwar der Anbindung an die theoretischen Grundlagen bedarf, aber nicht aus diesen abgeleitet werden kann. Die Wertvorstellungen, Wahrnehmungsmuster und Präferenzbildungen gehen der wissenschaftlichen Analyse voraus, müssen aber von dieser berücksichtigt werden. (S. 659) Aufgrund der herausgefilterten Schlüsselemente haben Empacher und Wehling (2002) sogenannte Leitorientierungen formuliert, welche die Dimension der sozialen Nachhaltigkeit konkretisieren, um entsprechende gesellschaftliche Handlungsprinzipien und –perspektiven zu verdeutlichen, wobei diese immer auch interpretationsabhängig bleiben (S. 43). Empacher und Wehling (2002) betonen, dass diese Leitlinien, wie auch von Oehme (2007, S. 210) gefordert wird, zwar übergreifende Handlungsorientierungen mit viel Interpretationsspielraum darstellen, diese aber nicht von vornherein auf bestimmte soziale Systeme oder

Gesellschaftstypen zugeschnitten sind (S. 53). Denn gemäss Empacher und Wehling (2002) beinhalten die Leitorientierungen theoretische, politische, wie auch normative Prämissen, die nicht als weltweit anerkannt angesehen werden können (ib./ibid.)

Nachfolgend werden die Schlüsselemente und die dazugehörigen Leitorientierungen vorgestellt.

Schlüsselement 1) : Entwicklungsfähigkeit sozialer (Teil-)Systeme und Strukturen

Damit sich soziale Systeme an innere sowie äussere Veränderungen anpassen können, müssen sie lern- und entwicklungsfähig bleiben. Dieses Schlüsselement gilt übergreifend als Voraussetzung für die nachfolgenden Leitorientierungen und ist implizit in weiteren Schlüsselementen respektive Leitorientierungen enthalten. (Empacher & Wehling, 2002, S. 46 - 47)

Schlüsselement 2): Existenzsicherung aller Gesellschaftsmitglieder

- Befriedigung materieller und immaterieller Bedürfnisse

Die Bedürfnisse nach Ernährung, Wohnung, Kleidung, körperlicher Unversehrtheit, Gesundheitsversorgung, Bildung, Beschäftigung sowie Absicherung bei Krankheit Alter und sozialen Notlagen, gehören zu den unverzichtbaren Grundbedürfnissen von Personen. Weiter sind für die menschliche Existenz auch immaterielle, kulturelle Bedürfnisse wie zum Beispiel die Integration in soziale und kulturelle Zusammenhänge, die Erholung und die Freizeit unabdingbar. Eine dauerhafte und menschenwürdige Existenz ist dann möglich, wenn die Grundbedürfnisse sowie die immaterielle die und kulturelle Bedürfnisse berücksichtigt werden. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse soll subjektiv als ausreichend erfahren und empfunden werden und kann nicht ausschliesslich über objektive Grössen bewertet werden. Die Rahmenbedingungen sowie die Handlungschancen der Individuen sollen es ihnen erlauben, im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst für die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse zu sorgen. (Empacher & Wehling, 2002, S. 47 - 48)

Leitorientierung 1)

„Allen Mitgliedern der Gesellschaft soll durch die Befriedigung ihrer materiellen und immateriellen Grundbedürfnisse eine menschenwürdige Existenz ermöglicht werden.“
(Empacher & Wehling, 2002, S. 48)

- Erwerbs-, Haus-, Reproduktions- und Subsistenzarbeit

Die Arbeitstätigkeit stellt ein zentrales Bindeglied zwischen dem Individuum und der Gesellschaft dar. Sie beinhaltet die produktive Funktion (Schaffung von Gütern und Dienstleistung), die reproduktive Funktion (Kinderbetreuung, Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen) sowie die individuelle Funktion (Zugang zu Einkommen, soziale Anerkennung, etc.). Die unbezahlte, reproduktive Arbeit ist für die Erhaltung sozialer Ressourcen und für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gleichwertig wie die produktive Arbeit zu beurteilen. Die reproduktive Arbeit muss aus der Perspektive sozialer Nachhaltigkeit gesellschaftlich aufgewertet und gerecht verteilt werden. Die Chancen zu produktiver Arbeit sollten gerecht verteilt werden. In Zukunft sind Kombinationen zwischen formeller Erwerbsarbeit und ebenfalls gesellschaftlich honorierter, informeller Tätigkeiten anzustreben. (Empacher & Wehling, 2002, S. 48 - 49)

Leitorientierung 2)

„Jedes erwerbsfähige Gesellschaftsmitglied soll die Chance zu bezahlter Erwerbsarbeit oder zur Existenzsicherung durch selbständige Tätigkeit und Produktion haben. Die bezahlte Erwerbsarbeit ebenso wie die gesellschaftlich notwendige, aber in der Regel unbezahlte und ungleich verteilte Haus-, Reproduktions- und Subsistenzarbeit müssen gerecht verteilt werden.“ (Empacher & Wehling, 2002, S. 48)

Schlüsselement 3) Erhaltung und Weiterentwicklung der Sozialressourcen

Die Sozialressourcen sind Handlungspotenziale, die von Individuen angeeignet und genutzt werden können. Die Sozialressourcen bestehen nur aufgrund der Qualität gesellschaftlicher Zusammenhänge und können darum nur in gesellschaftlichen Zusammenhängen erhalten, erneuert und weiterentwickelt werden. Als Sozialressourcen sind Aspekte des „Sozialkapitals“ wie zum Beispiel soziale Beziehungsnetze und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu bezeichnen. Weitere Aspekte des sozialen Kapitals sind gesellschaftliches Wissen, kulturelle Traditionen sowie persönliche Erfahrungen und Kompetenzen. Soziale Ressourcen bieten den Individuen wie auch sozialen Gruppen Handlungsmöglichkeiten- und Sicherheiten. Darum sind diese laufend zu reproduzieren und qualitativ weiterzuentwickeln. So wandeln sich beispielsweise soziale Beziehungen, die auf der Herkunft und sozialen Zuschreibungen beruhen, hin „zu selbstgewählten und- gestalteten „post-traditionalen“ Beziehungsnetzen und kulturellen Werten. Weiter sind für die soziale Nachhaltigkeit auch Sozialressourcen, welche die Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft fördern, wie Solidarität, Toleranz, Integrations-, Selbstorganisations- und Kooperationsfähigkeit sowie die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktregelung, zentral. (Empacher & Wehling, 2002, S. 50)

Leitorientierung 3)

„Die Sozialressourcen von Gesellschaften müssen als Handlungschancen und Handlungspotentiale für die Gesellschaftsmitglieder erhalten und qualitativ weiterentwickelt werden. Offenheit, Toleranz, Integrationsfähigkeit sowie Potentiale zur gewaltfreien Konfliktregelung- und Lösung müssen gestärkt werden.“ (Empacher & Wehling, 2002, S. 50)

Schlüsselement 4) Chancengleichheit im Zugang zu Ressourcen

Die Chancengleichheit im Zugang zu materiellen, zeitlichen, bildungsrelevanten und sozialen Ressourcen ist für die intra- und intergenerative Gerechtigkeit unabdingbar. Ein nachhaltiger Entwicklungsprozess kann von der gesellschaftlichen Basis nur dann angestoßen und mitgetragen werden, wenn für alle Gesellschaftsmitglieder der Zugang zu den grundlegenden gesellschaftlichen Ressourcen und Einrichtungen gewährleistet ist. (Empacher & Wehling, 2002, S. 51 - 52)

Leitorientierung 4)

„Alle Mitglieder einer Gesellschaft sollen die gleichen Chancen des Zugangs zu grundlegenden gesellschaftlichen Ressourcen, Angeboten und Einrichtungen (Bildung, Gesundheitsversorgung, Information, Kultur, Mobilität, etc.) haben. Daher müssen alle Gesellschaftsmitglieder die gleichen Rechte besitzen, zudem müssen soziale Diskriminierungen, z.B. beim Zugang zu gesellschaftlichen Positionen, abgebaut und Prozesse der sozialen Exklusion verhindert werden.“ (Empacher & Wehling, 2002, S. 51)

Schlüsselement 5) Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen

Die demokratischen Formen der Entscheidungsfindung und Konfliktregulierung sollten in einem offenen Prozess der gesellschaftlichen Selbstregulierung stattfinden. Aufgrund der sich wandelnden Herausforderungen in einer Gesellschaft sind demokratische Formen laufend zu erweitern und qualitativ zu verbessern. Für die gesellschaftliche Zukunftsentwicklung und-gestaltung, vor allem auf lokaler Ebene, sind partizipative Entscheidungsprozessen von enormer Bedeutung. Denn eine Gesellschaft, die nicht auf demokratischen Formen und Strukturen der politischen Willensbildung und Entscheidung beruht, kann nicht als nachhaltig angesehen werden. (Empacher & Wehling, 2002, S. 52)

Leitorientierung 5)

„Allen Gesellschaftsmitgliedern muss die Partizipation an den wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen möglich sein. Demokratische Formen der Entscheidungsfindung und Konfliktregulierung sollen erweitert und verbessert werden.“

(Empacher & Wehling, 2002, S. 52)

2.3.7 Indikatorenbildung

Zum Prozess der Operationalisierung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit gehört auch die Bildung von Indikatoren. Der Begriff Indikator bedeutet im wörtlichen Sinne „Anzeiger“ (Empacher & Wehling, 2002, S. 55). Indikatoren ermöglichen es also, die Fortschritte oder die Rückschritte in einem bestimmten Bereich der sozialen Nachhaltigkeit zu beobachten. Die Auswahl von Indikatoren bezieht sich immer auf versteckte Annahmen über Ursachen, Folgen oder die Bedeutung von Sachverhalten. Die Schwierigkeit, qualitative Aspekte zu beschreiben, ist gegenüber quantitativ messbaren Phänomenen potenziert. Weiter enthält die soziale Dimension der Nachhaltigkeit nicht-materielle Elemente. Deshalb muss zur Indikatorenbildung eine geeignete „Materialisierung“ von sozialen Phänomenen gefunden werden. Weiter ist bei sozialen Sachverhalten die Formulierung von subjektiven wie auch objektiven Indikatoren notwendig. (Empacher & Wehling, 2002, S. 55 - 56)

Es gibt laut Empacher und Wehling (2002) eine Vielzahl von Indikatorensystemen, um die Entwicklungen in der sozialen Dimension zu beobachten und zu beurteilen (S. 57). Zwar gibt es in diesen Systemen vereinzelte Indikatoren, welche auf den sozial nachhaltigen Wohnbau übertragen werden können. An dieser Stelle wird jedoch nicht weiter auf die darauf eingegangen, da es für eine Festlegung von Indikatoren im Kontext des Wohnbaus einer viel umfangreicheren Forschung bedingt. Trotzdem ist aber die Autorenschaft der Meinung, dass für die bessere Anerkennung der sozialen Dimension, auch im Wohnbau, Indikatoren unabdingbar sind.

2.4 Soziale Nachhaltigkeit in sozialen Systemen

Der Autorenschaft ist während der Rechercharbeiten aufgefallen, dass es eine Vielzahl von Konzepten zur Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit im Kontext von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen existiert. So gibt es beispielsweise das „Sozio-Controlling im Unternehmen“ von Dubielzig (2008) oder soziale, auf konkrete Landesteile ausgerichtete, Nachhaltigkeitsstrategien wie beispielsweise „die soziale Nachhaltigkeitsstrategie Tirols“ (2006). Aufgrund dessen ist die Autorenschaft überzeugt, dass es sinnvoll ist, Konzepte zur sozialen Nachhaltigkeit auf soziale Systeme, wie Organisationen und Gruppen, auszurichten und je nach Strukturen unterschiedlich zu konzipieren, ohne aber die Ziele sozialer Nachhaltigkeit aus den Augen zu verlieren. Diese Annahme wird von Martin Hafén (2005) bestätigt. Er schreibt, dass soziale Systeme sich an ihren eigenen Aufgaben und an ihren systemspezifischen

Strukturen orientieren. Demnach besitzen die Systeme die Eigenschaft, sich selbst zu reproduzieren und zu organisieren. (S. 19 - 21)

Als System mit spezifischen Strukturen gilt auch der Untersuchungsgegenstand „gemeinnütziger Wohnbau“. Gemäss Bärtschi et al. (2012) sollen Rahmenbedingungen in privaten Organisationen, Verbänden und Vereinen so ausgestaltet werden, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur (sozial) nachhaltigen Entwicklung in gesellschaftlichen Systemen leisten (S. 38). Die Autorenschaft ist der Meinung, dass in diese Kategorie auch die Trägerstrukturen von Wohnbauten, wie beispielsweise Stiftungen und Wohnbaugenossenschaften, in diese Kategorie fallen.

Wie in Kapitel 2.3.2 ersichtlich wurde, kommt bezüglich der Umsetzung (sozial) nachhaltiger Prozesse auch Städten eine Schlüsselrolle zu. Deshalb wird im nächsten Kapitel näher auf die Städte eingegangen und aufgezeigt, vor welchen soziodemografischen Veränderungen diese stehen, inwiefern diese den Wohnbau tangieren und wie die soziodemografischen Veränderungen aus der Perspektive der sozialen Nachhaltigkeit zu bewerten sind.

3 Soziodemografische Herausforderungen für den Wohnbau in Schweizer Städten

In diesem Kapitel erklärt die Autorenschaft, warum sie sich in ihrer Forschungsarbeit auf Städte beschränkt und was unter dem Begriff Stadt zu verstehen ist. Weiter wird erläutert, welche Bedeutung dem Wohnen als solches und dem menschlichen Bedürfnis nach einer Wohnung zukommt und wie die Begriffe Wohnformen respektive Wohnbau definiert werden. Welchen Einfluss die soziodemografischen Entwicklungen und Segregationsprozesse auf das städtische Wohnen haben und inwiefern sich daraus Herausforderungen an die soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau stellen, wird ebenso in diesem Kapitel erklärt und bewertet. Zum Schluss des Kapitels leitet die Autorenschaft aufgrund der erklärten Problemlage ihre Wissenslücke und somit den Forschungsgegenstand ab.

3.1 Städte in der Schweiz

3.1.1 Definition Stadt

Die Autorenschaft schränkt den Forschungsgegenstand soweit ein, dass ausschliesslich neue Wohnformen im städtischen Kontext untersucht werden (vgl. Kapitel 4.3). Dies bedingt eine genauere Definition von Städten in der Schweiz. Was eine Stadt genau ausmacht, kann sowohl aus kultur-historischer sowie soziologischer oder technischer Sicht betrachtet werden. Weiter entwickelten sich die Städte sehr unterschiedlich und doch sehr gleich. Bernhard Schäfers (2006) beschreibt diesen Gegensatz von Gleichheit und Unterschiedlichkeit globaler Städte so:

Trotz der Universalität dieses die Menschheitsgeschichte seit nunmehr rund sechstausend Jahren bestimmenden Siedlungs- und Vergemeinschaftungstyps und seines überraschenden, etwa gleichzeitigen Auftretens in zumindest drei Kultur- und Weltregionen, gibt es erhebliche Unterschiede bereits im Hinblick auf die Entstehung und besonders auf die Entwicklung der Stadt. (S. 14).

Schäfers (2006) vereinfacht den Gegenstandsbereich der Stadt soweit, als dass er sich auf zwei Dimensionen beschränkt: Die Siedlungsdichte und die spezifisch in Städten vorkommenden Lebensformen. Aus dieser Vereinfachung heraus ergeben sich drei Wesenszüge einer Stadt, die sich an ein mittelalterliches Stadtbild anlehnen:

- Verdichtetes und höheres Bauen führen zu einer viel höheren Bevölkerungsdichte als in Dorfgemeinschaften.
- Die Stadt zeichnet sich durch spezielle Gebäude aus, die über die Stadtgrenzen hinaus für Militär, Kultur, Religion und Ökonomie grosse Bedeutung haben.
- In einer Stadtgesellschaft entwickeln sich unterschiedlichste Formen von Gütertausch und Arbeitsteilung in verschiedenen Märkten.

Als erweitertes Stadtgebilde sind die seit dem 19. Jahrhundert entwickelten industriellen Grossstädte zu sehen. Diese brachten weitere Charakteristika von Städten hervor und gehören heute zur Definition von städtischen Merkmalen dazu:

- Fabrikgebäude, neue Verkehrsinfrastrukturen und Versorgungstechniken zeichnen ein neues Muster der Stadt.
- Durch die Dichte und zunehmende Pluralisierung der Stadtgesellschaft entwickelte sich die Stadt zu einem „Laboratorium“, das eigene Trends setzt, wie die Säkularisierung der Gesellschaft, die

Schaffung diverser anonymer Sozialbeziehungen oder der freiwilligen Partizipation in Vereinsstrukturen.

- Es entwickelte sich ein städtischer Lifestyle, der sich mit Urbanität umschreiben lässt. Ab dem 19. Jahrhundert wurde die Stadt räumlich neu gestaltet: Galerien, Einkaufsstrassen, Restaurants, Kaufhäuser, Konzert- und Theatersäle, Museen, Parkanlage und vieles mehr prägten je länger je mehr das städtische Bild (S. 14 - 15).

Die Städte sind demnach nicht nur Ortschaften, die eine grosse Anzahl an Bewohnerinnen und Bewohnern aufweisen, sondern sie sind zusätzlich geprägt von sozialen Verhaltensmustern der Stadtbewohnerinnen und von der räumlichen Gestaltung. Abgeleitet von dieser Definition können Städte als ein „soziales Labor“ verstanden werden, was aufgrund der stark diversifizierten Lebensformen auf engem Raum die Möglichkeit erhöht, dass sich Personen zusammentun, um neue Wohnformen und –kollektive zu verwirklichen. Martina Löw, Silke Steets und Sergej Stoetzer (2008) verdeutlichen diese These, indem sie Städte als „Kristallisationsorte“ von sozialen Entwicklungen beschreiben. Die Eigenschaften der Städte, wie beispielsweise die Dichte und die damit einhergehende Anonymität und Heterogenität, üben starken Einfluss auf das Verhalten der Menschen (S. 11).

3.1.2 Städte in der Schweiz

Nach Elisabeth Lichtenberger (1991) werden Städte aufgrund ihrer statistischen Merkmale in ihrem nationalstaatlichen Kontext definiert. Das heisst, dass Ortschaften von Staat zu Staat mit unterschiedlichen Messgrössen als Städte anerkannt werden. In Dänemark und Norwegen gilt eine Ortschaft als Stadt, wenn sie mehr als 200 Einwohner/innen hat, wogegen in Japan eine Ortschaft erst mit mehr als 50'000 Einwohner/innen als Stadt gilt. Des Weiteren haben viele Staaten zusätzliche statistische Definitionsmerkmale, die eine Ortschaft haben muss, um als Stadt zu gelten. So dürfen beispielsweise in Frankreich die einzelnen Häuser der Gemeinden nicht mehr als 200 Meter voneinander entfernt sein, wenn sie als Stadt anerkannt werden wollen (zit. in Katrin Fischer, 1998, o.A.).

In der Schweiz gilt nach Frey (2008) eine Ortschaft als Stadt, wenn sie mehr als 10'000 Einwohner/innen aufweist. Nach dieser Definition existieren in der Schweiz 120 Städte, in welchen gesamthaft 3,1 Millionen Menschen, also 41 Prozent der Gesamtbevölkerung, wohnen (S. 62). Die ausgewählten Wohnprojekte, welche die Autorenschaft in dieser Arbeit genauer untersucht, entstehen oder entstanden, mit Ausnahme des Solinsieme in St. Gallen, in Schweizerischen Grossstädten. Laut Frey (2008) gelten in der Schweiz Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne, in denen mehr als 100'000 Einwohner/innen leben, als Grossstädte. St. Gallen gilt mit 73'000 Einwohner/innen als mittelgrosse Schweizer Stadt (S. 64).

3.2 Wohnen

3.2.1 Bedeutung von Wohnen

Die Autorenschaft versucht, der Bedeutung von sozialer Nachhaltigkeit im Kontext von Wohnen, Wohnbau und Wohnformen nachzugehen. Damit die Begrifflichkeiten in den Kontext von sozialer Nachhaltigkeit gestellt werden können, ist es notwendig diese genauer zu erläutern.

Die definitorische Auslegung des Wohnens wurde schon in der Vergangenheit diskutiert. Nach dem Bibliographischen Institut Mannheim (1963) kann man dem Ursprung des Wortes in verschiedenen europäischen Alt Sprachen nachgehen. Im Mittelhochdeutschen („wonen“) und Altenglischen („wunian“) wurde es mit bleiben, sich aufhalten oder gewohnt sein in Verbindung gebracht. In der gotischen Sprache

(„wunands“) wurde es zusätzlich mit „sich freuend“ und in der indogermanischen Sprache mit „nach etwas trachten, gern haben“ assoziiert. (zit. in Kerstin Dörhöfer, 2010, S. 29). Dörhöfer (2010) erwähnt, dass bezüglich der Wortbedeutung – trotz unterschiedlicher Benennungen – dem Sinn nach eine starke Übereinstimmung in den verschiedenen Epochen, Gesellschaftsformen und Regionen festzustellen ist. Das Wohnen wird grundsätzlich mit dauerhaftem Aufenthalt, Schutz, Zufriedenheit, Schonen und Wohnen in Verbindung gebracht. (S. 29) Auch Kerry-U. Brauer (2008) leitet aus den sprachlichen Ursprüngen des Wortes wohnen ab, dass damit ein Ort der Entspannung, im Sinne einer physischen und psychischen Regeneration, gedeutet wird. Physische Regeneration bedeutet, sich mit dem Wohnen vor äusseren Störungen zu schützen und sich körperlich in Form von ruhen und schlafen erholen zu können. Das Wohnen gilt als Rückzugsort, um sich geistig erholen zu können und dient auch als Kommunikationsmöglichkeit. Eine gesunde Regeneration ist nur dann möglich, wenn sich der Mensch mittels sozialer Kontakte austauschen kann. Als dritter Faktor beinhaltet das Wohnen eine Kontinuität beziehungsweise eine feste Bindung an einen Ort, die den Menschen eine Identifikation und somit ein Gefühl der Zugehörigkeit geben. Zusammengefasst ergeben sich für das Wohnen drei zentrale Funktionen (S. 31):

- Schutzfunktion
- Soziale Funktion
- Identifikationsfunktion

3.2.2 Wohnbedürfnisse

Wie genau Wohnbedürfnisse zu verorten sind, ist schwer fassbar. Wenn man nach Janine Pilloud (2004) zwischen primären (physiologischen) und sekundären (erworbenen) Bedürfnissen unterscheidet, zählt das Wohnbedürfnis zu den sekundären Bedürfnissen, da diese sozial vermittelt werden und je nach Schichtzugehörigkeit, Individuum, sozialem Umfeld und sozialem Wandel unterschiedlich interpretiert werden. (S. 15) Nach Edi Martin (2011), der Bedürfnisse als universelle Prozesse, die regulieren, dass ein Mensch in einem gesunden, überlebensfähigen Zustand bleibt, definiert, kann Wohnen im Sinne von Regeneration, Erholung und physischem Schutz verstanden werden. Das Wohnen ist demnach auch ein biologisches Bedürfnis und somit in Bezug zu Pilloud als ein primäres, physiologisches Bedürfnis zu betrachten. (S. 156 – 157) Ein Wohnbedürfnis ist insofern sekundär, wie dies Pilloud (2004) verdeutlicht, als dass das Wohnbedürfnis eng an Lebens- und Wohnform geknüpft ist und vor allem die Differenzierung in individuelle Wohnwünsche wichtig ist. Somit gibt es keine allgemeingültigen idealen Wohnformen. (S. 15 – 16) Bezogen auf fundamentale biologische Bedürfnisse nach Wärme, Schutz, Regenerierung, etc. ist es zweifelsohne ein primäres Bedürfnis. Diese These unterstützt Brauer (2008), indem er schreibt, dass mit dem Wohnen in heutiger Zeit in erster Linie Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse erfüllt werden (S. 195).

3.2.3 Wohnbau / Wohnformen

Brauer (2008) weist darauf hin, dass trotz zahlreichen Publikationen zu dem Thema, in welchen mit dem Begriff „Wohnform“ gearbeitet wird, keine klare Definition existiert. Meist wird keine inhaltliche Unterscheidung zwischen Wohnformen und Wohnmodellen gemacht.

Brauer (2008) beschreibt, dass für die Definition von Wohnformen vom Begriff „Form“ ausgegangen werden muss und dass damit die Erscheinungsform eines Gegenstands gemeint ist. Wenn man vom philosophischen Ansatz ausgeht, dass sich die Form eines Gegenstands aus der Struktur der einzelnen Elemente ergibt, lassen sich Wohnformen aus unterschiedlichen Strukturmerkmalen ableiten. Dabei können die Strukturmerkmale sowohl gegenständlich, als auch nichtgegenständlich sein.

Gegenständliche Strukturmerkmale beziehen sich auf die Immobilie oder die Wohnung, nichtgegenständliche Merkmale betreffen die rechtlichen und zwischenmenschlichen Formen, die einen Einfluss auf das Wohnen haben. Zudem lassen sich im Bereich der gegenständlichen Merkmale nochmals die äusseren Merkmale, welche die äussere Form der Immobilie oder Wohnung widerspiegeln, und die inneren Merkmale, welche die Form einer Wohnung prägen, unterscheiden. (S. 130) Die folgende Tabelle soll zur besseren Veranschaulichung der Systematisierung von Strukturmerkmalen des Wohnens dienen:

Systematisierung der Strukturmerkmale des Wohnens		
Gegenständliche Strukturmerkmale		Nichtgegenständliche Strukturmerkmale
„äussere“ Strukturmerkmale	„innere“ Strukturmerkmale	
Architektonische Merkmale	Grundrissgestaltung (z.B. hierarchisch, nicht hierarchisch, nach Feng Shui)	Rechtsform der Wohnnutzung (Mieter, Nutzer, Eigentümer)
Baustil	Wohnungsgrösse	Formen des Zusammenlebens in der Wohnung (z.B. allein, als Paar, als Familie, als Wohngemeinschaft)
Bauzustand	Wohnraumgrösse	Formen des Zusammenlebens im Quartier (z.B. „Nachbarschaftskooperationen, Formen des betreuten Wohnens)
	Ausstattungsmerkmale (Wohnkomfort, techn. Ausstattung)	
	Ausstattungsqualität	

Abb. 2: Systematisierung der Strukturmerkmale des Wohnens (Brauer, 2008, S. 132)

Brauer (2008) schreibt weiter, dass Wohnformen so vielfältig sind, wie sie verschiedene Strukturmerkmale bilden können. So kann bei den gegenständlichen äusseren Merkmalen neben Alter und Zustand auch zwischen „typischen baulichen Hüllen“ (Einfamilienhaus, Reihenhause, Wohnungen, etc.) und „atypischen baulichen Hüllen“ (Industriegebäude, Schloss, Mühle, Mobilien, Türme, etc.) unterschieden werden. Bei den gegenständlichen inneren Merkmalen werden die Wohnformen nach den qualitativen Ausstattungsniveaus (hoch, durchschnittlich, gering) differenziert, und die verschiedenen nichtgegenständlichen Strukturmerkmale werden nach den jeweiligen Nutzungsentscheidungen der Bewohnenden unterschieden (eigene Wohnung, eigenes Haus, genossenschaftliches Wohnen, Mietwohnung, Wohngemeinschaft, Wohnheim, etc.). (S. 132 - 133) Wenn im weiteren Verlauf der Arbeit von Wohnformen die Rede ist, so sind damit alle aufgezählten Strukturmerkmale mit eingeschlossen. Nachfolgend spricht die Autorenschaft von Wohnbau, denn diese Begrifflichkeit folgt der definitorischen Aussage aus dem Interview mit einer Vertreterin und einem Vertreter der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) (Interview vom 27. Juni 2012), wonach unter Wohnbau auch soziales Wohnen im Bestand zu verstehen ist. Dies beinhaltet den Prozess des Bauens sowie die Wohnphase und die nachhaltige Bewirtschaftung.

3.2.4 Akteurinnen und Akteure im Wohnbauwesen

Grundsätzlich können die Eigentümerstrukturen des Wohnungsmarktes nach André Odermatt (1997) in drei Eigentumstypen unterschieden werden (S. 178):

- Selbstnutzende Eigentümer/innen sind Personen, die eine Wohnung oder ein Haus besitzen und selbst darin wohnen
- Kommerziell orientierte Wohneigentümer/innen sind renditeorientierte Privatpersonen, Bau- und Immobiliengesellschaften, Versicherungen, Personalvorsorgestiftungen und Aktiengesellschaften
- Gemeinnützig orientierte Wohnungseigentümer/innen wie die Öffentliche Hand, Wohnbaugenossenschaften sowie Stiftungen und Vereine

Als gemeinnützig wird laut Niklaus Spori und Lukas Bühlmann (2010) prinzipiell eine Tätigkeit bezeichnet, die darauf abzielt, das allgemeine Wohl zu fördern ohne dabei eigene Interessen in materieller und wirtschaftlicher Hinsicht zu verfolgen (S. 4). Im Bereich des Wohnbaus können hauptsächlich Wohnbaustiftungen und Wohnbaugenossenschaften den Begriff für sich in Anspruch nehmen. (ib./ibid.) Gemeinnützig orientierte Wohneigentümer/innen richten sich nach den Grundsätzen der „Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz“ (2010). Den Grundsätzen der Charta kommt im Gegensatz zum Bundesgesetz zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums kein unmittelbarer rechtlicher Stellenwert zu (Spori & Bühlmann, 2010, S. 4). Aufgrund einzelner Grundsätze der Charta (2010) lässt sich der Begriff „gemeinnütziger Wohnbau“ konkretisieren.

Die gemeinnützigen Wohnbauträger der Schweiz:

- erstellen, erhalten und erwerben preisgünstigen Wohnraum, welcher dauerhaft gesichert ist.
- bieten Wohnraum für alle Bevölkerungskreise an und ermöglichen so eine gute Durchmischung.
- streben gute planerische und architektonische Lösungen an wie beispielsweise hohe Flexibilität bei der Nutzung der Wohnungen, Berücksichtigung künftiger Bedürfnisse, behindertengerechter Wohnraum, hochwertige und begegnungsfördernde Gestaltung der Aussenräume, sichere Erschliessung, Beachtung ökologischer Grundsätze bei Bau und Betrieb der Siedlungen sowie sozialverträgliche Vorgehensweise bei Umbauten und Ersatzneubauten.

Als Akteurinnen und Akteure im gemeinnützigen Wohnraum gelten prinzipiell Stiftungen und Wohnbaugenossenschaften (Odermatt, 1997, S. 178). Stiftungen sind gemäss Art. 80ff ZGB juristische Personen (körperschaftlich organisierte Personenverbindungen), welche die Aufgabe innehaben, das Vermögen, das von einer Person zu einem von ihr festgesetzten dauernden Zweck eingesetzt wird, zu verwalten und einzusetzen.

Die Stiftungszwecke können beispielsweise „günstiger Wohnraum und ein lebenswertes Stadtumfeld schaffen“, „Wohnungsvermittlung für Personen mit kleinen Budget“ sein (Anmerkung der Autorenschaft).

Gemäss Art. 828 OR ist die Genossenschaft eine als Körperschaft organisierte Verbindung einer nicht geschlossenen Zahl von Personen oder Handelsgesellschaften, die in der Hauptsache die Förderung oder Sicherung bestimmter wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe bezweckt. So haben spezifisch Wohnbaugenossenschaften zum Ziel, preiswertes Wohnen zu ermöglichen (Anmerkung der Autorenschaft).

3.3 Soziodemografische Herausforderungen im Wohnbau

In den gesellschaftlichen Teilsystemen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur ist seit einigen Jahren der demografische Wandel Gegenstand von vielen Diskussionen. Bernhard Frevel (2004) ist überzeugt, dass in den genannten Systemen nachhaltige Umbrüche einsetzen werden (S. 8). Vor allem in den Bereichen der Sozialversicherungen, der Gesundheits- und Bildungskosten oder der Infrastruktur wird der demografische Wandel, meist mit Fokus auf gesellschaftliche Überalterung, thematisiert. Auch im Zusammenhang mit gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen an das Wohnen kommt man um den Begriff des „demografischen Wandels“ nicht herum. In den folgenden Unterkapiteln wird dieser Begriff und seine Bedeutung für das Wohnen genauer untersucht. Es wird hergeleitet, warum sich aufgrund des demografischen Wandels Herausforderungen an den Wohnbau stellen. Des Weiteren will die Autorenschaft erkenntlich machen, warum sich demografischer Wandel ohne sozialen Wandel fast nicht erklären lässt und darum von „soziodemografischem Wandel“ gesprochen werden muss.

3.3.1 Soziodemografischer Wandel

Nach Olaf Schnur (2010) wird unter Demografie in ihrem ursprünglichen Sinne die „Beschreibung des Volkes“ anhand klarer Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Familienstand verstanden. Jedoch wird der Begriff selten als solcher verwendet, sondern vielmehr in Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesellschaftsstrukturen als „demografischer Wandel“ diskutiert. Dabei impliziert dieser Begriff stets mehr als die eigentliche Beschreibung von Bevölkerungsmerkmalen. (S. 27). Dieter Kreft und Ingrid Mielenz (2005) schreiben, dass Bevölkerungsentwicklung auch Prozesse, wie beispielsweise Geburten, Sterbefälle, Eheschliessungen oder Umzüge beinhaltet, die zu diesen Merkmalen der Bevölkerung führen. Unter dem Begriff der Demografie werden demnach sowohl die demografischen Strukturen – dessen Wortbedeutung Bernhard Schäfers (2004) als die „durch soziale Normen und bestimmte Handlungsmuster gewährleistete relative Dauerhaftigkeit und Regelmässigkeit sozialer Beziehungen“ beschreibt (S. 3) - sowie die demografischen Prozesse verstanden. (S. 166)

Und trotzdem reicht der Begriff des demografischen Wandels nicht aus, um das Phänomen der gesellschaftlichen Entwicklung zu erklären. Nach Schnur (2010) kommt man bei einer „nicht-normativen“ Definition zu der These, dass demografischer Wandel eng an den sozialen Wandel gekoppelt sein muss. Sozialer und demografischer Wandel beeinflussen einander stark, so dass eine Unterscheidung kaum mehr möglich ist. Zwar fehlen hierzu genauere empirische Untersuchungen, dennoch kann festgestellt werden, dass demografischer Wandel in erster Linie durch Faktoren des sozialen Wandels beeinflusst wird. (S. 27 – 28) Schäfers (2004) beschreibt den sozialen Wandel als zusammenfassender Begriff für alle Veränderungen innerhalb des Normen- und Wertesystems, der Institutionen und Organisationen, der Ökonomie und Kultur, der Politik und Verwaltung, der Religion und der Kommunikation innerhalb einer Gesellschaft (S. 10). Die Zusammenführung von sozialem und demografischem Wandel macht Schäfers (1990), indem er aus der „Bevölkerungslehre“ von Gerhard Mackenroth (1953) fünf Bestimmungsgründe für die Generativität des Menschen bestimmt (zit. in Schnur, 2010, S. 28):

- Die Zeugungs- und Gebärfähigkeit (physische Voraussetzung zur Fortpflanzung)
- Gesellschaftliche Vorstellungen bezüglich wünschenswerter Kinderanzahl, ehelicher und ausserehelicher Mutterschaft, etc. („soziale Schranken“)
- Materielle Möglichkeiten (wirtschaftliche Situation und ihr Bezug zur Kinderzahl)
- Persönlicher Wille (beidseitig gewollter Geschlechtsverkehr, Zeugung, Kinderzahl, Geburtshilfe, etc.)

- Sozialer Wandel (Indikator, der versucht, alle Phänomene, die nicht in den bereits genannten Faktoren Bestand der Erklärung sind, zu erklären)

Nach Schnur (2010) ist auffallend, dass nur der erstgenannte Punkt nicht sozial überprägt ist. Zudem wird in dieser Auflistung der Punkt „Sozialer Wandel“ als eine Art Residualgrösse betrachtet, obwohl dieser Punkt viel wichtiger sein wird und ihm eine grössere Bedeutung zukommt, als diese Auflistung vermuten lässt. Denn ihm werden sowohl die von Schäfers aufgelisteten Faktoren des sozialen Wandels als auch weitere, wie beispielsweise die gesellschaftlich geprägte Umwelt oder biologisch-medizinische Faktoren, zugeschrieben. Deshalb ist davon auszugehen, dass demografischer Wandel durch den zusätzlichen Wortteil „sozio-demografischer Wandel“ besser definiert ist. (S. 28) Da „soziodemografischer Wandel“ das Phänomen der gesellschaftlichen Entwicklung besser und adäquater beschreibt, wird deshalb im weiteren Verlauf dieser Bachelorarbeit stets diese Wortdefinition verwendet.

3.3.2 Faktoren des soziodemografischen Wandels

Der Begriff des sozialen Wandels wird vielerorts zitiert und in verschiedensten Kontexten verwendet. Die Gesellschaft hat sich insbesondere seit dem 20. Jahrhundert stark verändert und entwickelt, was zweifellos einen sehr grossen Einfluss auf das Wohnen hat. Hier soll nun beschrieben werden, welche Faktoren des soziodemografischen Wandels die Gesellschaftsstrukturen massgeblich verändern und einen entscheidenden Einfluss auf die Anforderungen an den Wohnbau haben:

- Alterung

In den westeuropäischen Ländern findet seit Jahrzehnten sukzessiv eine strukturelle Alterung der Gesellschaft statt. So ist laut Bundesamt für Statistik (BFS) der Altersquotient in der Schweiz aktuell bei 27 – das heisst auf 100 Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren entfallen 27 Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr – wogegen im Jahr 1920 dieser Quotient noch bei 10 lag. Laut Schnur (2010) führen zwei entscheidende Faktoren zu dem kontinuierlichen prozentualen Anstieg der über 64-Jährigen: auf der einen Seite erleben wir seit den 1970er-Jahren einen starken Rückgang der Geburtenzahlen und auf der anderen Seite ist die Lebenserwartung aufgrund von verbesserten medizinischen und hygienischen Bedingungen, gesünderen Essgewohnheiten, besseren Arbeitsbedingungen sowie einer allgemeinen Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstands stark gestiegen. (S. 52) Pilloud (2004) ergänzt, dass der rasante Anstieg der Lebenserwartung auch dazu führt, dass die Leute länger gesund bleiben und viele Rentner/innen vermehrt selbstbestimmtes Wohnen priorisieren (S. 38). Da in dieser Bachelorarbeit nicht explizit auf gruppenspezifische Wohnangebote eingegangen wird (vgl. Kapitel 4.3), spielt dieser Faktor für die Forschung keine entscheidende Rolle. Trotzdem erscheint es der Autorenschaft wichtig, dass der Faktor der strukturellen Überalterung im Zusammenhang mit soziodemografischen Herausforderungen erwähnt wird.

- Individualisierung und Pluralisierung

Es fällt auf, dass sich vor allem in den städtischen Gebieten die Einpersonenhaushalte stark ausbreiten. Für Schäfers (2004) geht es hierbei um einen allgemeinen sozialen Trend, dass viele Leute städtische Formen der Siedlungs- und Lebensweise und der damit verbundenen Individualisierung von Lebensstilen suchen (S. 12). Ausschlaggebend für die Bildung von Lebensstilen sind laut Hans-Peter Müller (1992) folgende Voraussetzungen (zit. in Brauer, 2008, S. 78):

- Materielle Ressourcen (Einkommen, Vermögen)
- Kulturelle Ressourcen (soziale Herkunft, Bildung)

- Werteorientierung (Persönliche Bedeutung von Familie, Freundinnen und Freunden, sozialem Umfeld, Beruf, Status, Anerkennung)

Es haben sich auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene im Bereich der Haushalts- und Familienformen gewichtige Veränderungen vollzogen. Hartmut Häussermann (1999) schreibt, dass die Annahme, dass beinahe die ganze Erdbevölkerung in Familien zusammenlebt, zumindest in den westeuropäischen Staaten seine Gültigkeit verloren hat. Die soziale Einheit des Wohnens ist je länger je weniger diejenige der Familie. Es entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von neuen Haushaltszusammensetzungen, wie beispielsweise die Alleinstehenden (Singles), unverheiratet zusammenlebende Paare, Alleinerziehende und Wohngemeinschaften. Jedoch waren nur die Wohngemeinschaften ein wirklich neuer Haushaltstyp, da dieser früher völlig unbekannt war. (S. 12) Nach Erika Spiegel (1986) können Wohngemeinschaften als gemeinsamer Haushalt von mindestens drei erwachsenen Personen mit oder ohne Kinder, die grundsätzlich nicht miteinander verwandt sind definiert werden (zit. in Häussermann, 1999, S. 14).

Diesen Veränderungen liegen verschiedene Ursachen zugrunde. Pilloud (2004) sieht einen der zentralen Gründe darin, dass es heute sozialstaatliche Sicherungen wie die Sozialhilfe auch ökonomisch schwächer gestellten Personen, Jugendlichen oder getrennt lebenden Menschen ermöglicht, unabhängig von finanzieller Unterstützung der Familie einen eigenen Haushalt führen zu können. (S. 31 – 32) Ulrich Beck (1995) schrieb hierzu, dass vor dem Hintergrund des hohen materiellen Lebensstandards und den weit vorangetriebenen sozialen Sicherheiten die Menschen aus traditionellen Klassenbindungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst wurden und stärker auf sich selbst angewiesen sind (S. 188). Jedoch sieht Häussermann (1999) den wichtigsten Grund in der veränderten Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft. Die Frauen errangen stetig mehr Bildungs- und Arbeitsmarktchancen und können sich bewusst für eine autonome und nicht der traditionellen Frauenrolle entsprechenden Lebens- und Wohnform entscheiden. Sie suchen diese überdurchschnittlich oft in den städtischen Siedlungsgebieten. Dadurch ist auch die starke Zunahme der Einpersonenhaushalte zu erklären. Denn es ist nicht so, dass hierfür die hohe Scheidungsrate oder die hohe Anzahl von getrennt lebenden Paaren verantwortlich wäre, vielmehr ist es die hohe Anzahl von 25- bis 45-Jährigen, die gar nie geheiratet hat. (S. 16)

- Heterogenisierung und neue Nachbarschaften

Laut der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE (2008) hat fast ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Der Ausländeranteil in der Schweiz betrug 2010 gesamthaft (ständige und nichtständige ausländische Wohnbevölkerung) 23,1% (zit. in Bundesamt für Statistik (BFS), 2010). In der Schweiz und insbesondere in den Städten leben somit viele Leute unterschiedlichster Herkunft auf engem Raum miteinander. Nach Gert Hullen (2004) tragen die grossen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, der auch dann bleibt, wenn die Personen in Beruf und Bildung integriert sind, zur ethnischen und kulturellen Vielfalt bei. Allerdings werden dadurch Konflikte auch schneller „ethnisiert“. (S. 19) Pilloud (2004) führt aus, dass durch die ethnische Durchmischung und den damit zusammenhängenden unterschiedlichen Lebensweisen Konflikte entstehen, die beispielsweise durch die unterschiedliche Auffassung von Ruhe, Ordnung und den Umgang mit Gemeinschaftsflächen oder schlicht durch Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten hervorgerufen werden (S. 34 - 35). Dem gegenüber steht in Miteinbezug der fortgeschrittenen Individualisierung und Pluralisierung der Trend zu neuen Nachbarschaften. Nach Häussermann (1999) sind darunter neue Organisationsformen von sozialen Netzen in der Nachbarschaft zu verstehen, die bestimmte Haushaltsfunktionen gemeinschaftlich erledigen und die aus dem starken Trend der Einpersonenhaushalte entstehende Anonymität und Isolation zu durchbrechen versuchen. Die neuen Nachbarschaften bieten dabei die Möglichkeit, fehlende soziale Netze in den

Verwandtschaftskreisen zu ersetzen und können dabei sowohl praktische Überlegungen (Entlastung, nachbarschaftliche Kooperation, etc.) als auch das Bedürfnis nach engerer Kommunikation abdecken. In diesen Kooperativen ist es den Menschen aber wichtig, ihre Nachbarinnen und Nachbarn genauer zu selektionieren, denn je mehr Privates geteilt wird, desto essenzieller ist die Übereinstimmung untereinander auch in den kleineren Bereichen des alltäglichen Lebens. (S. 18) Es ergibt sich hier also eine starke Ambivalenz zwischen einer sich immer stärker heterogenisierenden Gesellschaft und dem Bedürfnis nach neuen Nachbarschaftskooperationen. Dieser muss der Wohnbau gerecht werden.

3.3.3 Segregation

Zusätzlich zu den soziodemografischen Veränderungen oder gerade wegen diesen findet laut Andreas Farwick (2007) in den westlichen Industrieländern ein ökonomischer und gesellschaftlicher Wandel statt, der vor allem in den städtischen Gebieten eine deutliche Verschärfung der sozialen Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft verursacht. Ausgelöst werden diese Prozesse durch die von Deindustrialisierung und Tertiärisierung der städtischen Ökonomie verursachten wachsenden Einkommensdisparitäten, durch die Veränderung der Haushaltstypen, die die Verwandtenunterstützung massiv schwächen sowie durch die Zunahme der Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund, welche tendenziell einen schwächeren sozioökonomischen Status aufweisen. Diese Entwicklungen führen soweit, dass sich die sozialen Spaltungen auch in der räumlichen Aufteilung der Stadt zeigen. Durch verschiedenste Einflüsse und Prozesse am Arbeitsmarkt bilden sich in gewissen Quartieren Konzentrationen von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Durch die Heterogenisierungsprozesse sind diese Quartiere oftmals konfliktbeladen und die individuellen Chancen der dort wohnhaften Bevölkerung werden durch negative Effekte des Wohnumfelds zusätzlich erschwert. Einer der Hauptgründe für die starke Zunahme der räumlichen Konzentration von sozial benachteiligten Menschen liegt in der seit den 1960er-Jahren starken Tendenz zur Suburbanisierung. Hier wird vom Phänomen, dass ökonomisch wohlhabendere Familien sich aus den Kernstädten zurückziehen und sich ausserhalb der Stadt im Grünen neue Eigenheime kaufen, gesprochen. Zurück bleiben die sogenannten „A-Gruppen“ (Alte, Arme, Ausländer/innen, Alleinerziehende), welche aufgrund ihrer geringen sozioökonomischen Verhältnisse keine anderen Möglichkeiten haben, als in den Städten zu bleiben. (S. 111 – 112) Die Verdrängungs- und Segregationsprozesse gehen sogar noch weiter und verlaufen laut Frey (2008) seit einigen Jahren vermehrt wieder in die entgegengesetzte Richtung. Durch die homogene Gesellschaft in den Kernstädten entstanden viele Szenelokale und ein pulsierendes Leben. Das Stadtleben wurde wieder „in“. Das hat Investorinnen und Investoren auf den Plan gerufen, neue Luxuswohnräume in den Innenstädten, oft in alten Industriegebäuden, zu hohen Preisen zu verkaufen. Diesen Prozess nennt man Gentrifizierung. Der städtische Raum wird erneut umstrukturiert und die ärmeren Bevölkerungsschichten noch stärker in einzelne städtische Aussenquartiere verdrängt. (S. 88) Michal Arend (1990) fügt hier jedoch an, dass die Segregation nicht nur negativ betrachtet werden kann, da dank ihr auch kulturelle und soziale Werte gewahrt werden können (zit. in Pilloud, 2004, S. 35).

Schon in den 20er-Jahren wurde in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung von der Chicagoer Schule die zunehmende räumliche Ungleichverteilung sozialer Gruppen untersucht und als soziale Segregation bezeichnet (Farwick, 2007, S. 111). Schäfers (2004) erwähnt, dass die stadtsoziologische Forschung unter anderem feststellen konnte, dass vor allem die oberste Oberschicht und die unterste Unterschicht stark segregierte und untereinander lebende soziale Gruppen sind. Dieser Umstand macht es für die Stadtentwicklungsplanung enorm schwierig, ein für alle zufriedenstellendes Mittelmaß zwischen Durchmischung und partieller Segregation zu finden. So können Villenviertel schnell von einer hohen Abwanderung betroffen sein, wenn man sie „künstlich“ durchmischt. Genauso ist es problematisch,

wenn bestimmten ethnischen Gruppen eine gewollte Segregation mit Gleichrangigen verwehrt wird. (S. 288 - 289)

3.3.4 Herausforderungen für das zukünftige, sozial nachhaltige Bauen

Die immer unterschiedlicheren Gegebenheiten beeinflussen unsere Lebens- und Wohnweisen und reflektieren somit die immer grössere Nachfrage nach flexiblem Wohnraum. Wohnräume, die den neuen Anforderungen in ökonomischen, ökologischen, wie auch sozialen Aspekten gerecht werden sollen. So sind laut Häussermann (1999) die Wohnungsbestände immer noch stark auf „familiengerechtes“ Wohnen konzentriert. Diese Starre gegenüber den pluralisierten Variationen von Lebensentwürfen im Wohnverhalten und die strukturellen sozialen Spaltungen (Anmerkung der Autorenschaft) führen zu neuen Engpässen im Wohnungsmarkt. (S. 20) Damit der Leitorientierung 3 für sozial nachhaltigen Wohnbau nach Empacher und Wehling (2002), wonach die Sozialressourcen, Handlungsmöglichkeiten und Integration aller Gesellschaftsmitglieder gestärkt werden sollen, Rechnung getragen werden kann, müssen individuelle Wohnformen vermehrt angeboten werden. Neue Wohnformen, so Häussermann (1999) weiter, sollen dabei nicht die „herkömmliche“ Bauweise ersetzen, sondern sie vielmehr ergänzen, um eine möglichst grosse Offenheit von Angeboten für die wandelbaren Bedürfnisse einzelner Menschen und sozialer Gruppen zu ermöglichen. Es gilt zu beachten, dass die stark pluralisierten Bedürfnisse und die strukturellen Veränderungen kein verallgemeinerbares Modell von Wohnen zulassen, sondern sich die Wohnpolitik soweit verändern sollte, dass sie den Bedürfnissen jedes Einzelnen in jeder Lebensphase gerecht werden kann. (S. 20 - 21) Hierfür steht auch die Leitorientierung 1 von sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau nach Empacher und Wehling (2002), die verlangt, dass aufgrund materieller und immaterieller Bedürfnisbefriedigung allen Menschen in unserer Gesellschaft eine menschenwürdige Existenz ermöglicht wird. Die soziodemografischen Entwicklungen stellen die städtische Wohnungspolitik und die Akteurinnen und Akteure im Wohnbauwesen vor neue Herausforderungen, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Gerade die seit einigen Jahren stark anhaltenden Segregations- und Gentrifizierungsprozesse erschweren eine Wohnungspolitik, die sich, sofern sie die soziale Nachhaltigkeit verfolgt, mitunter an der Leitorientierung 4 nach Empacher und Wehling (2002) orientieren sollte. Die Leitorientierung 4 verlangt eine stärkere Chancengleichheit im Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und den Abbau von sozialen Diskriminierungen. Diese Entwicklungen nahm gemäss Rainbacher (2010) die Stadt Wien zum Anlass, bei Wohnprojekten die soziale Nachhaltigkeit höher zu gewichten, um das Wohlbefinden und das Miteinander der Bewohnerinnen und Bewohner zu forcieren (S. 2). Dies überschneidet sich stark mit der Leitorientierung 5 nach Empacher & Wehling (2002), in der sie fordern, dass alle an gesellschaftlichen Entscheidungsfindungen partizipieren können und zur Konfliktregulierung demokratische Formen erweitert und verbessert werden sollen. Sollen demokratischere und partizipative Entscheidungsfindungen jedoch adressatinnen- und adressatengerecht umgesetzt werden, bedingt es ebenfalls eine aktive Teilnahme der Betroffenen.

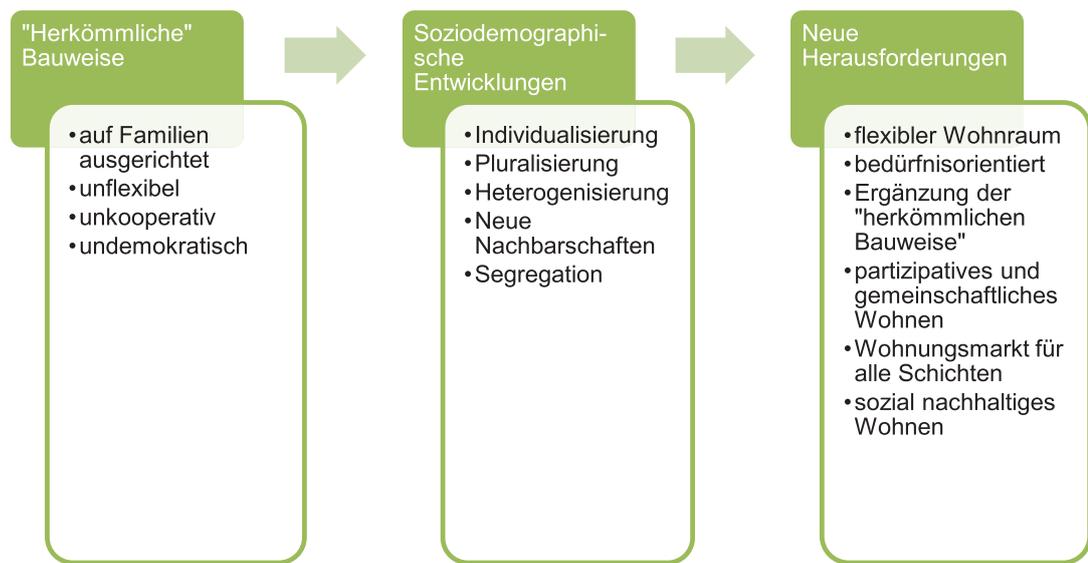


Abb. 3: Neue Herausforderungen im Wohnbau (eigene Darstellung)

3.4 Kriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau

Der Gestaltungsbeirat in Wien hat einen Kriterienkatalog zur Sozialen Nachhaltigkeit in einem Dokument zusammengefasst, der einerseits in Bauträgerwettbewerben im geförderten Wohnbau als „Jurykriterien“ verwendet wird und der andererseits als Anregung zu einer vertiefenden Auseinandersetzung gedacht ist. (Dietmar Steiner, 2010, S. 7) .

Nach Wolfgang Förster (2010) soll insbesondere geförderter Wohnraum unterschiedlichen Nutzungen, Nutzerinnen- und Nutzergruppen und Wohnformen durch vielfältig nutzbare Grundrisse, Erschließungs- und Gemeinschaftsflächen und Aussenbereiche entsprechen. Dabei ist auf Alltagstauglichkeit und Reduktion der Errichtungs- und Bewirtschaftungskosten durch geeignete Planung zu achten. Weiter sollen soziale Durchmischung, Mitbestimmungskonzepte, Hausorganisationen, identitätsstiftende Massnahmen und die Vernetzung mit sozialer Infrastruktur gestärkt werden.

Diese Kriterien (vgl. Abb. 4) können in den Augen der Autorenschaft auch von Initiantinnen und Initianten von Wohnbauten in der Schweiz, die das Ziel verfolgen, Aspekte sozialer Nachhaltigkeit umzusetzen, für eine vertiefte Auseinandersetzung beigezogen werden. Denn diese Kriterien weisen eine hohe Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz (vgl. Kapitel 3.2.4) auf.

Weiter ist die Autorenschaft der Meinung, dass diese Kriterien einen wesentlichen Beitrag für die Erfüllung der Leitorientierungen nach Empacher und Wehling (2002) leisten (vgl. Kapitel 2.3.6)

Nachfolgend soll ein Beispiel illustrieren, welches die mögliche Wirkung einzelner Kriterien auf das Individuum sowie auf die Bewohnerschaft (soziales System) sein kann. So leisten Allgemein- und Begegnungsflächen und die Lage und Ausstattung der Gemeinschaftsflächen einen Beitrag zur Erreichung der Leitorientierung drei. Durch Begegnungsflächen wie auch Gemeinschaftsräume können so neue Beziehungsnetze aufgebaut werden und Sozialressourcen, wie beispielsweise die Kooperationsfähigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, weiterentwickelt werden.

Kriterien der sozialen Nachhaltigkeit

1. ALLTAGSTAUGLICHKEIT:

- nutzungsneutrale, flexible Räume, Stauräume
- Möblierbarkeit mit Normmöbeln
- geeignete Fahrrad- und Kinderwagenabstellräume
- angstfreie und barrierefreie (Außen-)Räume
- Qualität der wohnungseigenen Freiräume
- Maßnahmen zur Erhöhung der Wohnsicherheit

2. KOSTENREDUKTION DURCH PLANUNG:

- dauerhaft sozial gebundene Wohnungen
- wirtschaftliche Grundrisse und flächenökonomische Erschließung
- Kompaktheit des Baukörpers
- Minimierung der Instandhaltungskosten des Gebäudes und der Außenbereiche
- alternative Stellplatz- und Mobilitätskonzepte anstelle von (Tief-)Garagen

3. WOHNEN IN GEMEINSCHAFT:

- Allgemeinflächen und Begegnungsbereiche: Mehrfachnutzung, kommunikative Qualitäten
- Lage und Ausstattung der Gemeinschaftsräume
- klare Nutzungs- und Betreuungskonzepte für Gemeinschaftsflächen
- Aneignbarkeit der (Außen-)Flächen durch unterschiedliche Nutzer- und Altersgruppen, vor allem auch durch Jugendliche, Berücksichtigung lärmintensiver Nutzungen, Robustheit der Materialien
- Hausorganisation, „Hausbesorger neu“
- Mitbestimmungskonzepte bei Planung, Bau und Nutzung, Betreuung bei Selbstbau (Baugruppen)
- Identität der Wohnanlage, überschaubare Nachbarschaften
- künstlerische Interventionen

4. WOHNEN FÜR WECHSELNDE BEDÜRFNISSE:

- soziale Durchmischung durch Einbindung unterschiedlicher Wohnformen
- Angebote für spezifische Nutzergruppen, bei Personen mit Betreuungsbedarf in Kooperation mit einem Betreiber
- Vernetzung mit vorhandener sozialer Infrastruktur
- spezielle Angebote für unterschiedliche (Wohn-)Kulturen
- Kombination Arbeiten und Wohnen, z. B. durch wohnungsnah zumietbare Räume
- nutzungsflexible Räume im Erdgeschoß

Abb. 4: Kriterien sozialer Nachhaltigkeit (Wohnforum, 2010, S. 7)

3.5 Forschungsgegenstand

Recherchen haben die Autorenschaft auf verschiedene Wohnprojekte aufmerksam gemacht, die sich explizit oder zumindest implizit der sozialen Nachhaltigkeit verpflichtet haben. Aufgrund des diffusen Begriffs der sozialen Nachhaltigkeit will die Autorenschaft in Form von Leitfadeninterviews Initiantinnen und Initianten ausgewählter Wohnprojekte in Schweizer Städten befragen, wie sie soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau verstehen und diese umsetzen. Die ausgearbeiteten Kriterien des Wiener Gestaltungsbeirats sowie weitere Dokumente geben nur einen groben Überblick über die Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit, stellen höchstens den „Idealfall“ dar und lassen viel Interpretationsspielraum. Die Autorenschaft will deshalb die Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau genauer erforschen.

Ziel dabei ist, einerseits aufzeigen zu können, was die einzelnen Wohnbauten im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit wie umsetzen und wo sie noch Potenzial in der Umsetzung sehen. Weiter soll herausgefunden werden, wie aus Sicht der Initiantinnen und Initianten die jeweilige Stadt den sozial nachhaltigen Wohnbau besser forcieren kann. Ein weiterer ganz zentraler Punkt der Befragung ist die Rolle der Soziokulturellen Animation (SKA): Es soll mit Hilfe der Interviews herausgefunden werden, ob die SKA sich stärker im Bereich des sozial nachhaltigen Wohnbaus engagieren soll. Der genauere Beschrieb des methodischen Vorgehens folgt im nächsten Kapitel.

4 Methodik

Im nachfolgenden Kapitel werden die Forschungsziele, die daraus folgende Forschungsmethode sowie die Stichprobe beschrieben. Weiter wird erläutert, wie die erhobenen Daten ausgewertet werden und wie die Autorenschaft rückblickend das Forschungsvorgehen reflektiert.

4.1 Forschungsfrage und Forschungsziel

Aufgrund des formulierten Forschungsgegenstands werden folgende Fragen, die für die Forschung leitend sind, formuliert:

- Wie wird soziale Nachhaltigkeit von Initiantinnen und Initianten gemeinnütziger Wohnbauprojekte in der Schweiz verstanden und umgesetzt? Wie wird die Realisierung bewertet und wie wird das Potenzial der Sozialen Nachhaltigkeit eingeschätzt?
- Inwiefern ist die Soziokulturelle Animation eine geeignete Akteurin, um sozial nachhaltigen Wohnbau zu fördern und welche Rolle kommt ihr dabei zu?

Mithilfe dieser Fragen hat die Autorenschaft zum Ziel, das bestehende Wissen zum sozial nachhaltigen Wohnbau zu vertiefen und vor allem Einblick in die partizipativen Verfahren in den unterschiedlichen Phasen eines Wohnbaus zu erhalten. Weiter möchte die Autorenschaft in Erfahrung bringen, wie die Expertinnen und Experten den Stellenwert der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit in Zukunft bewerten und inwiefern der Soziokulturellen Animation eine tragende Rolle im Kontext der Förderung der Leitlinien sozialer Nachhaltigkeit respektive des sozial nachhaltigen Wohnbaus zukommt.

4.2 Forschungsmethode

Nach der Auseinandersetzung mit verschiedenen Forschungsmethoden hat sich die Autorenschaft für eine qualitative Forschung anhand des Leitfadeninterviews als Expertinnen – und Experteninterview entschieden.

Der Grund für die Wahl des Leitfadeninterviews liegt darin, dass die Autorenschaft basierend auf den Forschungsfragen das Ziel, konkrete Aussagen über den Gegenstand „sozial nachhaltiger Wohnbau“ zu gewinnen, verfolgt. Dafür ist laut Horst O. Mayer (2006) das Leitfadeninterview die geeignetste Methode (S. 36). Das Leitfadeninterview stellt gemäss Winfried Marotzki (2003) sicher, dass interessierende Aspekte auch angesprochen werden und somit ein Vergleich mit anderen Interviews, denen der gleiche Leitfaden zugrunde liegt, möglich ist. So können narrative Potenziale der Informantin/ des Informanten nutzbar gemacht werden (zit. in Jürgen StremLOW, 2006, S. 1).

Eine besondere Form des Leitfadeninterviews ist das Expertinnen- und Experteninterview. In dieser Methode interessiert die/der Befragte weniger als Person, sondern in ihrer/seiner Funktion als Expertin oder Experte des zu untersuchenden Handlungsfeldes (Flick, 1999, S. 109, Meuser und Nagel, 1991, zit. in Mayer, 2006, S. 37). In diesem Kontext ist die/ der Befragte somit Repräsentantin oder Repräsentant des jeweiligen Wohnbaus.

Eine Voraussetzung für das Leitfadeninterview als Expertinnen- und Experteninterview besteht darin, dass das Interviewteam für das Erstellen des Interviewleitfadens wie auch für das Führen des Interviews mit der Thematik vertraut sein muss (Mayer, 2006, S. 37).

Deshalb hat sich die Autorenschaft genügend Zeit genommen, sich in die Thematik des sozial nachhaltigen Wohnbaus einzulesen und hat deshalb die Interviews zeitlich so weit wie möglich nach hinten verschoben.

Nach einer theoretischen Auseinandersetzung mit den Leitlinien sozialer Nachhaltigkeit, den Kriterien des sozial nachhaltigen Wohnbaus und den möglichen Perspektiven der Soziokulturellen Animation wurden wesentliche Fragen für die Erarbeitung des Leitfadens (im Anhang) herausgearbeitet. Der Interviewleitfaden wurde nach folgenden Hauptkategorien aufgebaut:

Thema	Fragen
Entstehung der Wohnbauten	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung • Persönliche Motivation • Bedürfnisse • Erfolge • Misserfolge
Mitwirkung in den Realisierungsphasen des Wohnprojekts	<ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkungsprozesse Planungsphase • Mitwirkungsprozesse Bauphase • Mitwirkungsprozesse Wohnphase
Aspekte sozialer Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Begriff „soziale Nachhaltigkeit“ im Wohnbau allgemein • Sozial nachhaltige Aspekte innerhalb eines spezifischen Wohnbaus • Zukünftiger Stellenwert sozialer Nachhaltigkeit • Stadt als Förderin des sozial nachhaltigen Wohnbaus und mögliche Lösungsstrategien
Soziokulturelle Animation	<ul style="list-style-type: none"> • Aufgabe • Funktion • Potenzial

Abb. 5: Aufbau Leitfaden (eigene Darstellung)

4.3 Stichprobenezusammenstellungen

Da es im Rahmen dieser Bachelorarbeit nicht möglich ist eine Grundgesamtheit zu untersuchen, ist die Autorenschaft auf Ergebnisse einer Stichprobe angewiesen (Mayer, 2006, S. 37). In der qualitativen Forschung steht bei der Auswahl der Stichprobe die Relevanz der untersuchten Subjekte im Vordergrund. Das heisst nach Mayer (2006), dass die ausgewählten Expertinnen und Experten derart ausgewählt werden, dass sie möglichst exemplarisch für die untersuchte Gruppe sind (S. 38). Für die Forschungsfrage ist es relevant, dass die Expertinnen und Experten der jeweiligen Wohnprojekte bestenfalls Initiantinnen und Initianten sind. In einzelnen Fällen konnten die Initiantinnen und Initianten nicht explizit eruiert werden. Aus diesem Grund wurde auf Personen zurückgegriffen, die im Kontext des jeweiligen Wohnprojekts einen projektübergreifenden Auftrag zur Umsetzung von Aspekten der sozialen Nachhaltigkeit innehaben oder innehatten. Einerseits verfügt diese Personengruppe über das nötige Hintergrundwissen zur Entstehung und Realisierung der jeweiligen Wohnbauprojekte. Andererseits hat sie sich bereits bewusst vertieft mit Aspekten der sozialen Nachhaltigkeit oder Aspekten, die der sozialen Nachhaltigkeit zugeordnet werden können, auseinandergesetzt.

Weiter wird die Stichprobe so eingeschränkt, dass die zu untersuchenden Wohnprojekte von gemeinnützig orientierten Wohneigentümer/innen getragen werden (vgl. Kapitel 3.2.4). Im Zentrum dieser

Wohnbauten steht der soziale Aspekt (Odermatt, 1997, S. 118). Des Weiteren sind die Grundsätze, die in der Charta der Gemeinnützig Wohnbauträger (2010) in der Schweiz formuliert sind, den Leitorientierungen der sozialen Nachhaltigkeit sehr ähnlich. Deshalb geht die Autorenschaft davon aus, dass soziale Nachhaltigkeit innerhalb dieser Wohnprojekte einen wichtigen Faktor darstellt.

Um den Umfang der Forschung weiter einzuschränken, wird die Stichprobe auf Wohnprojekte im städtischen Raum eingegrenzt. Dies weil die Städte wie in Kapitel 3.4 ersichtlich wurde, in Bezug auf den Wohnbau und Wohnraum vor besonderen Herausforderungen stehen. Weiter nehmen gemäss Bärtschi et al. (2012) neben den Kantonen und Gemeinden insbesondere auch Städte, wie auch private Organisationen, Verbände, Private, wie zum Beispiel gemeinnützige Wohnbauträger (Anmerkung der Autorenschaft), eine wichtige Position zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ein (S. 35).

Zusätzlich werden die zu untersuchenden Wohnbauten so eingeschränkt, dass solche, die als Zielgruppe eine explizite Personengruppe ansprechen, nicht berücksichtigt wurden. Eine Übersichtsrecherche seitens der Autorenschaft hat ergeben, dass es schon viele Beiträge und Forschungen über zielgruppenspezifisches Wohnen gibt. Dies belegt auch Christa Angelmaier (2009) in ihren Untersuchungen zu „(gelungenen) Beispielen und Modellversuchen und neuen Ansätzen im sozial Nachhaltigen Wohnbau“. Weiter ist die Autorenschaft überzeugt, dass Ansätze der sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau zielgruppenübergreifend thematisiert werden können.

Aus sprachlichen und geografischen Gründen wurde nur auf Wohnprojekte in Städten der Deutschschweiz zurückgegriffen.

Die Expertinnen und Experten sind:

- Initiantinnen oder Initianten der gemeinnützigen Wohnbauten, falls nicht vorhanden, Personen, die einen projektübergreifenden Auftrag zur Umsetzung von Aspekten der sozialen Nachhaltigkeit innehaben oder innehatten.

Die Wohnbauten:

- sind gemeinnützig organisiert.
- befinden sich im städtischen Raum in der deutschsprachigen Schweiz.
- weisen in den Wohnbaukonzepten/Leitbildern explizit oder implizit Aspekte sozialer Nachhaltigkeit auf.
- richten sich nicht an eine bestimmte Personengruppe.

Abb. 6: Zusammenstellung der Stichprobe (eigene Darstellung)

4.4 Datenerhebung

Die zu untersuchenden Objekte sowie mögliche Vertreterinnen und Vertreter des jeweiligen Wohnbaus wurden mithilfe von Internetrecherchen ausfindig gemacht. Die Personen wurden in der Regel per E-Mail kontaktiert. Teilweise wurde die Autorenschaft von den angeschriebenen Personen auf andere Personen in einer Expertinnen- oder Expertenfunktion innerhalb des jeweiligen Wohnbaus verwiesen.

Zu Beginn des Gesprächs wurde die zu befragende Person darauf hingewiesen, dass das Interview auf einem Datenträger aufgezeichnet wird und falls es gewünscht wird, die Daten anonym verwendet werden. Mayer (2006) betont, dass der Vorteil einer Aufzeichnung des Gesprächs mit einem Aufnahmegerät darin besteht, dass sich die oder der Interviewer/in ganz auf die Befragung konzentrieren kann. So ist es möglich, den Leitfaden flexibel zu handhaben, damit sich das Interview nicht auf einen Frage-Antwort-Dialog beschränkt. (S. 47)

Die Interviews wurden immer zu zweit durchgeführt, wobei eine Person jeweils durch das Interview führte. Das erlaubte der anderen Person sich auf die Gesprächsinhalte zu fokussieren und mittels Sondierungs- oder Verständnisfragen Unklarheiten zu klären. Die Gespräche haben den zeitlichen Rahmen von maximal 60 Minuten nicht überschritten.

4.5 Datenaufbereitung

Die sieben durchgeführten Interviews wurden auf einem digitalen Aufnahmegerät aufgezeichnet und paraphrasiert, wobei schweizerdeutsche Formulierungen sinngemäss in das Standarddeutsche übersetzt wurden.

4.6 Datenauswertung

Die Auswertung der Leitfadeninterviews erfolgt nach der Methode von Meuser und Nagel (zit. in Mayer, 2006, S. 49 – 53), die folgende Schritte beinhaltet:

1. Stufe: „Paraphrasieren“

Die Gesprächsinhalte werden paraphrasiert, indem Gesprächsinhalte textgetreu in eigenen Worten wiedergegeben werden.

2. Stufe: „Thematisches Ordnen“

Die Textstellen, die eine klare Aussage bezüglich der entsprechenden Fragen des Leitfadeninterviews beinhalten, werden herausgestrichen und entsprechend codiert.

3. Stufe: „Thematischer Vergleich“

Die herausgestrichenen Textstellen mit den jeweiligen Codes aller Leitfadeninterviews werden nach ihren Codes thematisch geordnet, zusammengefasst und allenfalls vereinheitlicht.

4. Stufe: „Konzeptualisierung“

Die Gemeinsamkeiten und die Differenzen der Aussagen innerhalb einer thematischen Ordnung werden unter der Berücksichtigung theoretischer Wissensbestände verdeutlicht und interpretiert.

5. Stufe: „Theoretische Generalisierung“

Es werden entsprechende Theorien beigezogen und die einzelnen Themen werden in einen internen Zusammenhang gebracht und theoretisch geordnet.

4.7 Reflexion der Fragestellungen und des Sampling

Um die Zuverlässigkeit der Daten zu garantieren, wird in einer kurzen Reflexion auf die Schwierigkeiten der Datenerhebung eingegangen.

Aufgrund der geringen Anzahl an Wohnbauten, die nicht auf eine explizite Personengruppe ausgerichtet sind, hat die Autorenschaft auf drei Projekte zurückgegriffen, die zwar spezifische Personengruppen ansprechen, innerhalb aber trotzdem eine gewisse Heterogenität der Personengruppe gewährleistet ist. So ist das Konzept des Wohnbaus „Solinsieme“ für Personen in der nachfamiliären Phase ausgerichtet, wobei trotzdem eine Bewohnerin ein Kind hat. Weiter ist das Konzept des Wohnbaus „Via Felsenau 1“ zwar auf Wohngemeinschaften für Jugendliche ausgerichtet, aber auch heute leben beispielsweise noch Leute aus der Gründungsphase dort. In der Wohnsiedlung Brunnenhof leben Familien mit mindestens drei Kindern. Da die Leitfragen für das Expertinnen- und Experteninterview unabhängig von den Zielgruppen formuliert wurden, geht die Autorenschaft davon aus, dass dieser Punkt die Relevanz der Daten nur minimal einschränkt.

Bei der Erarbeitung des Leitfadens wurden die Fragen aufgrund einer fundierten Recherche ausformuliert. Da die Autorenschaft aus zeitlichen Gründen nicht mehr dazu kam, wie von Mayer (2006) empfohlen, den Leitfaden vor Beginn der Forschung zu testen (S. 44), wurde die Formulierung einer Frage im Themenbereich „Soziokulturelle Animation“ sowie die Reihenfolge zweier Fragen aus dem Themenbereich „Aspekte soziale Nachhaltigkeit“ aufgrund den Erfahrungen aus den ersten zwei Leitfadeninterviews geändert. Die Änderung der Formulierung der Fragestellung zur potenziellen Rolle der Soziokulturellen Animation im sozial nachhaltigen Wohnbau führte dazu, dass die Frage von den anderen fünf Expertinnen und Experten ausführlicher beantwortet werden konnte. Dies bedeutet eine Einschränkung für die Relevanz der Forschungsdaten, wobei die Änderung der Reihenfolge der Leitfragen nach Ansicht der Autorenschaft keine Auswirkungen auf die Relevanz der Daten haben dürfte.

Bei einem Interview waren am Interviewtermin mehrere Initiantinnen und Initianten eines Wohnbaus anwesend, was Auswirkungen bezüglich des Informationsgehalts der Antworten hatte, was wiederum die Relevanz der Daten einschränkt.

Die Autorenschaft ist der Auffassung, dass bei einem Interview das Aufnahmegerät hinderlich war, um umfänglich auf die Leitfragen zu antworten. Insbesondere bei kritischen Fragen von Seiten der Autorenschaft gab die befragte Person nur sehr zurückhaltend Auskunft. Auch dies schränkt die Bedeutung der gewonnenen Daten möglicherweise ein.

Weiter wurde auf die Auswertung der Zusatzfragen verzichtet, da diese aus zeitlichen Gründen nicht bei allen Interviews gestellt werden konnten. Dies hat zur Folge, dass Teile des eruierten Wissens nicht in die Auswertung einfließen.

Im nächsten Kapitel werden die erhobenen Daten als Ergebnisse der Interviews dargestellt und in Kapitel 6 ausgewertet.

5 Darstellung der Ergebnisse

Im Kapitel „Forschungsergebnisse“ werden die aus den Expertinnen- und Experteninterviews gewonnenen Daten beschrieben und miteinander verglichen. In jedem Themenkomplex werden die wesentlichen Ergebnisse kurz zusammengefasst, wobei diese teilweise mit prägnanten Zitaten unterstrichen werden, um die Darstellung der Ergebnisse transparent und nachvollziehbar zu machen (Flick, 2009, S. 239 zit. in Meyer, 2006, S. 55). Die Ergebnisse aus den jeweiligen Wohnprojekten lassen sich so gliedern, dass jeweils offensichtliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb einer Kategorie ersichtlich sind. Nachfolgend einen Kurzbeschrieb über die Wohnbauten und die jeweilige Expertin oder den Experten.

Wohnfabrik Solinsieme (E1)

- Wo: Stadt St.Gallen, Tschudistrasse 43
- Bauzeit: Umbau 2001 - 2002
- Trägerstruktur: Stockwerkeigentum, Genossenschaft für neue Wohnformen (Gemeinschaftsräume)
- Planung: Architekten Bruno Dürr und Armin Oswald von der ARCHPLAN AG
- Wohnungen: 17 Einheiten mit Wohnungen (Klein-Lofts) zwischen 56 und 93 m² Fläche
- Räume: 1 Raum für Feste / Vorträge / Bar / Aufenthalt, 2 Ateliers für Werken / Malen / Hobby, 1 Gästezimmer zur freien Verfügung der BewohnerInnen, allgemein zugängliche Terrassen / Dach / Nebenräume.
(Solinsieme, 2012)



Abb. 7: Wohnfabrik Solinsieme (Solinsieme – Genossenschaft für neue Wohnform St. Gallen, 2012)

Gemeinschaftshaus Via Felsenau 1 (E2)

- Wo: Stadt Bern, Spinnereiweg 17
- Bauzeit: 1991 – 1993
- Trägerstruktur: Wohnbaugenossenschaft Via Felsenau
- Planung: Ryszard Gorajek dipl. Arch. ETH
- Wohnungen: 6 Wohnungen à 5 Zimmer für 30 Bewohner/innen
- Räume: Veranstaltungssaal, pyramidenförmiger Wintergarten (Wohnbaugenossenschaft Via Felsenau, 2010, S. 5)



Abb. 8: Via Felsenau (Via Felsenau, 2010)

Karthago (E3)

- Wo: Stadt Zürich, Zentralstrasse 150
- Bauzeit: 1996 – 1997
- Trägerstruktur: Genossenschaft Karthago
- Planung: Anette Spiro & Stefan Gartenbein (Architekten), Michel Parasol (Büro für Bauausführung), Gudrun Hoppe (Landschaftsarchitektin)
- Wohnungen: 9 (1,5 Zimmer bis 10 Zimmer)
- Räume: Dachterrasse, kleiner Aussenraum, Gemeinschaftsküche, Esssaal, Mehrzweckraum (Karthago, 2012)



Abb. 9: Karthago (Karthago, 2012)

Mehrgenerationen Haus (E4)

- Wo: Stadt Winterthur, Ida-Sträuli-Strasse, Neuhegi
- Bauzeit: 2011 – 2013
- Trägerstruktur: Wohnbaugenossenschaft Gesewo, Hausverein „Giesserei“
- Planung: Galli & Rudolf Architekten AG
- Wohnungen: 155 Wohneinheiten (vom Jokerzimmer bis zur 9-Zimmer-WG-Wohnung)
- Räume: 2 Werkstätten im Erdgeschoss, Jokerzimmer, 2 Gemeinschaftsräume, rund 1200m²
- Gewerbefläche: Restaurant, Veloladen, Bibliothek, TCM-Praxis, Kindertagesstätte usw. (giesserei. das mehr-generationen-haus, 2012)



Abb. 10: Mehr Generationen Haus (Giesserei
mehr-generationen-haus, 2012)

Elsässerstrasse 7/Fatiostrasse 23, 25, 27 (E5)

- Wo: Stadt Basel, St. Johann Quartier
- Bauende: 2006
- Trägerstruktur: Stiftung Habitat
- Planung: Diener & Diener Architekten
- Wohnungen: 33 Wohnungen(Elsässerstrasse: 4-Zimmer und 5-Zimmer-Wohnungen. Fatiostrasse: 2-Zimmer-, 3-Zimmer- und 5-Zimmer-Wohnungen)
- Räume: Elsässerstrasse: drei Separatzimmer mit Bad und eigenem Eingang, Gästezimmer, eine Dachterrasse, Werkstatttraum, Musik-Übungszimmer (schallisoliert) Dienstleistungsräume im Erdgeschoss. Fatiostrasse: Separatzimmer mit Bad, Gästezimmer, Gemeinschaftsraum, aussenbelüfteter Naturkeller, schallisolierter Freizeitraum mit Pingpong-tisch, Musikräume (schallisoliert), Dachterrasse (Stiftung Habitat, 2012)



Abb. 11: Elsässerstrasse 7/ Fatiostrasse 23, 25, 27 (Stiftung Habitat, 2012)

Wohnsiedlung Brunnenhof (E6)

- Wo: Stadt Zürich
- Bauende: 2007
- Trägerstruktur: Stadt Zürich, Stiftung Domicil, Stiftung „für kinderreiche Familien“
- Planung: Gigon / Guyer Architekturbüro
- Wohnungen: 72 (4,5-Zimmer bis 6,5-Zimmer, mehrheitlich subventioniert vom Kanton/Stadt)
- Räume: keine Informationen
(Stadt Zürich, 2012)



Abb. 12: Wohnsiedlung Brunnenhof (Stadt Zürich, 2012)

Mehr als Wohnen (E7)

- Wo: Stadt Zürich, Hangenholzstrasse, Hunziker Areal
- Bauzeit: 2012 – 2014
- Trägerstruktur: Baugenossenschaft mehr als wohnen
- Planung: Futurafrosch/Duplex Architekten, Müller Sigrist Architekten, Architekturbüro Miroslav Sik, pool Architekten
- Wohnungen: 450 Wohnungen (Studiozimmer bis 6,5-Zimmer, Satellitenwohnungen, 20% subventioniert)
- Räume: zumietbare Räume, Gemeinschaftsräume, Dachterrassen, Atelierräume mit Galerie, Arbeitsräume, Studios, diverse Gewerberäume
(Mehr als Wohnen, 2012)



Abb. 13: Mehr als Wohnen (Mehr als Wohnen, 2012)

5.1 Entstehung der Wohnprojekte

In diesem Unterkapitel werden alle Antworten der Initiantinnen und Initianten und Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Wohnprojekte auf die Fragen zur Entstehung des Wohnprojekts zusammengefasst. Die Entstehung des Wohnbauprojekts wird in den Kategorien Funktion innerhalb des Wohnbaus, Entstehung/Auslöser, Bedürfnisse, Zielgruppen, Planungsphase, Umsetzungsphase und Wohnphase sowie die soziale Durchmischung untersucht.

Funktion der Expertinnen und Experten innerhalb des Wohnbaus

Die befragten Expertinnen und Experten haben in den jeweiligen Wohnbauten verschiedene Aufgaben und Mandate. Sechs der sieben befragten Personen sind von Anfang an dabei und sind teilweise Gründungsmitglieder in ihrem Wohnbau. Drei der Expertinnen und Experten sind zudem Mitglieder der Genossenschaftsvorstände. Zwei der interviewten Personen sind in ihren Wohnbauten Projektleiter/innen. Jeweils eine Person ist Mitglied der Geschäftsstelle, Geschäftsführerin oder Mandatsträgerin der initiiierenden Stiftung.

Entstehung / Auslöser

Drei der sieben Wohnbauten sind von Akteurinnen und Akteuren, die in losen Strukturen organisiert waren, initiiert und erst zu einem späteren Zeitpunkt institutionalisiert worden. Zwei der Wohnbauten wurden von je einer Stiftung initiiert. Eine der Wohnbauten wurde aus einem Zusammenschluss von Genossenschaften veranlasst, wobei sich daraus für diesen Wohnbau eine neue Genossenschaft formiert hat. Bei einem weiteren Wohnbau wurde während der Initiierung eine Trägerorganisation gebildet, bei der Fertigstellung des Wohnbaus, wurde als Nachfolgeorganisation eine Genossenschaft gegründet.

E4: *„Ich habe vor sieben Jahren ein Inserat aufgeschaltet, um zu schauen, ob es allenfalls ein paar Gleichgesinnte gibt.“*

E7: *„Es ist aus dem 100-Jahr-Jubiläum der Wohnbaugenossenschaften entstanden (...). Da sagte man sich, man müsse nach vorne schauen und etwas Neues anpacken und umsetzen.“*

Vier der sieben Projekte sind Neubauten, die anderen drei sind in Gebäuden entstanden, die schon gebaut waren. Bei zwei der drei schon bestehenden Gebäude wurden aber Umbaumaßnahmen getroffen. Ein weiterer Wohnbau wurde komplett abgerissen, neu gebaut und erweitert.

E3: *„Wir hatten aber einen solch positiven Zulauf, dass wir kurze Zeit später die Möglichkeit bekamen, dieses Haus hier, das zu diesem Zeitpunkt schon fünf Jahre leer stand, zu kaufen.“*

Bei drei von sieben Bauten waren soziale Spannungen ausschlaggebend für die Entstehung der jeweiligen Wohnprojekte.

E2: *„(...) dann gingen viele Jugendliche auf die Strasse und demonstrierten 1980 gegen die Wohnungsnot und tiefen Mieten.“*

E5: „Um diese alte Stadtgärtnerei gab es in den 80er respektive 90er-Jahre grosse Unruhen, Jugendunruhen respektive Bürgerunruhen, weil man diese Stadtgärtnerei behalten wollte. Sie Stadt wollte die Stadtgärtnerei abreißen. (...) Dann war da der Coop, damals noch Konsum, hat das Gelände inklusive der Häuser gekauft, weil Coop Pläne hatte, dort einen grösseren Laden zu machen mit Anfahrt Fatiostrasse, Tiefgarage und Anlieferung dort hinten durch. Im Quartier und durch die Bewohnerinnen und Bewohner rund um dieses Gelände gab es riesigen Widerstand gegen ein blödsinniges Ladenprojekt inmitten eines Quartiers.“

Bedürfnisse

Alle der untersuchten Wohnbauten sind aufgrund individueller, gruppenspezifischer oder gesellschaftlicher Bedürfnisse entstanden. In allen untersuchten Wohnbauten wurden die Bedürfnisse von den (zukünftigen) Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Interessierten in mindestens eine Phase des Wohnbaus (Planungsphase, Umsetzungsphase, Wohnphase) miteinbezogen.

E5: „Diese Bedürfnisse musste man bündeln. Wie das so ist, wenn man alle fragt, haben alle eine Idee, die dann die Beste ist. Man musste eine Bandbreite abstecken. Wir hatten ja im Hintergrund ein Rahmenkonzept (...)“.

Bei vier der Wohnbauten hat sich aufgrund der Bedürfnisse nach einer bestimmten Wohnform eine Gruppe aus Interessierten gebildet, um diese zu realisieren.

E1: „Wir waren vier befreundete Frauen, die zusammen wohnen wollten. Unsere Kinder sind ausgezogen und dann haben wir gefunden, es wäre eine gute Idee, besser als wenn jede in einem ‚anderen Ecken‘ wohnt“.

E4: „Es ist eigentlich daraus entstanden, dass ich selber das Bedürfnis hatte, zusammen mit anderen Leuten eine Siedlung zu realisieren. Ich hatte das Gefühl, dass das auch das Bedürfnis von anderen Leuten sein könnte“.

In zwei der Wohnbauten wurden die Bedürfnisse direkt aus dem Quartier aufgenommen. Die beiden Wohnbauten, die von Stiftungen initiiert wurden, sind aufgrund von Bedürfnissen von bestimmten Personengruppen entstanden. In einem anderen Wohnbauprojekt wurden gesellschaftliche Bedürfnisse erkannt und von einer neugebildeten Genossenschaft einbezogen und umgesetzt.

E6: „Man hat auch die Bedürfnisse aus dem Quartier und aus der Umgebung einbezogen, (...)weil man wusste, dass ein grosser Bedarf an grösseren Familienwohnungen und Gemeinschaftswohnungen da war“.

E7: „Es gibt sehr viele Leute, die sich für Themen wie Stadtentwicklung, Soziales, neue Wohnformen interessieren (...). Das war wie eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich hier kristallisiert hat“.

Zielgruppen

In drei der untersuchten Wohnbauten werden bestimmte Zielgruppen wie Familien mit mindestens drei Kindern mit einem bestimmten Einkommen, Personen in der nachfamiliären Phase sowie Wohngemeinschaften von Jugendlichen angesprochen. Dieser Grundsatz wird jedoch in zwei dieser drei Wohnbauten nicht konsequent eingehalten.

E1: „Es ist einfach so, eigentlich wollten wir nur Leute in der nachfamiliären Phase. Damals ist aber eine Person eingezogen, die jünger war und die hat in der Zwischenzeit ein Kind bekommen“.

E2: „Die Genossenschaft hat das Projekt des ersten Hauses „Via Felsenau“ getauft, weil wir uns gesagt haben, dass es eine Station sei, wo Berner Jugendliche via das Gemeinschaftshaus Felsenau sich weiterentwickeln. Es hat aber einen, der schon in der Bauphase mit von Partie war, der noch darin lebt. Dann hat es etwa zwei Leute, die seit Beginn der ersten Vermietungsphase darin leben“.

Vier der untersuchten Wohnbauten sind darauf ausgerichtet, die Wohnungen an Personen zu vermieten, die bestimmte Werte und Vorstellungen bezüglich des Wohnens mitbringen.

E3: „Wenn jemand hier wohnen will, muss er sich schon auch auf das Experiment einlassen können und dazu sind gar nicht so viele bereit“.

E4: „Wir sprechen auch eine ganz andere Klientel an, wo es auch wirklich darum geht, etwas gemeinsam zu machen und dass man eben wirklich voneinander profitieren kann“.

E5: „Also einerseits ist einfach das Wohnungsangebot, das natürlich verschiedene Zielgruppen anspricht, (...)“.

Planungsphase

Fünf Wohnbauten hatten offene Veranstaltungen, in denen die potenziellen Bewohner/innen und Interessierte ihre Ideen während der Planungsphase einbringen konnten. Bei einem Bau haben die Initiantinnen das Wohnprojekt geschlossen untereinander geplant. Bei einem weiteren Bau hat die Stiftung das Gebäude- und das Wohnkonzept erarbeitet.

E4: „Ich habe bereits bei meiner ersten öffentlichen Präsentation geschaut, dass erste Arbeitsgruppen entstehen. So bildeten wir bereits am ersten Abend drei Arbeitsgruppen.“

E1: „In der Planungsphase war es noch möglich Einstimmigkeit zu erreichen. Wir waren eine kleine Gruppe und das war gut. Weil wenn wir sagen, dass alle 17 Parteien, die jetzt in der Wohnfabrik wohnen, da wäre nie etwas zu Stande gekommen (sic!). Wenn so viele Leute dabei sind, geht das einfach nicht.“

E6: „Dann haben wir (...) vorgeschlagen, ein ganz präventives Projekt zu starten, also quasi vor dem Einzug schon das Zusammenleben zu fördern.“

Die Expertinnen und Experten der befragten Wohnbauten erläuterten ihre Methoden für die Partizipation der (potenziellen) Bewohnerschaft in der Planungsphase folgendermassen:

Wohnbau	Partizipative Methoden
E1	Keine
E2	Workshops, Sitzungen
E3	Interessensveranstaltungen
E4	Öffentliche Präsentation, Arbeitsgruppen, Open-Space-Veranstaltungen
E5	Mietersammlungen, Arbeitsgruppen, Workshops, Begleitgruppe, Interessengruppen
E6	Keine
E7	Echoräume, Diskussionsräume, Steuergruppen, Generalversammlung, „Marktplatz der Ideen“

Abb. 14: Partizipative Methoden (eigene Darstellung)

Gemäss den Aussagen der Expertinnen und Experten wurde in allen Wohnbauten mit professionellen Architekten zusammengearbeitet. Zwei Expertinnen hatten zusätzlich erwähnt, professionelle Umgebungsplaner/innen respektive Landschaftsarchitektinnen engagiert zu haben. In fünf von sieben Fällen wurden die Leute stark in den Planungsprozess der Innen- und Aussenräume miteinbezogen.

E2: „(...) Gewinneridee wurde mit den Initianten der Idee und einem angehenden Architekten ausgearbeitet. (...) Der Architekt hat in bestimmten Phasen die Gruppe zusammengerufen, wenn er ihre Meinung wissen wollte.“

E3: „(...) haben wir zusammen mit Architekten und einer damals sehr kleinen Baukommission das Projekt erarbeitet.“

E4: „Die Umgebungsplanung läuft normalerweise für die Bewohner eher sehr unbefriedigend, also dachten wir, es brauche zwar für die Ausführung schon einen Umgebungsplaner, aber der soll uns nicht sagen, wie er es will, sondern wir sagen ihm, wie wir es wollen.“

Umsetzungsphase

Sechs von sieben Wohnbauten beziehen die Bewohner/innen auch in der Umsetzungs- respektive Bauphase mit ein. Bei einem Wohnbau ist die Mieterschaft noch nicht bekannt. Sobald die Leute bekannt sind, werden auch sie bereits in der Bauphase Möglichkeiten zur Besichtigung haben. In zwei Wohnbauten konnten die Leute sogar beim Umbau aktiv mithelfen. Bei einem Wohnbau wurden symbolische Feste und Aktionen durchgeführt.

Wohnbau	Umsetzungsphase
E1	Keine Beteiligung
E2	Aktive Mithilfe beim Umbau (40% Eigenleistung, insb. beim Innenausbau), Laien wurden von professionellen Bauleitern, Architekten und Handwerkern angeleitet.
E3	Aktive Mithilfe beim Umbau (Abdecken, Rausreißen, etc.)
E4	Jeden ersten Samstag im Monat gibt es eine Baustellenführung
E5	Symbolische Veranstaltungen (gemeinsames Baumpflanzen, Rohbaufest inkl. Besichtigung)
E6	Baustellenführung für gegenseitiges Kennenlernen
E7	Miteinbezug, sobald die Mieterschaft bekannt ist.

Abb. 15: Beteiligung bei der Umsetzungsphase (eigene Darstellung)

E4: „Darum haben wir gesagt, dass es jeden ersten Samstag im Monat eine Baustellenführung gibt, die sehr gut besucht sind. Wir sind immer überbucht, wir mussten auch schon zusätzliche Führungen einlegen.“

E5: „Man hat dann symbolische Veranstaltungen wie Baumpflanzen im Hof gemeinsam mit dem Landschaftsgärtner gemacht. Das waren wichtige Sachen, um Identität zu schaffen.“

E6: „Wir machten Baustellenführungen mit dem Ziel, dass sich die Leute dort schon gegenseitig beschnuppern können.“

Wohnphase

Gemäss den Angaben der Expertinnen und Experten wurden in allen Wohnbauten Gremien eingerichtet, mithilfe derer das gemeinsame Wohnen organisiert wird. Offenheit und Freiwilligkeit sind ebenfalls bei allen Wohnprojekten als sehr wichtige Komponenten erwähnt worden. Gar keine Regeln existieren jedoch in keinem der befragten Projekte. Zwei Wohnbauten sind noch nicht bezugsbereit. Bei ihnen handelt es sich entsprechend bei den unten aufgeführten Punkten um geplante Gefässe in der Wohnphase.

Wohnbau	Wohnphase
E1	<ul style="list-style-type: none">• Mitwirkung: freiwillig• Da es Stockwerkeigentumswohnungen sind, müssen Entscheide, die das jeweilige Stockwerk betreffen, einstimmig fallen• Entscheide, die die ganze Genossenschaft betreffen, müssen mehrstimmig sein• 2 – 3 Vollversammlungen im Jahr (für aktuelle Themen)• Infoblatt• Verantwortlichkeiten: Garten-Gruppe, Schneeschaukel-Gruppe, Heizung/Elektrik, runder Tisch (dessen Funktion innerhalb der Wohnfabrik unklar ist)
E2	<ul style="list-style-type: none">• Hausrat• Jeden 2. Monat eine Sitzung mit allen Wohngemeinschaften (mind. eine Person pro Wohngemeinschaft muss vertreten sein), bei der Themen, die die Gemeinschaft betreffen, besprochen werden• Generalversammlung (GV), bei der alle Genossenschafter/innen stimmberechtigt sind
E3	<ul style="list-style-type: none">• Vollversammlungen (VV), die jede/r einberufen und Themen einbringen kann• Reinigung der Küche (jeder Stock übernimmt die Reinigung der Küche für drei hintereinander folgende Wochen)• Verantwortlichkeiten: Vorstand, Küchenkommission, Informationskommission, Hauswart, Finanzkommission
E4	<ul style="list-style-type: none">• Wohnverein, dem alle Bewohner/innen angehören (Plenum, das über alles entscheidet)• Arbeitsgruppen, die Vorschläge für Änderungen/ Neuerungen erarbeiten (jede/r kann einer themenspezifischen Arbeitsgruppe beitreten)
E5	<ul style="list-style-type: none">• Mieterversammlungen• Mieterverein, der sich aus den Bewohnenden konstituiert (Mittagstisch aufgebaut, Verwaltung gestaltet)
E6	<ul style="list-style-type: none">• Symbolische Veranstaltungen (Begrüssungsapéro)• Commitment-Gespräche mit allen neuen Bewohner/innen, bei denen sie erzählen können, was sie gut können und was ihre Erwartungen an das Wohnen sind• Siedlungsfest mit Workshop• Themenspezifische Gruppen (Kinderthemen, Siedlungskommission, etc.)• Pro Haus eine Haussitzung (4 – 6 Wohnungen) im Jahr, an der man gemeinschaftliche Themen ansprechen kann
E7	<ul style="list-style-type: none">• Gefässe und Tools für das gemeinschaftliche Leben werden zur Verfügung gestellt (z.B. Gemeinschaftsräume oder Einzelzimmer), das Zusammenleben und Organisieren müssen aber die Bewohner/innen übernehmen.• Generalversammlung• Siedlungsfest• Verschiedene Kommissionen• Nachbarschaftshilfe• Gemeinsames Urban Gardening

Abb. 16: Gestaltung der Wohnphase (eigene Darstellung)

Soziale Durchmischung

Vier von sieben Expertinnen und Experten gaben an, dass sie keine konkreten Massnahmen zur Förderung der sozialen Durchmischung ergreifen. Bei einem dieser vier Wohnbauten bestand anfänglich ein hausinternes Blatt, welches Vorgaben zur Kinderanzahl und zum Geschlechterverhältnis auflistete. Heute haben diese Vorgaben keine Gültigkeit mehr. Sie konnten nie wirklich durchgesetzt werden, da sich innerhalb des Wohnbaus die einzelnen Wohngemeinschaften selber konstituieren.

E3: „Und da nie eine einzelne Wohnung frei wird, sondern sich die WG's immer selber zusammenstellen, gibt es eigentlich keine Quoten. Es gibt auch keine Steuerungsmechanismen, die so etwas regeln könnten.“

E7: „Also wir zeigen mit diesem Projekt, dass alle willkommen sind.“

Die drei anderen Wohnbauten haben Leitlinien zu sozialer Durchmischung, allerdings unterschiedlich ausgerichtet und umgesetzt. So hat die Vermietungskommission eines Wohnbaus sich selber das Kriterium auferlegt, sich bei der Auswahl der Bewohner/innen möglichst an die Alterskurve in der Schweiz gemäss Statistik zu halten. Zwar gibt es bei den 50 – 70 Jährigen sowie bei den 0 – 15 Jährigen einen leichten Überhang und bei den 20 – 30 Jährigen eine Untervertretung, aber es wird versucht, sich an den statistischen Vorgaben zu orientieren. Zudem wird im gleichen Wohnbau auch eine Durchmischung von Ethnien angestrebt. Eine Expertin schilderte uns, dass in ihrem Wohnbau ein Mietzinsmodell geschaffen wurde, das eine Durchmischung von Menschen mit unterschiedlichen Einkommensverhältnissen erlaubt. Dabei handelt es sich um ein „intern ausbalanciertes Subventionssystem“, das wirtschaftlich schwächer gestellten Bewohner/innen eine Mietpreisreduktion ermöglicht, ohne dabei auf die kantonale Mietzinsbeihilfe zurückgreifen zu müssen. Ein solches System ist jedoch nur möglich, weil eine potente Stiftung dahintersteht. In einem Wohnbau darf ein gewisses Einkommen nicht überschritten werden. Die Expertin erklärte, dass dies dem Auftrag der Stiftung entspreche. Jedoch werden in anderen Siedlungen der gleichen Stiftung auch Wohnungen an Menschen mit höheren Einkommen vermietet, da man eine soziale Durchmischung nicht nur auf Alter und Nationalität beschränken will, sondern auch die Faktoren Bildung und Einkommen berücksichtigen möchte. Dies entspricht den Vorstellungen der befragten Expertin für eine gute Durchmischung.

E4: „Es gibt nicht direkt Quoten, aber es ist so, dass die Vermietungskommission (...) sich in einem ein Jahr dauernden Prozess die Regeln für die Vermietung auferlegte. Da gibt es gewisse Kriterien und ein Kriterium davon ist, dass man sich an die Alterskurve gemäss Statistik einigermassen halten will.“

E5: „Das bedeutet, diejenigen die verhältnismässig wenig verdienen und auch kantonale Mietzinsbeihilfen beanspruchen könnten, dass diese mit diesen Kriterien den Quadratmeterpreis pro Wohnung senken können.“

E6: „Auch heute ist es noch so, dass man ein gewisses Einkommen nicht überschreiten darf, (...). Ich finde, dass Durchmischung nicht nur aufs Alter oder Nationalitäten bezogen sein sollte, sondern dass es auch Leute aus verschiedenen Ecken sein sollten, weil das gibt einen Austausch und ist auch für die Kinder gut.“

Herausforderungen (Erfolge/ Schwierigkeiten)

Alle Expertinnen und Experten äusserten als zentralen Erfolg, dass die Idee nach einer bestimmten Wohnform umgesetzt werden konnte, sie grossen Zulauf und Zustimmung aus der Bevölkerung erhalten und die Bedürfnisse vieler Leute erkannt haben. Auch bei den beiden Projekten, die noch nicht gebaut sind, wird das als Erfolg gewertet.

E4: *„Und das Positive ist ganz klar, dass wir so viele Leute mobilisieren konnten und der Erfolg gibt uns im Moment auch Recht. (...) Wir haben aktuell einen hohen Zulauf, dass wir seit einiger Zeit schon Leute abwimmeln müssen.“*

E3: *„Die eigentliche Idee, die man damals hatte, wurde wirklich so umgesetzt.“*

Auffallend ist, dass viele Expertinnen und Experten die Schwierigkeit erwähnten, geeignetes Bauland zu finden respektive für diesen Prozess genügend Unterstützung von der jeweiligen Stadt zu erhalten (wurde von den Personen aus Bern, Winterthur und Zürich gleichermaßen geschildert). Ansonsten haben die Expertinnen und Experten der erforschten Wohnbauten ganz unterschiedliche Punkte benannt, die sie als Erfolg oder Schwierigkeit während der verschiedenen Phasen werten.

Wohnbau	Erfolge	Schwierigkeiten
E1	<ul style="list-style-type: none"> • Es sind alle noch da • Alle Bewohner/innen fühlen sich wohl 	<ul style="list-style-type: none"> • Es musste auf gewisse Dinge (z.B. Ausbau) aufgrund fehlender finanzieller Mittel verzichtet werden
E2	<ul style="list-style-type: none"> • Dank guter Rahmenbedingungen steht die Genossenschaft auf gesunden Beinen • Äusserst wenig Mietzinsausfälle, da pro Wohneinheit eine Solidarhaftung gilt 	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Arbeit, um an geeignetes Bauland zu kommen
E3	<ul style="list-style-type: none"> • Die Beschäftigung einer hauseigenen Köchin • Mobile Abgrenzungen zu den Parkplätzen • Thema Ökologie wird berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> • Karthago gibt es nur einmal • Umgebung entspricht nicht den Idealvorstellungen der Bewohnerschaft • Ein Stromzähler für das ganze Haus verunmöglicht individuelle Stromabrechnung • Wohnungen sind für Familien mit 2, 3 Kindern ökonomisch zu eng • Der Kontakt zu der Nachbargenossenschaft ist gering
E4	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit mit der Politik • Kommunikation und Ausstrahlung gegen aussen • Vorhandenes Bedürfnis wurde erkannt und Projekt ist auf dem richtigen Weg 	<ul style="list-style-type: none"> • Angewiesen auf eine gefüllte Siedlung (Leerstand ist schwer finanzierbar und fehlende Mieteinnahmen müssten durch die anderen Mieten abgefangen werden) • Ablauf des Wettbewerbs • Auswahlverfahren • Raumkonzept
E5	<ul style="list-style-type: none"> • Gelungenes Projekt mit potenter Stiftung im Hintergrund • Projekt ist nicht zu gross • Erwartungen konnten dank dem Wohnmodell gut erfüllt werden • Goodwill des Bauträgers • Standort (Lage, gut angebunden, Qualitätsvorteile gegenüber Projekten in Stadtrandnähe) 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussage
E6	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung einer durchmischten Siedlungskommission • Bauträger gefunden, der sich auf das Projekt einliess • Anstellung und Mitarbeit des Hauswartes 	<ul style="list-style-type: none"> • Bei einem nächsten Projekt sollte mehr Geld verlangt werden • Ein frauenspezifisches Projekt in der Siedlung ist bisher nicht zustande gekommen
E7	<ul style="list-style-type: none"> • Konzert mit 1000 Leuten konnte in der Halle auf dem Gelände organisiert werden • Für das Sommerfest wurden Sponsoren gefunden • Es wurden breite Strukturen geschaffen, die ein „mehr als wohnen“ ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Die geschaffenen Strukturen können auch hindernd auf Prozesse einwirken • Es wird durch die ganze Idee mehr Aufwand benötigt • Es soll nicht als herkömmliche Plattensiedlung enden

Abb. 17: Herausforderungen im Wohnbau (eigene Darstellung)

5.2 Soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau

In diesem Unterkapitel wird dargestellt, was die befragten Expertinnen und Experten allgemein unter sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau verstehen, welche Aspekte sie im zu vertretenden Wohnbau als sozial nachhaltig bezeichnen, wie sie die Zukunft von sozialer Nachhaltigkeit sehen und welche Lösungsansätze sie skizzieren und wie Entscheidungsträger/innen der Stadt den sozial nachhaltigen Wohnbau fördern könnten.

Soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau allgemein

Zwei der sieben Befragten haben gezögert die Frage zu beantworten oder die Frage zurückgegeben.

E4: *„Das hätte ich Sie jetzt gerne gefragt“.*

E5: *„Ja, das ist jetzt also schwierig diese Definitionsfrage“.*

Trotzdem wurden sehr unterschiedliche Aspekte genannt, welche die soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau ausmachen. Ein wichtiger Punkt, der für die Mehrheit der Befragten soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau beinhaltet, sind architektonische Massnahmen, die ungezwungene Begegnungsräume für soziale Interaktionen schaffen. Weiter ist für die meisten Befragten die Wohnqualität von hoher Bedeutung, damit Wohnen sozial nachhaltig ist. Ein weiterer Punkt, der von drei Befragten genannt wurde, ist, dass der Wohnraum flexibel sein sollte und beispielsweise je nach Lebenssituation auch Räume dazu gemietet werden können. Zwei der Befragten äusserten, dass der Wohnbau zielgruppenspezifisch angeboten werden sollte, zwei andere Personen hingegen äusserten, dass man verschiedene Zielgruppen und Generationen ansprechen sollte. Für einige der Befragten ist weiter die Mitwirkung der Bewohnerschaft ein wichtiger Bestandteil sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau. Zusätzliche Aspekte sozialer Nachhaltigkeit, die genannt wurden, sind in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Wohnbau Aspekte sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau allgemein	
E1	<ul style="list-style-type: none"> • Anordnung der Räume, damit sich Interaktionen zwischen den Bewohnenden ergeben, die nicht erzwungen sind.
E2	<ul style="list-style-type: none"> • Zweck einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft beinhaltet das mittel- und langfristige Denken • Dieses Denken ist für die Stadt- und Quartierentwicklung von Vorteil • Attraktiver und schöner Wohnraum • Zahlbare Preise • Abdecken verschiedener Zielgruppen • Flexible Lösungen wie zum Beispiel das Mieten von zusätzlichen Räumen • Mehrgenerationen-Lösungen • Mitwirkung der Bewohnerschaft • Suche nach spezifischem Zielpublikum
E3	<ul style="list-style-type: none"> • Alltagstauglichkeit • Ernstnehmen von Alltagsbedürfnissen bezüglich Aussenraum • Wohnqualität • Soziale Interaktions- und Beteiligungsmöglichkeiten
E4	<ul style="list-style-type: none"> • Siedlungsleben, das langfristig aufrechterhalten bleibt • Bauliche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit ein Siedlungsleben entstehen kann • Organisatorische Strukturen installieren
E5	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftsgerichtet • Wie sich gesellschaftliche Bedingungen verändern, ist schlecht antizipierbar • Wohnflächenkonsum muss zurückgehen • Zielgruppenorientiert planen und bauen • Analyse des Wohnungsmarktes • Wissen über die Ziele, die mit einem Wohnraum erreicht werden sollen • Flexibler Wohnraum (vielseitig veränderbar und brauchbar) • Neue Wohnbedürfnisse berücksichtigen • Auf den Community-Gedanken der Leute setzen und ihnen diese Werte nahebringen
E6	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnqualität • Pflege der Wohnung • Pflege des Aussenraums • Verschiedene Begegnungspunkte schaffen (mithilfe der baulichen Gestaltung) • Möglichkeiten schaffen, dass die Leute möglichst lange an einem Ort wohnen können • Verwurzelung, Integration in einem Quartier • Unterstützungsleistungen, damit ein Zusammenleben im Haus möglich ist
E7	<ul style="list-style-type: none"> • Grundsatzfrage, welche Ressourcen eine Gesellschaft zur Verfügung hat und wo diese eingesetzt werden • Investitionen in die Zukunft, beispielsweise Frühförderung des Kindes • Kurzfristige, mittelfristige und langfristige Auswirkungen des Ressourceneinsatzes beobachten

Abb. 18: Übersicht zu den Aussagen über die soziale Nachhaltigkeit (eigene Darstellung)

Aspekte der sozialen Nachhaltigkeit im jeweiligen Wohnbau

Von den Expertinnen und Experten wurden sehr unterschiedliche Bereiche angesprochen, die sie im jeweiligen Wohnbau als sozial nachhaltig bezeichnen. Soziale Begegnungszonen, die durch architektonische Mittel geschaffen werden, die Möglichkeiten zu partizipieren, Instrumente von Seiten der Trägerstruktur, um wirtschaftlich schlechter gestellte Bewohnerinnen und Bewohner zu unterstützen, wie auch Instrumente zur Überbrückung von finanziellen Notlagen und die Wohnqualität, wurden mehrmals angesprochen. Die detaillierten Aussagen sind in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Wohnbau	Aspekte sozialer Nachhaltigkeit im jeweiligen Wohnbau
E1	<ul style="list-style-type: none"> • Frühzeitige Auseinandersetzung bezüglich Wohnform im neuen Lebensabschnitt • Die Wohnungen sollten auch nach der Pension finanziell tragbar sein • Wohnungen sind schön und einfach • Seit Einzug nur vier Wechsel im Stockwerkeigentum • Mehrere „soziale Begegnungszonen“ im Haus (war vom Architekt beabsichtigt) • Veranstaltungen sind offen für Nachbarn und Freunde • Teilweise gute Integration der Bewohnerschaft in das Quartier
E2	<ul style="list-style-type: none"> • WG-Rat, die Leute lernen etwas fürs Leben • Mitwirkung der Bewohner/innen • Der Genossenschaftsbetrag ist einmalig nur CHF 100.00 • Es sind immer noch Leute aus der Gründungszeit in der Verwaltung
E3	<ul style="list-style-type: none"> • Grossküche, durch welche die Geschlechterrollenzuschreibungen, die immer wieder geschehen, nicht möglich sind, da alle die gleiche Aufgabe in der Küche haben • Es steht nur begrenzter Wohnraum zur Verfügung • Viele Möglichkeiten andere Leute zu treffen, um sich auszutauschen • Entlastung, da man beispielsweise nicht kochen und keinen grossen Haushalt führen muss • Entwicklung von Sozialkompetenzen durch das Zusammenleben • Solidaritätsfond, falls die Mieten mehr als 1/3 des Monatseinkommen ausmachen • Das meiste macht man auf freiwilliger Basis
E4	<ul style="list-style-type: none"> • Sehr gute Infrastruktur, Kinderbetreuung bis zur Pflegebetreuung • Klare Strukturen, die verhindern, dass das Projekt „einschläft“ • Flexibilität der Strukturen • Stetige Weiterentwicklung der Kompetenzen
E5	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnbedürfnisse sind zukunftsgerichtet • Durch den Einbezug der Bedürfnisse, auch durch den Einbezug jener des Quartiers und der Umgebung, ist das Projekt sozial nachhaltig sehr gelungen • Garantie für die Bewohner/innen des Hauses, das abgebrochen wurde, in den Neubau einziehen zu können • Das intern ausbalancierte Mietzinsmodell der Stiftung Habitat -> Wohnungen werden nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit vermietet • Keine Hierarchie in den Wohnungen (Parterrewohnungen oder Dachstockwohnungen, alle sind gleich teuer) • Wohnungsmix • Angebot von Gemeinschaftsräumen, die unterschiedlich genutzt werden können • Aussenräume, die vom Quartier abgeschlossen sind (Schutzraum für Kinder)
E6	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Aspekte, wie das Zusammenleben, werden ernstgenommen • Durch bauliche Massnahmen hat man Begegnungsräume geschaffen (Treppenhaus klein gehalten und Vorräume dafür grösser) • Die Bewohner/innen haben die Möglichkeit zu partizipieren • Aufforderung zur Partizipation • Gefässe, die es ermöglichen Dinge frühzeitig anzusprechen • Professionelle Begleitung des Projekts
E7	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnungsangebote für alle Lebensphasen • Urban Gardening, Umgang mit der Natur lernen • Solidaritätsfond (zur Überbrückung von Mietzinsausfällen) • Der Mehrwert des Projekts durch die Bewohnenden selbst geschaffen

Abb. 19: Aspekte sozialer Nachhaltigkeit im jeweiligen Wohnbau (eigene Darstellung)

Zukunft der sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau

Die Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass der Stellenwert der sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau an Bedeutung gewinnen wird und viel Entwicklungspotenzial vorhanden ist, weil den Leuten immer mehr bewusst wird, dass es auch noch andere Wohnformen gibt. Ein anderer Befragter führt aus, dass, wenn das Bewusstsein für die Endlichkeit der Ressourcen wächst, auch das Bedürfnis nach sozial nachhaltigem Wohnraum steigt. Jedoch wird von einer Befragten betont, dass nicht von allen verlangt werden könne, in Strukturen zu wohnen, die den Prinzipien der sozialen Nachhaltigkeit entsprechen. Gemäss der Aussage einer Befragten müssen Methoden gefunden werden, wie die Aspekte des sozial nachhaltigen Wohnens auf konventionelle Bauten übertragen können. Ein anderer Punkt, der erwähnt wurde, ist, dass das aktive Zusammenleben in die Wohnbauten nur gut funktionieren wird, wenn die Realisierungsprozesse als bottom-up-Prozesse gestaltet werden. Eine Person merkte an, dass soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau nach wie vor ein Luxusziel sein wird.

E4: „Meine Prognose ist, dass sich das merklich entwickeln wird. Natürlich braucht das Zeit. Ich stelle einfach fest, dass viele Gemeinwesen anfangen, selber über solche Dinge nachzudenken, also solche Projekte zu lancieren. Ich kann es verkürzt so sagen, dass die Zeit einfach reif für solche Projekte ist.“

Im Diskurs um die soziale Nachhaltigkeit stellte eine Person fest, dass die Methode der Partizipation im Kontext der sozialen Nachhaltigkeit oftmals falsch verstanden wird, denn es gehe schliesslich nicht darum, jeden Wunsch zu erfüllen. Weiter ist diese Person der Meinung, dass die Gefahr gross ist, dass der Begriff „soziale Nachhaltigkeit“ an Prinzipien festgemacht wird, die nichts mit sozialer Nachhaltigkeit zu tun haben.

E3: „Im Moment passiert etwas ganz Bescheuertes, im Moment entdeckt man die soziale Nachhaltigkeit und wenn man das dann nachliest, dann merkt man, dass sich das in erster Linie um Gehbehinderte oder so handelt und nicht merkt, dass es eigentlich um die Alltags-tauglichkeit geht. Da wird der Begriff an Dingen festgemacht, die, wie ich finde, gar nicht mit sozialer Nachhaltigkeit zu tun haben. Es wird zurzeit sehr gepusht und wenn man diese Projekte, so 50 – 70 Plus, anschaut, finde ich nicht, dass gerade dies die richtige nachhaltige Form ist, um zu wohnen. Das ist für mich eine Art Ghetto und momentan wird vieles durch die Baubranche, Architektenlobby blockiert, weil die Angst haben – die finden, dass man zuerst ein Haus baut und danach kann man sich in sozialer Nachhaltigkeit üben – die Hülle wird dann schon gut sein“.

Lösungsansätze, wie Entscheidungsträger/innen der Stadt den sozial nachhaltigen Wohnbau fördern können

Themen, wie die Stadt sozial nachhaltigen Wohnbau fördern könnte, die bei allen Befragten erwähnt wurden, sind einerseits das zur Verfügung stellen von Boden und andererseits eine andere Bodenpolitik. Eine, bei welcher der Verkauf von Boden so geregelt ist, dass es nicht ausschliesslich der Meistbietende bekommt. Ein weiterer Punkt, der in diesem Zusammenhang mehrmals genannt wurde, ist die engere Zusammenarbeit bezüglich sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus dem Wohnbauwesen.

- Stadt Bern (E2)

Der Vertreter des Wohnbaus in Bern fordert, dass allen Gemeinnützigen grosszügig Boden zur Verfügung gestellt werden muss, damit diese in Bezug auf die soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln. Zudem sollte die Stadt Bodenreserven haben, damit politische Instanzen auch mittel- und langfristige Bodenrechte abgeben können. Als weiterer Punkt wird die Zusammenarbeit der Gemeinnützigen mit den Pensionskassen genannt, die zwar eine geringere Rendite erzielen würden, dafür etwas Langfristiges machen könnten. Daneben wird die politische Arbeit genannt, um den Leuten bewusst zu machen, wie man auch wohnen könnte.

- Stadt Zürich (E3, E6, E7)

Die Vertreter/innen der Wohnbauten in der Stadt Zürich sind der Meinung, dass die Stadt den Genossenschaften genügend Bauland zur Verfügung stellt und im Allgemeinen schon sehr viel macht, um den sozial nachhaltigen Wohnbau zu fördern. Eine Person fordert aber, dass die Stadt Zürich Vorlagen bezüglich Aussenraumgestaltung macht, damit soziale Interaktionen möglich sind. Wichtige Instrumente der Stadt Zürich, die genannt wurden, sind die städtischen Stiftungen, wie beispielsweise die Stiftung PGW (preisgünstiger Wohnbau), die Liegenschaften aufkauft, um sie vor Spekulationen zu schützen und die Bodenrechte an gemeinnützige Wohnbauträger abgibt. Eine weitere Stiftung, die erwähnt wurde, ist die Stiftung für kinderreiche Familien, die bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellt. Als weitere politische Instrumente wurden die Annahmen zweier Initiativen genannt. Die eine zielt auf günstigen Wohnraum und die andere auf die Erhöhung des Anteils an gemeinnützigen Wohnungen auf gesamthaft einen Drittel der Wohnbauten. Eine Person forderte, dass diese Initiative für die gesamte Schweiz übernommen werden muss. Weiter sieht eine Person die Lösung nicht im verdichteten Bauen, sondern darin, dass pro Person einfach weniger Platz beansprucht werden sollte.

- Stadt Winterthur (E4)

Der Vertreter des Wohnbaus in Winterthur sagte, dass sich die Stadt sehr stark im Kontext des sozial nachhaltigen Wohnbaus engagiert. Weiter stellt sich die Person die Frage, inwiefern der politische Wille da ist, solche Projekte zu fördern. Er geht davon aus, dass es immer stärker ein Thema in der Politik wird, je mehr solche Projekte entstehen. Auch in Winterthur wurde eine Initiative lanciert, die verlangt, dass die Stadt den Genossenschaften mehr Land zur Verfügung stellt.

- Stadt St.Gallen (E1)

Die Vertreterin des Wohnbaus in der Stadt St. Gallen ist der Meinung, dass die soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau gefördert werden könnte, wenn die Stadt Grundstücke und Häuser zur Verfügung stellen würde. Die Befragte äusserte, dass die Zusammenarbeit mit Gemeinden und Städten schwierig ist, weil der Prozess wegen der Strukturen verlangsamt und erschwert wird.

- Stadt Basel (E5)

Um die soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau in der Stadt Basel zu fördern, sieht eine der Befragten Lösungsansätze darin, dass die Stadt Basel das Mietzinsmodell des untersuchten Wohnbaus auf die städtischen Wohnungen übernehmen, den Wiedereinstieg in die Objekthilfe vorantreiben sowie einen verstärkten Public-Private-Partnership anstreben könnte, um Wohnraum für Leute mit wenig Beteiligungsmöglichkeiten zu fördern. Weiter fordert sie die Bildung von Finanzierungsinstrumenten wie beispielsweise Fonds. Die Befragte führt aus, dass durch die Lancierung der Bodeninitiative möglich werden sollte, dass die Stadt in Zukunft den Boden nicht mehr an den Meistbietenden verkaufen kann.

Soziodemografische Herausforderungen in den Städten

Die Befragten äusserten unterschiedliche soziodemografische Herausforderungen, die die Städte zu Lösungsansätzen in der Wohnbaupolitik drängen. Dies sind der Siedlungsdruck, der immer dichter werdende Raum, die soziale Schere, das heisst das Auseinanderdriften der Gesellschaft, Boden als beschränktes Gut und die Herausforderung, dass politische Grenzen nicht gleich Siedlungsgrenzen sind.

E5: *„Was braucht es, dass die Gesellschaft nicht auseinander driftet im Wohnen und nicht nur noch diejenigen, die gut verdienen, überhaupt selber bestimmen können, wie sie wohnen und alle andern können schauen, wo sie bleiben“.*

Rolle der Soziokultur

Die Darstellung der Forschungsergebnisse zu der Rolle der Soziokultur wird im Kapitel 7 ausführlich dokumentiert, mit der Theorie verglichen und zu einem Fazit abgeleitet.

6 Diskussion der Ergebnisse

Wie bereits in Kapitel 4 erläutert, ist die Relevanz der Ergebnisse dadurch eingeschränkt, dass die formulierten Stichprobenmerkmale nicht vollumfänglich eingehalten werden konnten und bezüglich des methodischen Vorgehens einige Schwierigkeiten aufgetaucht sind.

Nach dem Prozess der Darstellung der Ergebnisse ist der Autorenschaft eine weitere Herausforderung aufgefallen. Denn obwohl die untersuchten Wohnbauten unter der Berücksichtigung der Sampling-Kriterien ausgewählt worden sind (siehe Kapitel 4), sind sie sehr verschieden. So sind die (gesetzlichen) Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Wohnbau in den jeweiligen Städten sehr unterschiedlich. Weiter repräsentieren die Trägerstrukturen der Wohnbauten sieben ungleiche institutionell organisierte Kontexte. Dies sind Gründe, warum in bestimmten Auswertungskategorien die Antworten heterogen ausgefallen sind, was die Interpretation der Daten erschwert. Ein Vorteil dieser Unterschiedlichkeit bezüglich der strukturellen Begebenheiten wie auch den unterschiedlichen (beruflichen) Hintergründe der befragten Expertinnen und Experten sieht die Autorenschaft darin, dass so eine grosse Bandbreite an Perspektiven bezüglich der Umsetzung des sozial nachhaltigen Wohnbau in der Schweiz eingefangen werden konnte.

Das Kapitel „Diskussion der Ergebnisse“ ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil werden die Aussagen über soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau nach den Kriterien des Wiener Gestaltungsbeirats (vgl. Kapitel 3.4) geordnet und nach der Häufigkeit der Nennungen von Seiten der Expertinnen und Experten gewichtet sowie die Querschnittsthemen im sozial nachhaltigen Wohnbau herausgefiltert. Im zweiten Teil werden die Grundvoraussetzungen für sozial nachhaltiges Bauen erläutert. Im dritten Teil wird auf die Zukunft der sozialen Nachhaltigkeit eingegangen und die mögliche Rolle der Stadt als Förderin sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau beleuchtet. Zum Schluss werden die Leitorientierungen sozialer Nachhaltigkeit nach Empacher und Wehling (2002) beigezogen und beurteilt, welche Leitlinien aufgrund sozial nachhaltigen Bauens gestärkt werden könnten und wo im sozial nachhaltigen Wohnbau bezüglich der Berücksichtigung dieser Leitorientierungen noch Handlungspotenzial besteht.

6.1 Kriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau

In diesem Unterkapitel werden die zentralen Aussagen der Expertinnen und Experten über den sozial nachhaltigen Wohnbau im Allgemeinen, die Angaben über die sozial nachhaltigen Aspekte innerhalb des zu vertretenden Wohnbaus sowie die Ausführungen zu den Bereichen soziale Durchmischung, Zielgruppen und Partizipation den Kriterien des Wiener Gestaltungsbeirats zugeordnet.

Die Autorenschaft zieht diese Kriterien bei, um zu vergleichen, inwiefern das Verständnis sozialer Nachhaltigkeit der befragten Expertinnen und Experten mit demjenigen des Wiener Gestaltungsbeirats übereinstimmt und wo es Unterschiede gibt.

Je nach Anzahl der genannten Aspekte, die den jeweiligen Kriterien zugeordnet werden können, wird das Kriterium anders eingefärbt. Dementsprechend ist die Gewichtung des Kriteriums aufgrund der Aussagen der Befragten ersichtlich (vgl. Abb. 20).

Gegebenenfalls werden aufgrund der Häufigkeit bestimmter Aussage über soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau neue Kriterien gebildet. In der Diskussion danach wird unter Berücksichtigung der Aussagen der Gefragten mit Theoriebezügen auf ausgewählte Kriterien eingegangen. Die Zusammenstellung wurde nur anhand der gewonnenen Daten aus den Interviews vorgenommen. Es wurden keine zusätzlichen Informationen aus Konzepten oder Informationsbroschüren zu den jeweiligen Wohnbauten verwendet.

Die Ergebnisse aus den Befragungen werden jeweils in folgender Tabellenform dargestellt:

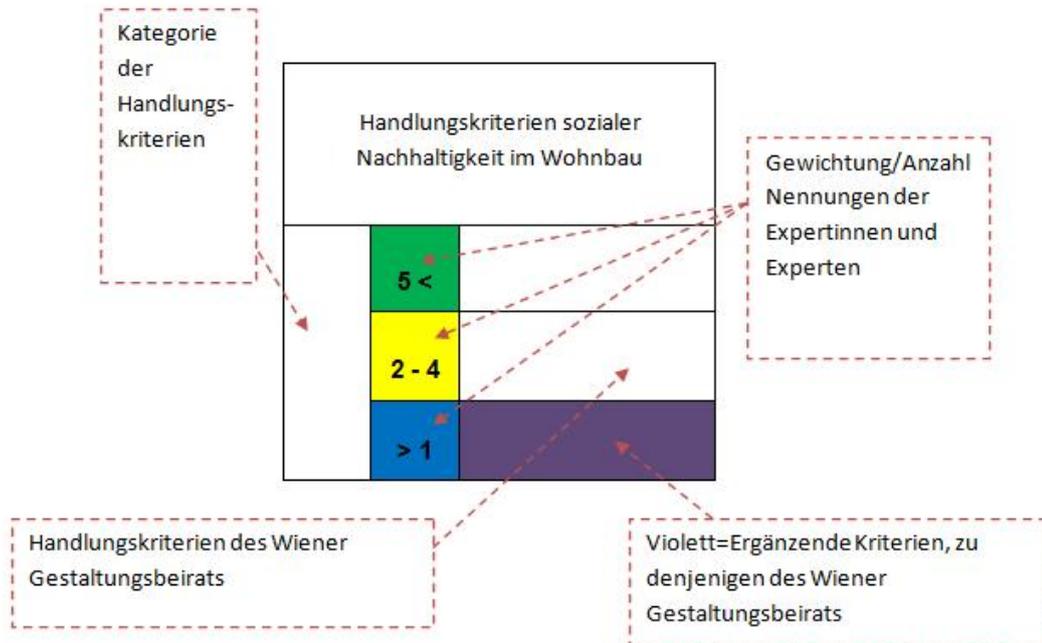


Abb. 20: Leseanleitung der Tabellen (eigene Darstellung)

Für die Autorenschaft sind in den Kategorien des Wiener Wohnbaus die vier Querschnittsthemen „Betroffene“ (Interessierte, potentielle Bewohner/innen), „Bedürfnisorientierung“, „Partizipation“ und „Räume“ ersichtlich. Da auch aus der Darstellung der Ergebnisse ersichtlich wurde, welchen wesentlichen Beitrag diese vier Querschnittsthemen zur Umsetzung der sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau leisten, werden diese vorgängig diskutiert.

6.1.1 Zielgruppe

Als zentrale Voraussetzung für die Entstehung von Wohnbauten, die Aspekte sozialer Nachhaltigkeit berücksichtigen, ist das Vorhandensein von Betroffenen oder einer Zielgruppe. Aus der Darstellung der Ergebnisse wurde ersichtlich, dass bei allen untersuchten Wohnbauten Menschengruppen an der Entstehung beteiligt waren. Unterschieden haben sie sich vor allem dadurch, dass teilweise die Gruppen schon bestanden und in Form von Stiftungen oder Genossenschaften bereits w waren oder sich die Gruppe aufgrund gleicher oder ähnlicher Bedürfnisse zusammenfindet und sich erst in einem Prozess konstituierte und gemeinsame Zielsetzungen und Aufgaben festlegen musste. Nach Schäfers (2000) lassen sich soziale Gruppen so definieren, dass sie eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern umfassen, die über längere Zeit in einem kontinuierlichen Kommunikations- und Interaktionsprozess stehen. Es entwickelte sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl, auch Wir-Gefühl genannt, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen (S. 20ff, zit. in René Anthamatten, Fredi Banholzer, Rahel El Maawi et al., 2010, S. 5). Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass für die Entstehung eines gemeinnützigen Wohnprojekts die Formierung einer sozialen Gruppe, die gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten kann, enorme Wichtigkeit hat.

Weiter ist zu erkennen, dass bei drei Wohnbauten soziale Spannungen und Unruhen richtungsweisend für die Entstehung waren. Wohnungsnot oder anstehende bauliche Veränderungen im Quartier veranlassten Betroffene, sich zu einem Netzwerk zusammenzuschliessen, um gemeinsam ihren Unmut kundzutun. Heinz Nigg (2010) beschreibt, dass eine soziale Bewegung ein mobilisiertes Netzwerk von spontan gebildeten Gruppen ist, das während einer gewissen Zeit sozialen Wandel mit öffentlichem Protest herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen will. Die Bewegungen unterscheiden sich insbesondere darin, dass sie entweder ein kurz aufflackerndes soziales Massenverhalten oder ein organisiertes, politisches Gruppenverhalten aufweisen. Soziale Bewegungen können sich institutionalisieren oder wieder in unkonventionelles Protestverhalten zerfallen. (S. 5) Dies zeigt auf, dass gemeinnützige Wohnbauten aus einer sozialen Bewegung entstehen können, die sich institutionalisiert.

6.1.2 Bedürfnisse

Die Ergebnisse der Forschung lassen klar erkennen, dass die untersuchten Wohnbauten aufgrund individueller und kollektiver Bedürfnisse nach neuen, alternativen Wohnformen entstanden. Alle interviewten Personen gaben an, dass entweder aufgrund einer Initiative eines Individuums, einem Zusammenschluss von Gleichgesinnten oder durch eine Institution, wie beispielsweise eine Stiftung, in einem Quartier ihr gemeinnütziger Wohnbau entstand oder am entstehen ist. Wie bereits im Kapitel 3.2.2 beschrieben, können Bedürfnisse in Bezug auf das Wohnen unterschiedlich gewichtet werden. Geht es nach Brauer (2008) darum, durch das Wohnen Schutz und Sicherheit zu gewährleisten, sind dies physiologische Bedürfnisse, die gedeckt werden müssen (S. 195). Allerdings haben die befragten Expertinnen und Experten nicht das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit, sondern vielmehr das Bedürfnis nach etwas Neuem, nach gemeinschaftlicherem und sozialerem Wohnen sowie nach Selbstverwirklichung als die wichtigsten für die Entstehung des Wohnbaus erwähnt, was zweifelsohne keine existenziellen Bedürfnisse sind. Es stellt sich also die Frage, ob hier eigentlich von Bedürfnissen gesprochen werden kann. Laut Martin (2011) sind Bedürfnisse klar von Wünschen zu unterscheiden. Wünsche sind kulturell überformte Bedürfnisse und können als Anliegen oder Interessen averbal oder verbal geäußert werden (S. 158). Es ist äusserst schwierig im Zusammenhang mit gemeinschaftlichen Wohnbauten eine klare Abgrenzung zwischen Wünschen und Bedürfnissen zu machen. Wenn sich eine soziale Gruppe aufgrund der Wohnungsnot in einer Stadt organisiert, um für eigenen Wohnraum zu kämpfen (wie der Wohnbau E3), kann mit dem theoretischen Fundus von Martin davon ausgegangen werden, dass es sich mitunter um ein biologisches Bedürfnis nach physischer Integrität und Regenerierung handelt. Ist der Wohnbau jedoch nicht aufgrund existenzieller Notlagen entstanden, sondern aus dem Wunsch nach einem sozialeren Wohnkollektiv, steht hierfür höchstens das von Martin (2010) deklarierte biopsychosoziale Bedürfnis nach sozial(kulturell)er Zugehörigkeit durch Teilnahme (Mitgliedschaftsbedürfnis). (S. 157) Es kann deshalb nicht abschliessend geklärt werden, ob die erforschten Wohnbauten alle aufgrund expliziter Bedürfnisse entstanden sind oder ob hinter der Entstehung der Wunsch nach einem „anderen“ Wohnen stand. Die Autorenschaft ist sich bewusst, dass sie während der Interviews die Unterscheidung nicht berücksichtigt hat. Die Expertinnen und Experten wurden nur nach Bedürfnissen gefragt, unter dessen alltäglichen Begriff sowohl Bedürfnisse wie auch Wünsche zu verstehen sind, die in partizipative Prozesse während der Planungs-, Umsetzungs-, Wohnphase aufgenommen werden sollen und zur Erfüllung der Kriterien beitragen können.

6.1.3 Partizipation in den verschiedenen Phasen (G, C, E)

Alle befragten Expertinnen und Experten gaben an, dass Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten für die Bewohnenden geplant sind oder schon angewendet werden. In der Planungsphase sind bei fünf Wohnbauten Partizipationsgefässe geschaffen worden und in der Umsetzungsphase deren sechs. Dass, wie die Expertinnen und Experten geäußert haben, bei allen Wohnbauten, die sich bereits in der Wohnphase befinden, eine äusserst tiefe Fluktuation zu verzeichnen ist (so gibt es beispielsweise in den Wohnbauten E5 und E6 sogar Wartelisten), und bei den noch nicht fertig gestellten Bauten ein grosser Andrang auf die freien Wohnungen herrscht, führt die Autorenschaft genauso wie die befragten Expertinnen und Experten auf die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten zurück. Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (2002) schreiben hierzu, dass Partizipation nicht nur als Methode und Mittel zum Zweck angewendet wird, sondern auch Ziel und Wert an sich sein kann. Die Erfahrungen, welche die Leute in der aktiven Teilnahme an relevanten politischen Entscheidungen (hier relevanten Entscheidungen im Wohnbau; Anm. der Autorenschaft) machen können, stellt im normativen Partizipationsverständnis den Schlüssel zur Selbstverwirklichung der Menschen dar. (S. 398) In die gleiche Kerbe schlägt Michael Pech (2010), der sagt, dass die Idee der demokratischen Prozesse im Wohnbau dazu dienen soll, das Miteinander und die sozialen Netzwerke innerhalb der Hausgemeinschaft zu fördern und damit gleichzeitig die Wohnzufriedenheit (o.A., zit. in Steiner, 2010, S. 6). So lässt sich begründen, dass eine hohe Partizipationskultur innerhalb des Wohnkollektivs zu einer tieferen Fluktuation führt. Die Bewohnenden fühlen sich zufriedener und identifizieren sich stärker mit dem Wohnort (siehe Punkt E „Identität der Wohnanlage“). Daher sind für den Gestaltungsbeirat Wien Mitbestimmungskonzepte auch zentrales Element der Kriterien für sozial nachhaltigen Wohnbau.

Mit Blick auf das Partizipation Stufenmodell von Maria Lüttringhaus (vgl. Kapitel 7.1.3) wird ersichtlich, dass bei allen erforschten Wohnbauten, zumindest in der Wohnphase, die Stufe Mitentscheid erreicht wird oder bei den Wohnbauten E4 und E7 die Erreichung dieser Stufe geplant ist. Wenn man die Partizipationsgefässe, welche die jeweiligen Wohnbauten installiert haben oder installieren werden, betrachtet (vgl. Kapitel 5.1), zeigt sich eine hohe Deckungsgleichheit mit der theoretischen Erklärung der Stufe Mitentscheid im Stufenmodell. Hangartner (2010) führt aus, dass in dieser Stufe zwar die letzte Entscheidungsinstanz immer noch bei der Fachperson ist (im Wohnbau sind diese Fachpersonen Vorstandsmitglieder, Kommissionen, Arbeitsgruppen, etc.; Anm. der Autorenschaft), der Einbezug der Leute wird jedoch konkret: Die Bewohnenden werden zu aktiven Partnerinnen und Partnern und werden in die Erarbeitung und Aushandlung von Lösungen, Veränderungen, auch während der Wohnphase, etc. mit eingeschlossen. (S. 5) Andererseits wird ebenfalls ersichtlich, dass bei fast allen Wohnbauten in der Phase der Umsetzung nur Informationen an die zukünftige Bewohnerschaft weitergegeben wurden und keine sonstigen Möglichkeiten zur Partizipation existieren oder existierten. Nach Hangartner (2010) ist es auf dieser Stufe wichtig, dass die Informationen möglichst offen, transparent, verständlich und leicht zugänglich sind, damit die Information als Basis für weitere Partizipationsstufen sein kann (S. 4).

6.1.4 Räume (A, B, D, N, O, P, Q, R, T)

Eine weitere wichtige Thematik im sozial nachhaltigen Wohnbau, deren Wichtigkeit für die Expertinnen und Experten in der Darstellung der Ergebnisse ersichtlich wurde, ist die Bedeutung des Raumes im Allgemeinen. So werden von den Befragten vor allem Gemeinschaftsräume, Räume für spezifische Nutzergruppen, Aussenräume, Begegnungsräume, Wohnraum, flexibler Raum, Wohnumgebung, Freiräume genannt, deren Vorhandensein, Nutzung und Ausgestaltung sie als sozial nachhaltig bezeichnen. Die Thematik Raum ist auch in der Kategorie „Wohnen für wechselnde Bedürfnisse“, „Alltagstauglichkeit“ und „Reduktion von Kosten durch Planung“ ersichtlich. Aufgrund der Wichtigkeit des Vorhandenseins

bestimmter Räume schlägt die Autorenschaft vor, im Kontext des sozial nachhaltigen Wohnbaus von folgendem Raumverständnis auszugehen und dies auch in die Planung, Ausgestaltung und Nutzung der Räume einfließen zu lassen.

Gemäss Löw et al. (2008) sind Räume relationale (An)Ordnungen von Lebewesen und sozialen Gütern an Orten. Von räumlichen Strukturen spricht man, wenn „die Konstitution von Räumen, das heisst, entweder die Anordnung von Gütern beziehungsweise Menschen oder die Synthese von Gütern beziehungsweise Menschen zu Räumen (...), in Regeln eingeschrieben und durch Ressourcen abgesichert ist“. (S. 63)

Weiter führen Löw et al. (2008) aus, dass Räume nicht einfach nur existieren, sondern dass sie im Handeln geschaffen werden und als räumliche Strukturen in Institutionen (in diesem Fall in Wohnbauten) bestehen, die wiederum Handeln beeinflussen können. So ist beispielsweise das Bauen, Errichten, Platzieren ohne die gleichzeitige Verknüpfung der umgebenden sozialen Güter und Menschen zu Räumen nicht möglich. (id./ibid.)

Löw et al. (2008) schreiben weiter, dass Menschen nicht nur Objekte, sondern auch andere Menschen und Menschengruppen verknüpfen. Die platzierten Objekte, die zu Räumen verknüpft werden, werden als materiell bezeichnet. So ist aber diese Materialität nicht als „rein“, „unbeeinflusst“, oder „natürlich“ erkenn- oder erfühlbar. Denn dadurch, dass der Mensch ein soziales Wesen ist, nimmt er durch ein überliefertes System von Sinngebungen deren symbolische Bedeutung wahr. (S. 65) Gemäss Löw (2001) entfalten auch soziale Güter eine Wirkung in Gerüchen, Geräuschen etc. und beeinflussen in dieser Weise die Möglichkeiten von Raumkonstellationen. Die Atmosphäre wird somit zu einer Qualität von Räumen, die nicht selten Ein- und Ausschlüsse (im Sinne von gruppenspezifischem Wohlfühlen oder Fremdfühlen zur Folge hat) (S.204 ff. zit. in Löw et al., 2008, S. 65).

Diese Konzeption von Raum zeigt auf, dass beispielsweise das materielle Vorhandensein von potentiellen Begegnungsräumen noch nicht voraussetzt, dass diese auch als solche Interaktionsräume wahrgenommen und durch soziales Handeln zu solchen konstituiert werden. Weiter ist zu berücksichtigen, dass die Aussenräume, Gemeinschaftsräume, Räume für spezifische Nutzergruppen, etc. je nach Ausstattung unterschiedliche Gruppen unterschiedliche symbolische Bedeutungen wahrnehmen und dementsprechend Ein – oder Ausschlüsse stattfinden. Deshalb ist es enorm wichtig, dass „Raumangebote“, im Sinne einer „Anordnung von Gütern“, in einem Wohnbau gemeinsam mit den Betroffenen ausgearbeitet werden und diese dann durch soziale Interaktionen zum eigentlichen „Raum“ konstituiert werden, den sie sich vorgestellt haben.

Handlungskriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau		
Wohnen in Gemeinschaft	A	Allgemeinflächen und Begegnungsbereiche: Mehrfachnutzung, kommunikative Qualitäten
	B	Lage und Ausgestaltung der Gemeinschaftsräume
	C	Klare Nutzungs- und Betreuungskonzepte für Gemeinschaftsflächen
	D	Aneigenbarkeit der (Aussen-)Flächen durch unterschiedliche Nutzer- und Altersgruppen, vor allem durch Jugendliche, Berücksichtigung lärmintensiver Nutzungen, Robustheit der Materialien
	E	Identität der Wohnanlage, überschaubare Nachbarschaften
	F	Künstlerische Interventionen
	G	Mitbestimmungskonzepte bei Planung, Bau und Nutzung, Betreuung im Selbstbau (Baugruppen)

Abb. 21: Wohnen in Gemeinschaft (eigene Darstellung)

6.1.5 Wohnen für wechselnde Bedürfnisse

Handlungskriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau		
Wohnen für wechselnde Bedürfnisse	H	Soziale Durchmischung durch Einbindung unterschiedlicher Wohnformen
	I	Angebote für spezifische Nutzergruppen, bei Personen mit Betreuungsbedarf in Kooperation mit einem Betreiber
	J	Vernetzung vorhandener sozialer Infrastruktur
	K	Spezielle Angebote für unterschiedliche (Wohn-) Kulturen
	L	Kombination Arbeiten und Wohnen, z.B. durch wohnungsnahe zumietbare Räume
	M	Nutzungsflexible Räume im Erdgeschoss

Abb. 22: Wohnen für wechselnde Bedürfnisse (eigene Darstellung)

- Nutzer/innengruppen (I, K, H)

Bei den Ergebnissen der Forschung ist ersichtlich, dass zwar drei der Expertinnen und Experten angaben, gewisse Kriterien zur sozialen Durchmischung erarbeitet zu haben und drei Befragte sagten, dass sie nur gewisse Zielgruppen ansprechen wollen. Jedoch werden mit Ausnahme des Wohnbaus E5 in keinem die Vorgaben strikt eingehalten. Die Ansichten bezüglich sozialer Durchmischung und Einschränkung der Zielgruppe gingen daher entsprechend auseinander. Dies hängt allerdings auch damit zusammen wie der Wohnbau konzipiert ist (beispielsweise regeln im Wohnbau E3 die jeweiligen Wohngemeinschaften ihre Zusammensetzung selbst und im Wohnbau E6 ist die Trägerstruktur eine Stiftung, die das Projekt explizit auf kinderreiche Familien ausgerichtet hat) und wie hoch das Interesse der Betroffenen unterschiedlicher Milieus und Generationen ist, in den jeweiligen Wohnbau einzuziehen.

Die Notwendigkeit einer sozialen Durchmischung wird in Fachkreisen kontrovers diskutiert. Deshalb greift die Autorenschaft die Diskussion aus der Perspektive der Soziokulturellen Animation auf.

Aus Sicht der SKA ist eine zu steife Einschränkung der Zielgruppen für gemeinnützige Wohnangebote ohnehin sehr diskutabel. Marcel Spierts (1999) hält fest, dass für die SKA Vorsicht geboten ist, sich zu fest auf spezifische Gruppen zu beschränken, die auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen Aufholbedarf und gezwungenermaßen eine abhängige Position haben. Gerade diese exklusive Aufmerksamkeit kann eine Stigmatisierung verfestigen und gegenüber den eigentlichen Zielen der SKA, wie Integration und Begegnungen, hindernd einwirken. (S. 65, zit. in Hangartner, 2010, S. 290) Selbstverständlich müssen Angebote für spezifische Gruppen geschaffen werden (beispielsweise für ältere, behinderte oder verwaiste Personen), doch gerade im offenen Wohnungsmarkt oder bei den Genossenschaften sollte sich die SKA dafür einsetzen, dass, wie es Hangartner (2010) weiter ausführt, sie ihre Leitprinzipien der Flexibilität und Bedürfnisorientierung nicht aus den Augen verliert und sich die Fachpersonen stets am gesellschaftlichen Wandel und den daraus resultierenden Zielgruppen orientiert. (ib./ibid.)

- Arbeiten und Wohnen (L)

Zum Handlungskriterium „Kombination Arbeiten und Wohnen“ hat keine der Expertinnen und Experten Stellung genommen. Mögliche Gründe dafür sind, dass diese Angebote nicht vorhanden sind, die Nennung vergessen ging, oder dass dieses sich aus der Perspektive der Befragten nicht in den Bereich der sozialen Nachhaltigkeit einordnen lässt. Mehrere Befragte haben die Gewerberäumlichkeiten, die in

der Siedlung entstehen werden, genannt, diese jedoch nicht in Verbindung mit der Bewohnerschaft und potenziellen Arbeitsplätzen gebracht. Gudela Grote (2011) schreibt, dass das Bedürfnis nach der Möglichkeit von zu Hause aus zu arbeiten in der Schweiz kontinuierlich steigt. Die Gründe dafür sind darin zu sehen, dass mehr Flexibilität bei der Wahl des Arbeitsortes möglich ist, der Aufwand für das Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort reduziert und die Verfügbarkeit für familien- und haushaltsbezogene Arbeit erhöht wird. Je nachdem ist auch der Freiraum für ungestörtes Arbeiten erweitert. (S. 4) Deshalb ist die Autorenschaft der Meinung, dass es unabdingbar ist, dieses Kriterium im zukünftigen Wohnbau zu berücksichtigen.

- Vernetzung vorhandener sozialer Infrastruktur (J)
Insbesondere im Kontext der Wohnbauten, die sich in der Umsetzungsphase befinden, wird auf die soziale Infrastruktur, wie beispielsweise Kindergärten, Krippen, Pflegestation, etc. hingewiesen, die in der Siedlung selbst entstehen wird. Eine andere Befragte hat betont, wie wichtig für den Erfolg des vertretenen Wohnbaus der Standort ist, also die Nähe zur sozialen Infrastruktur (E5). Drilling und Weiss (2012) bestätigen diese Aussage und schreiben, dass der lokalen Erschliessung von sozialer Infrastruktur eine hohe Bedeutung bezüglich der Attraktivität des Wohnorts zukommt (S.17).

6.1.6 Alltagstauglichkeit

Handlungskriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau		
Alltagstauglichkeit	N	Nutzungsneutrale, flexible Räume, Stauräume
	O	Möbilierbarkeit mit Normmöbeln
	P	Geeignete Fahrrad- und Kinderwagenabstellräume
	Q	Angstfreie und barrierefreie (Aussen-) Räume
	R	Qualität der wohnungseigenen Freiräume
	S	Massnahmen zur Erhöhung der Wohnsicherheit
	T	Zuschaltbare Elemente

Abb. 23: Alltagstauglichkeit (eigene Darstellung)

- Alltagstauglichkeit
Die befragten Expertinnen und Experten haben spezifische Aspekte, die dem Kriterium „Alltagstauglichkeit“ zugeordnet werden können, zwar aufgeführt, doch können diese aber nicht den Kriterien zugeordnet werden, da von Seiten des Wiener Gestaltungsbeirat sehr spezifisch formuliert wurden. Weiter wurde auch die Begrifflichkeit „Alltagstauglichkeit“ genannt, jedoch ohne genauere Erläuterung dazu, was darunter zu verstehen ist. Es ist aus Sicht der Autorin und des Autors fragwürdig, inwiefern es Sinn macht, einen detaillierten Kriterienkatalog bezüglich der Alltagstauglichkeit zusammenzustellen (beispielsweise die Möbilierbarkeit mit Normmöbel). Dies lässt annehmen, dass Partizipation nur solange gewährleistet werden kann, dass sie keine dieser Kriterien tangiert.

- Qualität der wohnungseigenen Freiräume (R)

Von der Mehrheit der Befragten wurde die Wohnqualität als wichtiger Aspekt sozialer Nachhaltigkeit genannt. Nach dem Metzler (sic!) Philosophie Lexikon (ohne Datum) beinhaltet Qualität im philosophischen Sinne die Beschaffenheit, die Bestimmtheit oder die Eigenschaft von Dingen und ist Gegenstand der Sinneswahrnehmung. Diese Erkenntnistheorie geht von der Einwirkung der Qualitäten auf die Sinnesorgane in der Wahrnehmung aus. (S. 483 zit. in Brauer, 2008) Die philosophische Definition lässt sich auf die Wohnqualität anwenden. Das Produkt „Wohnen“ resultiert laut Brauer (2008) aus einer Vielzahl von Einzeleigenschaften und besteht demnach aus Teilqualitäten. Einzelmerkmale der Teilqualität „Wohnung“ sind beispielweise die Architektur, die Grösse, der Grundriss, die Belichtung und andere Ausstattungsmerkmale. (S. 21) Brauer (2008) merkt an, dass die Aufgabe, zu erkennen, welche Zielgruppe welchen Qualitätsmerkmalen der Wohnung eine besondere Bedeutung beimisst, sehr schwierig ist. (ib./ibid.) An dieser Stelle kommt also der Einbezug der wohnqualitätsbezogenen Bedürfnisse der potenziellen Bewohnerschaft erneut ein hoher Stellenwert zu (vgl. Kapitel 6.1.2)

- Zuschaltbare Elemente (T)

Die Autorenschaft hat weiter die Kategorie „Zuschaltbare Elemente“ gebildet. Es wurde von einigen Expertinnen und Experten erwähnt, dass das Bedürfnis in bestimmten Lebenssituationen, wie beispielsweise Trennung der Ehepartner, Erwachsenwerden der Kinder, Pflege eines Elternteils etc., flexibel auf Raumangebote zurückgreifen zu können, klar zum Ausdruck kommt.

6.1.7 Kostenreduktion durch Planung

Handlungskriterien sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau		
Kostenreduktion durch Planung	U	Wirtschaftliche Grundrisse und flächenökonomische Erschliessung
	V	Kompaktheit des Baukörpers
	W	Minimierung der Instandhaltungskosten des Gebäudes und der Aussenbereiche
	X	Alternative Stellplatz- und Mobilitätskonzepte anstelle von (Tief-)Garagen
	Y	Dauerhaft sozial gebundene Wohnungen
	Z	Schaffung von Finanzierungsinstrumenten

Abb. 24: Kostenreduktion durch Planung (eigene Darstellung)

- Wirtschaftliche Grundrisse und flächenökonomische Erschliessung (U)

Zwei der Befragten haben geäussert, dass die Grundrisse der Wohnungen wieder kleiner werden müssen. Diese Forderung ist darauf zurückzuführen, dass die Siedlungsfläche in der Schweiz pro Einwohner in den letzten gestiegen ist und gleichzeitig die Bevölkerung weiterhin wächst und so die unvermehrte Ressource Boden immer knapper wird (Bundesamt für Statistik (BFS), 2012). Diese Kategorie ist wiederum eher der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit zuzuordnen.

- Dauerhaft sozial gebundene Wohnungen (Y)

Zwei der Befragten haben Aspekte aufgegriffen, die diesem Kriterium zugeordnet werden können. Einerseits die Garantie für die Bewohner/innen des Hauses, das abgebrochen wurde, in den Neubau einziehen zu können andererseits Möglichkeiten zu schaffen, damit die Leute möglichst lange an einem Ort wohnen können. So können durch dieses Ziel sowohl Kosten minimiert werden, die aufgrund häufiger Mieterwechsel anfallen würden als auch bei dauerhaft sozial gebundenen Wohnungen die Identität mit der Wohnanlage sowie die Bereitschaft am gemeinschaftlichen Leben teilzunehmen gesteigert werden.

- Schaffung von Finanzierungsinstrumenten (Z)

Die Autorenschaft nimmt an, dass aufgrund dessen, dass die Handlungskriterien für den geförderten Wohnbau formuliert werden, das Kriterium des bezahlbaren Wohnraums für unterschiedliche gesellschaftliche Milieus ausser Acht gelassen wurde. Da die Mehrheit der Befragten Finanzierungsinstrumente zur Überbrückung von Mietzinsausfällen sowie Instrumente zur Unterstützung von wirtschaftlich schlechter gestellten Mieterinnen und Mietern als sozial nachhaltig bezeichneten, hat die Autorenschaft das Kriterium „Schaffung von Finanzierungsinstrumenten“ gebildet.

Dies wird auch in der Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz (2010) aufgenommen:

Um allen eine Wohnung zu tragbaren Bedingungen zu sichern, reichen die Marktkräfte nicht aus. Zur Ergänzung braucht es die gemeinnützigen Wohnbauträger, dies sind insbesondere Wohnbaugenossenschaften, Stiftungen, sowie gemeinnützige Wohnbauträger, welche preisgünstigen Wohnraum erstellen, sichern und erneuern. Der Zugang zu einer qualitativ angemessenen und an die Bedürfnisse des Einzelnen angepassten Wohnung zu einem bezahlbaren Preis stellt für jeden Einzelnen und jede Familie ein grundlegendes Recht dar. (S.1)

- Kompaktheit des Baukörpers, Minimierung der Instandhaltungskosten des Gebäudes und der Ausenbereiche, Alternative Stellplatz- und Mobilitätskonzepte anstelle von (Tief)-Garagen (V, W, X)

Die soeben aufgezählten Punkte wurden von den Befragten nicht aufgegriffen, weil sie diese mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht dieser Begrifflichkeit zugeordnet haben. Die Autorenschaft fragt sich, inwiefern diese Kategorie „Kostenreduktion durch Planung“ der sozialen Dimension zugeordnet werden kann, denn die Forderungen sind alle auf die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Die Kategorie „Kostenreduktion durch Planung“ zeigt den integrativen Charakter der Dimensionen der Nachhaltigkeit (vgl. Kapitel 2) exemplarisch auf.

6.2 Grundvoraussetzungen für sozial nachhaltiges Bauen

Aus dem vorhergehenden Unterkapitel wurde ersichtlich, dass die Kategorien des Wiener Wohnbaus vier Querschnittsthemen beinhalten. Dies sind die Themen „Betroffene“, „Bedürfnisorientierung“, „Partizipation“ und „Räume“. Diese Querschnittsthemen ernennt die Autorenschaft aufgrund der Interpretation der Aussagen der Expertinnen und Experten als zentrale Grundvoraussetzungen für sozial nachhaltiges Bauen. Denn im Unterkapitel „Herausforderungen“ im Kapitel 5.1 werteten die befragten Expertinnen und Experten als zentralen Erfolg ihres Wohnbaus, dass die Idee nach einer bestimmten Wohnform umgesetzt werden konnte. Diesen Erfolg führt die Autorenschaft darauf zurück, dass alle der untersuchten Wohnbauten aufgrund individueller, gruppenspezifischer oder gesellschaftlicher Bedürfnisse/ Wünsche

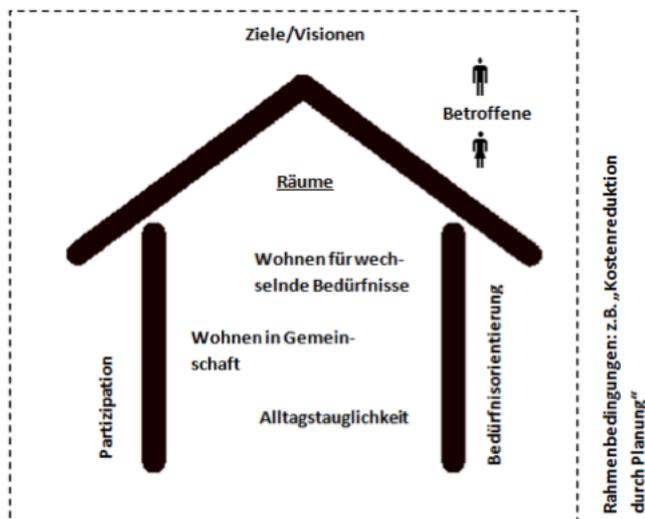


Abb. 25: Konzeption sozial nachhaltiges Bauen

von Betroffenen entstanden sind und diese mindestens in eine Phase des Wohnbaus (Planungs- Umsetzungs-, Wohnphase) einbezogen wurden. Deshalb geht die Autorenschaft davon aus, dass „Partizipation“ und „Bedürfnisorientierung“ als Stützen eines Wohnbaus dazu beitragen, Ziele/ Visionen, die mit einer bestimmten Wohnform verfolgt werden, zu erreichen.

Mithilfe dieser Stützen können dann auch die Kategorien des Wiener Gestaltungsbeirats für sozial nachhaltiges Wohnen „Alltagstauglichkeit“, „Wohnen für wechselnde Bedürfnisse“ und „Wohnen in Gemeinschaft“ je nach Bedürfnis der Betroffenen ausgestaltet werden.

Die Kategorie „Kostenreduktion durch Planung“ kann als Rahmenbedingung für die anderen drei Kategorien bezeichnet werden.

Grundsätzlich kommt innerhalb dieser Kategorien der Thematik „Raum“ von Seiten der befragten Expertinnen und Experten eine enorme Bedeutung zu. Die Bearbeitung dieses Themas kann wiederum durch die Stützen Bedürfnisorientierung und Partizipation bearbeitet werden.

Damit in einem unter dem Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit errichteten Wohnbau die Wünsche, Bedürfnisse, Ziele und Visionen an das Wohnen dauerhaft befriedigt werden können, ist es notwendig die Stützen „Partizipation“ und „Bedürfnisorientierung“ nicht einstürzen zu lassen. Sie müssen deshalb mit unterschiedlichen Massnahmen, wie beispielsweise Mietervereine, etc. aufrechterhalten bleiben.

6.3 Mögliche Rolle der Stadt als Förderin sozialer Nachhaltigkeit

Aus der Darstellung der Ergebnisse wird deutlich, dass eine Einschränkung der Bodenspekulation und eine grosszügigere Bodenpolitik zu Gunsten der Genossenschaften und Stiftungen für gemeinnützigen Wohnbau oberste Priorität genießt. Diese Forderung wird von Hanspeter Rohrer und Martina Ulmann unterstützt (Fachpoolgespräch vom 27. Juni 2012). Beide sind Mitarbeitende in der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ), die ebenfalls von der Stadt verlangen, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Notwendigkeit von gemeinnützigen Wohnbauten Rechnung tragen und beispielsweise Bauland für die Genossenschaften im Baurecht zur Verfügung stellen. Dasselbe sollte aber auch im

Bereich der privaten gemeinnützigen Baugemeinschaften geschehen. Und nicht zuletzt sollte die Stadt hier vermehrt Finanzierungshilfen leisten.

Nichtsdestotrotz setzt sich Zürich, auch dies wurde aus den Forschungsinterviews klar ersichtlich, im Verhältnis zu anderen Schweizer Städten überdurchschnittlich stark für Genossenschaften und gemeinnützigen Wohnbau ein. Zudem ist die Zürcher Bevölkerung bezüglich gemeinnützigen Wohnbaus sehr sensibilisiert. So hat die Stimmbevölkerung der Stadt Zürich laut Rohrer und Ulmann (Fachpoolgespräch vom 27. Juni 2012) am 27. November 2011 eine Vorlage, die den Anteil der Mietwohnungen, die im Eigentum von gemeinnützigen Bauträgern sind, auf einen Drittel erhöhen wollte, mit über 75% der Stimmen angenommen.

Von den befragten Expertinnen und Experten anderer Schweizer Städte werden zwar ähnliche Forderungen laut, wie der gemeinnützige Wohnbau auch von Seiten der Stadt besser gefördert werden könnte, jedoch sind gemäss ihren Aussagen die jetzigen Voraussetzungen für gemeinnützige Wohnträger schlechter als in Zürich. Dies lässt sich auch darauf zurückführen, dass die Expertinnen und Experten, die ihren Wohnbau nicht in der Stadt Zürich realisierten, bei dieser Frage stets Zürich als Paradebeispiel bezogen. Die Interviews haben somit deutlich gemacht, dass in den Schweizer Städten nur schon rechtlich ganz unterschiedliche Handhabungen mit gemeinnützigen Bauträgern herrschen. Die Autorenschaft ist mit den befragten Vertreterinnen und Vertretern der Wohnbauten einig, dass ein erstes städteübergreifendes Ziel für gemeinnützige Wohnbauten eine generelle rechtliche Angleichung, unter der Berücksichtigung der lokalen Rahmenbedingungen, sein muss.

6.4 Zukunft sozialer Nachhaltigkeit

Wie im Kapitel „Darstellung der Ergebnisse“ ersichtlich wurde, wird der Zukunft von sozial nachhaltigem Bauen von allen Befragten viel Entwicklungspotenzial zugestanden. Die Thematik gewinnt auch in der Schweiz an Bedeutung. So ist beispielsweise während der Erarbeitung dieser Bachelorarbeit ein sehr interessanter Artikel zur „Soziale Nachhaltigkeit in der Siedlungsentwicklung“ im Magazin Raum und Umwelt (Nr. 3/12) der schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP-ASPAN) von Matthias Drilling und Stephanie Weiss (2012) erschienen. Zu Recht weist aber eine Befragte darauf hin, dass die Gefahr vorhanden ist, dass die Begrifflichkeit „sozial nachhaltiges Bauen“ an bestimmten Prinzipien festgemacht wird, die mit sozialer Nachhaltigkeit im herkömmlichen Sinne nichts zu tun haben oder als Deckmantel für bestimmte Bauvorhaben verwendet wird. Diese Gefahr wird durch die in Kapitel „Soziale Nachhaltigkeit“ beschriebene inhaltliche Unklarheit der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit verstärkt. Weiter ist insbesondere im Wohnbau darauf zu achten, dass die soziale Dimension, wie in der Einleitung beschrieben, nicht zur „Erfüllungsgehilfin“ der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit wird. Eine weitere Herausforderung, die von einer Befragten erwähnt wurde, ist, dass die Ansätze der sozialen Dimension nicht nur von gemeinnützigen Wohnbauträgern umgesetzt werden, sondern auch auf konventionelle Wohnbauten übertragen werden können.

6.5 Zusammenfassung

Zusammenfassung Kriterien

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Aussagen der befragten Expertinnen und Experten zur sozialen Nachhaltigkeit den Kriterien des Wiener Gestaltungsbeirats (2010) nahe kommen. Insbesondere in der Kategorie „Wohnen in Gemeinschaft“ ist eine hohe Übereinstimmung ersichtlich. Lediglich bei der Kategorie „Kostenreduktion durch Planung“ ist die Übereinstimmung mit den Aussagen von Seiten der Befragten minimal. Dies ist darauf zurückzuführen, dass diese Kategorie nicht unbedingt im Kontext der sozialen Nachhaltigkeit gedacht wird. Aufgrund der Häufigkeit der Aussagen zu „zuschaltbare Elemente“, die es ermöglichen, je nach Lebenssituation zusätzliche Räume dazu zu mieten, wurde die Kategorie „Alltagstauglichkeit“ durch das Kriterium „zuschaltbare Elemente“ ergänzt. Weiter wurde in der Kategorie „Kostenreduktion durch Planung“ das Kriterium „Schaffung von Finanzierungsinstrumenten“ aufgrund der hohen Bedeutung für die Befragten ergänzt. Es ist klar ersichtlich, dass die Querschnittsthemen „Partizipation“ und „Bedürfnisorientierung“ der Betroffenen die Grundvoraussetzung für sozial nachhaltiges Bauen darstellt. Weiter kommt der Thematik „Raum“ und „Raumgestaltung“ ein wichtiger Stellenwert zu.

Beitrag der Forschungsergebnisse zur Erfüllung der Leitorientierungen nach Empacher und Wehling (2002)

Es ist ersichtlich, dass aufgrund der Ergebnisse zum sozial nachhaltigen Bauen in der Schweiz insbesondere für die Erfüllung der Leitorientierungen 1, 3 und 5 nach Empacher und Wehling (2002) ein wesentlicher Beitrag geleistet wird. Die Ergebnisse der Forschung geben klar zu erkennen, dass die untersuchten Wohnbauten aufgrund individueller und kollektiver Bedürfnisse nach neuen, alternativen Wohnformen entstanden und die Bedürfnisse/ Wünsche bezüglich des Zusammenlebens durch partizipative Gefässe weiterhin geäußert werden können. Alle befragten Expertinnen und Experten gaben an, dass für die Bewohnenden Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten geplant sind oder schon angewendet werden. Alle Befragten äusserten sich über (geplante) partizipative Gefässe in der Wohnphase. Weiter tragen diese Gefässe sowie auch Begegnungsräume, Gemeinschaftsräume, etc. dazu bei, dass soziale Beziehungsnetze erneuert, erhalten und weiterentwickelt werden können. Dadurch werden Sozialressourcen wie beispielsweise die Aufrechterhaltung der Werte „Integration“, „Toleranz“, „Selbstorganisations- und Kooperationsfähigkeit“, um die Entwicklungsfähigkeit sozialer Systeme aufrecht zu erhalten, gestärkt.

Zur Leitorientierung 2 kann lediglich die Berücksichtigung des Kriteriums „Kombination Wohnen und Arbeiten“ durch beispielsweise wohnungsnah zumietbare Räume, durch das zur Verfügungsstellen von Gewerberäumen innerhalb der Siedlung, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen oder der Nähe zur sozialen Infrastruktur, die Chance auf Erwerbsarbeit erhöhen. Weiter wäre unter diesen Voraussetzungen die gerechte Verteilung von Haus-, Reproduktion-, und Subsistenzarbeit eher möglich.

Einen Beitrag zur Leitorientierung 4 leisten Finanzierungsinstrumente zur Überbrückung von Mietzinsausfällen sowie Instrumente zur Unterstützung von wirtschaftlich schlechter gestellten Mieterinnen und Mietern. So kann die Chancengleichheit im Zugang zum Wohnungsmarkt eher gewährleistet und soziale Diskriminierungen in Bezug auf den Zugang zum Wohnungsmarkt abgebaut werden.

Damit objektiv gemessen werden kann, inwiefern die Massnahmen in den untersuchten Wohnbauten als sozial nachhaltig zu bezeichnen sind, müssten zusätzlich zu den Leitlinien Indikatoren für den Wohnbau explizit formuliert werden. Zudem müsste auch die Wirkung der sozial nachhaltigen „Bauweise“ innerhalb der Bewohnerschaft eruiert werden.

7 Soziokulturelle Animation

Im folgenden Kapitel werden die zentralen Professionsaufgaben der Soziokulturellen Animation näher erläutert. Anschliessend werden die Forschungsergebnisse zur Frage nach der Rolle der SKA dargestellt und im Vergleich mit der Theorie diskutiert. Zum Schluss wird aus den theoretischen Grundlagen ein Handlungsmandat für die SKA im sozial nachhaltigen, gemeinnützigen Wohnbau abgeleitet.

7.1 Soziokulturelle Animation als Profession

7.1.1 Grundlagen

Eine klare Definition der SKA als Profession ist äusserst schwierig. Zu vielschichtig und schnell veränderbar sind die Aufgaben und Verortung der Profession, als dass es sich in Stein meisseln liesse. Heinz Wettstein (2010) bestätigt diese Annahme der Autorenschaft, indem er schreibt:

Soziokulturelle Animation ist immer eingelagert in die gesellschaftliche Entwicklung. Ob sich eine Gesellschaft schnell entwickelt oder langsam, ob das Schwergewicht der Entwicklung im materiellen oder im immateriellen Bereich liegt, ob die Mehrheit der Menschen Not leidet oder im Überfluss lebt, ob eine Gesellschaft einen gemeinsamen Normenschatz hat oder sich sehr ausdifferenziert, wie die Menschen leben, wohnen, miteinander reden, sich fortbewegen usw. – all das hat immer direkte Auswirkung auf die Soziokulturelle Animation. Die heutige Zeit, die immer neuen Entwicklungen, Verwerfungen, Problematiken in technischen, wissenschaftlichen, politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bereichen aufwartet und die Menschen/die Menschheit vor immer neu zu bewältigende Lebenssituationen stellt, beeinflusst die Grundlagen der Soziokulturellen Animation tiefgreifend. (S. 27)

7.1.2 Zielsetzungen

Emanuel Müller (1999) hat trotzdem Einzelzielsetzungen der soziokulturellen Intervention formuliert, die allgemeingültig sein sollen und die auf Gestaltung, Aneignung und Wiederaneignung des Alltagslebens der Zielgruppen fokussieren:

- Ermöglichung von Vernetzung und Verbindung von Einzelnen, Gruppen und Gemeinschaften, indem sie Kommunikation und Mitbeteiligung fördert
- Unterstützung der Artikulation von Bedürfnissen und Interesse; Förderung der Fähigkeit, auf Bedürfnisse zu reagieren
- Schaffung von geeigneten Voraussetzungen, um eigenständige soziale, kulturelle und politische Ausdrucksformen zu finden
- Bearbeitung von ungelösten sozialen und interkulturellen Konflikten, indem sie Unterschiede aufzeigt und Lösungen ermöglicht
- Sie unterstützt und berät bei Initiativen und Projekten im soziokulturellen Bereich
- Erschliessung von nicht genutzten Kompetenzen und Ressourcen (zit. in Hangartner, 2010, S. 36 – 37)

7.1.3 Funktionen

Die Funktionen der SKA, so schreibt Hangartner (2010) weiter, können sich je nach Tätigkeitsfeld überschneiden oder ergänzen. Es kommt auch immer darauf an, wie der entsprechende Arbeitsort, die Auftrag gebende Institution und die Personen aus anderen Berufsfeldern, mit denen zusammengearbeitet wird, ausgerichtet sind. (S. 287) Folgend eine kurze, nicht abschliessende Erläuterung der zentralen Funktionen, welche die SKA einnimmt:

- Vernetzungs- und Kooperationsfunktion

Die SKA übernimmt in dieser Funktion die Rolle der Anregerin, Förderin, Unterstützerin und Begleiterin im Aufbau von sozialen und kulturellen Netzwerken. Sie versucht eine Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, die in eine Zusammenarbeit einzubeziehen sind, herzustellen. (Hangartner, 2010, S. 288)

- Partizipative Funktion

In dieser Funktion aktiviert die SKA bestehende Beteiligungsformen in Gesellschaft und Kultur und ermöglicht neue oder adaptierte Formen von Beteiligung, welche sich für die angesprochenen Zielgruppen eignen. So setzt sich die SKA beispielsweise dafür ein, dass Menschen mit wenig Beteiligungsmöglichkeiten eine Stimme erhalten. (ib./ibid.)

Nach Spierts (1998) geht es für die SKA nicht darum, den Adressatinnen und Adressaten fertige Lösungen anzubieten, sondern darum, ihnen zu helfen, ihre Probleme selber zu erkennen und Lösungen entwickeln zu können (zit. in Annette Hug, 2010, S. 207). Lüttringhaus (2000) entwarf ein Stufenmodell der Partizipation, das unterschiedliche Ausdrucksformen und Ausprägungen der Partizipation systematisiert und auf das sich die SKA stützen kann (S. 72, zit. in Hangartner, 2010, S. 4):

Stufenmodell der Partizipation	
Organisation – lässt Teilnahme zu	Adressat/innen – übernehmen Teilhabe
4. Delegation der Entscheidungen	4. Selbstverwaltung
3. Partnerschaftliche Kooperation	3. Mitentscheid
2. Austausch, Erörterung	2. Mitwirkung
1. Information	1. Beobachtung, Information
Bei Nichtbeteiligung:	
Manipulation	Desinteresse

Abb. 26: Stufenmodell der Partizipation (Lüttringhaus, 2000, S. 72, zit. in Hangartner, 2010, S. 4)

- Präventive Funktion

Martin Hafen (2010) schreibt, dass sich im Gegensatz zur Sozialarbeit, die sich vornehmlich mit aktuell bestehenden Problemen beschäftigt, die Soziokultur vermehrt bei der Beseitigung von Faktoren ansetzt, die dereinst zu Problemen führen könnten. Die mittels Prävention angegangenen Probleme liegen in Form von Risiken in der Zukunft. Trotzdem sind die Grenzen dabei nicht trennscharf, da auch die SKA mit bestehenden Konflikten konfrontiert ist. Somit ergänzen sich die beiden Disziplinen gegenseitig. (S. 177 – 179)

- Integrative Funktion

Hangartner (2010) beschreibt die integrative Funktion so, dass sie durch Initiieren, Ermöglichen und Stimulieren von Kommunikation zwischen verschiedenen Individuen und sozialen Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser und kultureller Herkunft erfolgt. Als wichtigstes Element fungiert die Beziehungsarbeit in den Lebenswelten der Zielgruppen sowie der Vermittlung zwischen Lebenswelten und dem System. (S. 288)

7.1.4 Interventionspositionen

Laut Hangartner (2010) stellt das sich ständig wandelnde gesellschaftliche und berufliche Umfeld auch immer neue Anforderungen an die Berufspersonen der SKA (S. 297). Mit dieser Ausgangslage und mit Einbezug der theoretischen Grundlagen wurde von Müller (in Heinz Moser et al., 1999) ein Handlungsmodell geschaffen, das auch längerfristig ermöglichen kann, die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Individuen und sozialen Gruppen erfolgreich zu fördern und zu begleiten. (S. 122, zit. in ib./ibid.) In diesem Handlungsmodell wurden vier übergeordnete Interventionspositionen in der Arbeit der SKA bestimmt:

Aufgaben der SKA / Interventionspositionen	Aktivitäten der Fachperson	Zweck	Ziele der Adressatenschaft
Animationsposition	animieren, arrangieren, beteiligen	Aktivierung	Selbsttätigkeit
Organisationsposition	unterstützen, planen, durchführen, auswerten	Aktion, Produktion	Selbstorganisation
Konzeptposition	erforschen, erkunden, konzipieren	Konzeptualisierung	Transformation
Vermittlungsposition	problematisieren, thematisieren, übersetzen, verhandeln, Konflikte lösen	Vermittlung	Selbstständigkeit

Abb. 27: Interventionspositionen (Hangartner, 2010, S. 299)

Nach Hangartner (2010) ist dieses Handlungsmodell als Orientierung zu verstehen, in welcher Funktion, mit welchen Methoden und Techniken und mit welcher Haltung SKA Berufsleute in entsprechenden Situationen intervenieren können. Es ist zu bemerken, dass stets alle vier Positionen zueinander in Verbindung stehen und nicht ohne Rückkoppelung mit den anderen betrachtet werden können. Die Animationsposition, die als Zielsetzung stets die Aktivierung und Selbsttätigkeit der Adressatenschaft innehat, gilt als zentrale Interventionsposition. Sie steht im Zentrum aller Aufgaben und kommt meist in Verbindung mit einer anderen zum Tragen. (S. 298)

7.1.5 Leitprinzipien

Nach Spierts (1998) gibt es in der SKA vier entscheidende Determinanten, nach denen die Berufsleute mit den Zielgruppen arbeiten sollten (S. 187, zit. in Hangartner, 2010, S. 288):

- Es soll nahe an der Lebenswelt der Adressatenschaft gearbeitet werden
- Dabei sollten möglichst keine Blockaden entstehen
- Die Arbeit soll flexibel und an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientiert sein
- Es soll bei der jeweiligen Kultur und den Gewohnheiten angeknüpft werden

Horst Opaschowski (1996, S. 204, zit. in Hangartner, 2010, S. 289) machte eine weitere Unterteilung der Leitprinzipien für die SKA:

Bedingungen der Teilnahme	Voraussetzungen der Beteiligung	Möglichkeiten der Zielgruppe
Erreichbarkeit	Freie Zeiteinteilung	Wahlmöglichkeit
Offenheit	Freiwilligkeit	Entscheidungsmöglichkeit
Aufforderungscharakter	Zwanglosigkeit	Initiativmöglichkeit

Abb. 28: Leitprinzipien (Hangartner, 2010, S. 289)

Hangartner (2010) erweitert diese Leitprinzipien um zwei weitere Faktoren: Die Niederschwelligkeit und die Nachhaltigkeit. Niederschwelligkeit bedeutet, dass die Fachpersonen auf ihre Zielgruppen zugehen und in deren Lebenswelten Kontakt aufnehmen, damit die „Schwelle“ in eine Institution (beispielsweise Jugendhaus) zu gehen für die Adressatenschaft nicht zu gross ist. Beim Prinzip der Nachhaltigkeit wird darauf geachtet, dass durch die Arbeit an immer neuen Projekten diese nicht in Kurzlebigkeit versinken. Die initiierende Gruppe sollte nach Möglichkeit selber das Angebot oder Projekt weiterführen können und die Aufgabe der SKA ist es dabei, Unterstützung und Begleitung zu gewährleisten. (S. 289)

7.1.6 Tätigkeitsfelder

Die SKA kann in vielen Bereichen unterschiedliche Tätigkeitsfelder abdecken und neue Out-puts generieren. Die unten dargestellte Tabelle soll einen Überblick über die verschiedenen Teilbereiche der SKA geben, sie lehnt sich an Müller (1999) und Spierts (1998). Dabei wird auch das Soziale respektive Nachbarschaften und soziale Netze sowie das Wohnen, die zentralen Elemente dieser Arbeit, als einer der Teilbereiche erwähnt, in dem die SKA eine Funktion übernehmen kann. Eng damit verbunden sind laut Hangartner (2010) auch die verschiedenen Zielgruppen, mit denen die Animatorinnen und Animatoren zusammenarbeiten, sei dies innerhalb einer Lebenswelt einer spezifischen Zielgruppe oder vermittelnd (siehe Interventionspositionen weiter unten) zwischen verschiedenen Gruppierungen oder vermittelnd zwischen Lebenswelt und System. (S. 286) Zur Verdeutlichung soll hier eine tabellarische Auflistung der Teilbereiche, Tätigkeitsfelder, Funktionen und möglichen Outputs dienen, wobei die für diese Forschungsarbeit zentralen Handlungsfelder hervorgehoben sind:

Teilbereiche	Tätigkeitsfelder	Funktionen	Mögliche Förderung und Output
Politik	Stadt-, Stadtteil- oder Gemeinwesenentwicklung	Vernetzungs- und Kooperationsfunktion Partizipative Funktion Präventive Funktion Integrative Funktion	Fördert Innovation und Selbstbestimmung und Interessensvertretung von Menschen ohne politische Partizipationsmöglichkeit
Soziales	Aufbau von soziale Netzen / Gemeinschaften / Nachbarschaften		Fördert Solidarität und vermittelt zwischen sozialen Gruppen und fungiert als Frühwarnsystem für soziale Ungleichheiten und entstehende Probleme
Bildung	Niederschwellige nach- oder ausserschulische Angebote		Fördert lebenslanges Lernen und bietet informelle und evt. auch formelle Bildung
Kultur / Kunst	Niederschwellige Angebote für kulturelle Beteiligung		Fördert Kreativität und ermöglicht Zugang zu Kultur
Sport	Niederschwellige Angebote durch Animation auf spielerische Weise		Fördert Gesundheit und Gesundheitsbewusstsein und vermittelt zwischen sozialen Gruppen
Tourismus / Freizeit	Alternative, kulturell und ökologisch nachhaltige Angebote		Fördert das Bewusstsein für die Umwelt, andere örtlich nahe Kulturen und die Mobilität
Wohnen / Wohnumfeld	Wohnbaugenossenschaften, grosse Siedlungen		Fördert Nachbarschaftshilfe und Solidarität und fungiert als Frühwarnsystem für entstehende Probleme im Zusammenleben

Abb. 29: Tätigkeitsfelder (Hangartner, 2010, S. 287)

7.2 Soziokulturelle Animation und Wohnen

Aus den Grundlagen, Leitprinzipien und Handlungsansätzen der SKA und unter Einbezug der soziodemografischen Herausforderungen lässt sich auf theoretischer Ebene für die SKA ein Handlungsmandat eruieren. Neue gemeinschaftliche Wohnbauten entstehen in Reaktion auf soziodemografische und ökonomische Entwicklungen, die die SKA erkennen und die Menschen, die sich zu Wohnkollektiven zusammenschliessen, unterstützen kann. Gerade unter dem Aspekt, dass Wohnen als Teilbereich und die Nachhaltigkeit als eines der Leitprinzipien der Profession deklariert werden, mandatiert die SKA als Vermittlungs- und Begleitinstanz in Wohnbauten. Vielfach sind aufgrund verschiedener Lebensstile,

Lebenslagen und Bedürfnisse ans Wohnen Konfliktsituationen in Wohnsiedlungen vorprogrammiert. Die SKA hat hier die Möglichkeit, mit ihren professionsspezifischen Methoden in der Position der Vermittlerin Konflikte zu lösen und in ihrer präventiven Funktion Faktoren frühzeitig zu erkennen, die Konflikte in der Nachbarschaft schüren könnten. Sie kann innerhalb von Wohnbauten die individuellen Bedürfnisse auffangen und Gefässe schaffen, in denen zwischen den Betroffenen ein Austausch stattfindet, der die Kommunikation und somit die Mitbeteiligung aller gezielt fördert. Nicht zuletzt ist die SKA auch die geeignete Instanz, die kollektive Interessen für neue Wohnformen bündelt und in der Umsetzung der Projekte von Interessengemeinschaften als Begleiterin amtiert. So gibt es eine weitgehende Überschneidung der Ziele der sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau mit denjenigen der SKA, was die Animation als Akteurin in diesem Handlungsfeld legitimiert. Es ist aber weiter zu beachten, dass sich die SKA, wie dies Spierts (1998) ausführt, stets an den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppen zu orientieren hat (S. 187, zit. in Hangartner, 2010, S. 288). Es gilt somit herauszufinden, ob in den Wohnprojekten ein entsprechendes Bedürfnis nach einer professionellen Begleitung vorhanden ist oder nicht.

7.3 Integration der Forschungsergebnisse zur Rolle der Soziokulturellen Animation

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse aus der Forschung dargestellt. Die Autorenschaft fragte die Expertinnen und Experten verschiedener Wohnbauten danach, ob während des ganzen Prozesses Professionelle aus der SKA involviert waren, ob ein Bedürfnis danach existierte oder existiert und wo die Befragten allenfalls Möglichkeiten sehen, Professionelle aus der SKA beizuziehen. Zusammengefasst sollen Überschneidungen aus Theorie und Praxis dargestellt werden.

Zwei von sieben Wohnbauten haben für die Begleitung und Mediation von der Planungs- bis zur Wohnphase eine professionelle Person aus der Sozialen Arbeit eingesetzt.

E5: „Die anderen Disziplinen haben zwar in ihren Sparten die Kommunikation auch gelernt, das war früher noch anders. Aber das Ganze interdisziplinär zusammen zu bringen das ist wirklich die Stärke der „sozialen Architektin“ oder Mediatorin. Das gegenseitige Verständnis dieser spartenspezifischen Sprachen, diese zu übersetzen und die Erklärung der jeweiligen wie auch den Einsatz von unterschiedlichen Instrumenten, die man zur Verfügung hat, sind sehr wichtig. Im interdisziplinären Schaffen in solchen Modellen, benötigt es eine „soziale Aktion“. Das dünkt mich sehr wichtig!“

E6: „Das Problem ist auch, dass alle Seiten beteiligt sind und es so immer mehrere Wahrheiten gibt und darum braucht es Methoden wie die Mediation, um solche Probleme zu lösen.“

Ein interviewter Experte wurde spezifisch für die Partizipation und Nutzung bereits ab der Planungsphase angestellt. Er ist jedoch nicht spezifisch im sozialen Bereich ausgebildet, sondern bringt viel Erfahrung in verschiedenen Teilbereichen mit. Gemäss seinen Aussagen wurde vom Vorstand für diese Position explizit kein „Sozialpädagoge“ gewünscht. Der gleiche Experte sagte aber aus, dass bei den sogenannten Satellitenwohnungen, für die sich Leute finden lassen müssen, die ein Vertragsverhältnis mit der Genossenschaft eingehen, einen Verein gründen und ein gemeinschaftliches Leben organisieren, Soziokultur nötig sein wird.

E7: „Wir werden sogenannte Clusterwohnungen, auch Satellitenwohnungen genannt, bei uns haben und da wird Soziokultur nötig sein. (...) Und bei meinem Vorstellungsgespräch hiess es, dass kein Sozialpädagoge erwünscht ist.“

Vier Expertinnen und Experten haben geäußert, dass für die partizipativen Methoden und allgemein für die Vermittlung und Begleitung der Akteurinnen und Akteure des jeweiligen Wohnprojekts keine Professionellen aus der Sozialen Arbeit nötig gewesen sind. Eine der vier Expertinnen fügt jedoch an, dass in einem speziellen Fall eine professionelle Mediation beigezogen wurde und eine weitere der vier Expertinnen erwähnte, dass man sich in naher Zukunft überlegt, für eine Zukunftswerkstatt eine professionelle Fachperson zu engagieren.

E3: „Es gab ja Momente, bei denen man sich professionelle Hilfe geholt hat – es gab einmal den Moment, da hat man eine Mediation benötigt. Aber im Normalfall habe ich nicht das Gefühl, als ob das jetzt nötig gewesen wäre.“

E4: „Also mir und auch viele andere Leute in diesem Projekt finden, dass das gar nie wirklich ein Thema war oder man eine professionelle Unterstützung gebraucht hätte. (...) Das müssen nicht unbedingt Leute sein, die berufsmässig auf diesem Feld arbeiten, sondern einfach Leute, die clever genug sind, um das, was sie selber wissen und von anderen Projekten lernen konnten, mit unserem Miliz-Arbeitsgruppensystem sehr gut selber machen konnten.“

Die befragten Expertinnen und Experten äusserten sich unterschiedlich dazu, ob und in welcher Form sie sich ein Engagement der Soziokulturellen Animation als Begleit- und Vermittlungsinstanz in Wohnprojekten vorstellen könnten:

Wohnbau	Aussagen zur Soziokulturellen Animation
E1	„Je nachdem hätte man einen Externen haben müssen. In nächster Zeit ist eine Zukunftswerkstatt geplant, wo man schauen möchte, wie es mit der Wohnfabrik weitergeht.“
E2	„Wenn man Hilfe benötigt, dann holt man sich diese im Prozess selber.“
E3	„Was ich wichtig finde ist, dass wenn man eine Interpretation der Ergebnisse erhält, auch daran weiterarbeiten kann. Da braucht man auch einen fachlichen Hintergrund, dass wirklich gewährleistet ist, dass die Bedürfnisse miteinbezogen sind und nicht nur das gesagt wird, was die Leute am liebsten hören. Ich könnte mir vorstellen, dass ein Animator in einer bestehenden Siedlung Bedürfnisse feststellt, (...) versucht, Prozesse in Gang zu setzen, um Lösungen zu finden.“
E4	„Animation benötigt es offenbar eher bei Projekten, bei denen mehr als die Hälfte über 60 Jahre alt ist.“
E5	„Ich glaube, wenn man so klare Wohnmodellkonzepte verwirklichen möchte, dann ist es absolut notwendig, dass man jemand hat der das macht. (...) Die Rolle ist ja auch, dass man ständig die Grenzen kommuniziert. Ebenfalls das Durchhalten, wenn man bei Beschlüssen sagen muss, was möglich ist und was nicht.“
E6	„Wir haben ein Angebot, dass Mediation bei Nachbarschaftskonflikten anbietet, das wird aber am ehesten noch von Genossenschaften beansprucht, aber von den Privaten kommt da selten was, das interessiert die meisten nicht.“
E7	„Es muss kein Pädagoge sein, denn die Leute wissen, was sie wollen. Es muss ein Mediator sein. Man kann halt nicht mit 30 oder 35 Jahren schon alles gemacht haben, da muss man 50 Jahre oder älter sein.“

Abb. 30: Anforderungen an die Rolle der Soziokulturellen Animation (eigene Darstellung)

7.4 Diskussion der Ergebnisse

Wie aus der Darstellung der Ergebnisse hervorging, haben nur zwei der befragten Wohnbauten explizit mit Professionellen aus der SKA gearbeitet (E5/E6). Die anderen Expertinnen und Experten haben für den bisher ausgebliebenen Bedarf an professionellen Begleit- und Vermittlungsinstanzen aus der SKA unterschiedliche Begründungen genannt. Auffallend ist hier, dass eine grosse Diskrepanz der Meinungen von den befragten Expertinnen und Experten bezüglich der Notwendigkeit einer solchen Instanz vorherrscht. So haben einerseits die Expertinnen der Wohnbauten E5 und E6 geäussert, dass für Wohnmodellkonzepte in dieser Art professionelle Begleitung aus der SKA sehr wichtig ist. Aus ihrem Blickwinkel sind die grossen Stärken der Professionellen aus der SKA, dass jene das geeignete Instrumentarium für die Begleitung und Vermittlung von Kollektiven in Wohnbauten zur Verfügung haben und Beteiligungsangebote schaffen können. Andererseits wurde von anderen Expertinnen und Experten geäussert, dass sie in ihren jeweiligen Projektteams genügend Ressourcen hätten, um diese Professionalität zu gewährleisten. Insbesondere bei Wohnbauten, die stark partizipativ ausgelegt sind und bei welchen eine aktive Gruppe von Leuten beteiligt ist, besteht aufgrund des grossen Erfahrungsschatzes der Mitglieder keine Notwendigkeit dafür. Bei den bereits bewohnten Bauten, die nicht mit SKA Berufsleuten zusammengearbeitet haben, ist es spannend, dass sie sich am ehesten in der Wohnphase vorstellen könnten, eine solche Instanz herbeizuziehen oder es schon getan haben. So überlegen sich die Bewohnenden des Wohnbaus E1 für eine anstehende Zukunftswerkstatt eine Expertin oder ein Experte einzuladen und im Wohnbau E3 hat man bei einem internen Konflikt eine Mediation herbeigezogen. Hierfür ist die SKA eine geeignete Partnerin. Hangartner (2010) schreibt, dass von den Berufsleuten der SKA erwartet werden muss, dass eine Konfliktbereitschaft vorhanden ist und eventuelle Konflikte auch antizipiert werden können, indem wichtige Fragen gestellt werden (S. 320). Dies wiederum deckt sich mit der Aussage der Expertin aus dem Wohnbau E3, wonach Leute, die vom Fach sind, so Bedürfnisse erfragen sollten, dass danach auch „was Besseres“ entsteht. Die Expertin erwähnte weiter, dass dadurch wirklich gewährleistet werden sollte, dass die Bedürfnisse auch miteinbezogen werden und nicht einfach das gesagt wird, was die Leute gerne hören.

Dass während der Planungs- und Umsetzungsphase eine Instanz wie die SKA nötig gewesen sei, erwähnen die Expertinnen der Wohnbauten E5 und E6. Hier gilt es zu beachten, dass die Wohnbauten E5 und E6 schon mit einer professionellen Begleitung der SKA konzipiert wurden. Obwohl bei allen Wohnbauten, mit Ausnahme von E1, die potenziellen Bewohner/innen mit verschiedenen Methoden bereits vor der Wohnphase miteinbezogen wurden, gab es laut den Aussagen der Expertinnen und Experten keinen Anlass, die Methoden von professionellen SKA Berufsleuten durchführen zu lassen. Nach Wettstein (2010) ist es eine Aufgabe der SKA, die Artikulation von Bedürfnissen und Interessen durch die Betroffenen zu unterstützen und die Fähigkeit zu fördern, auf Bedürfnisse reagieren und Veränderungen realisieren zu können (S. 37). Daher scheint die SKA prädestiniert, eine moderierende und animierende Rolle in den jeweiligen Settings der Planungs- und Umsetzungsphase zu übernehmen. Nach dem Stufenmodell von Lüttringhaus sollen die Betroffenen die Stufe der Selbstverwaltung erreichen und die Animation die Entscheidungen vollends delegieren, was ein Einwirken der SKA gar nicht mehr nötig macht. Wie bereits erwähnt, geht es bei der SKA stets darum, Bedürfnisse zu erkennen und darauf reagieren zu können. Es ist also genau eine Kompetenz der SKA, nicht vorhandene Bedürfnisse zu erkennen und nur dort Unterstützung anzubieten, wo sie auch wirklich gebraucht wird. Interessanterweise hat die Expertin des Wohnbaus E3 eine Aussage gemacht, die diese Annahme genau unterstützt. Sie meinte, dass die Bedürfnisse der Leute oftmals vergraben seien und sie gar nicht wissen, was es alles geben könnte.

So gesehen müsste sich die SKA auch dort anbieten, wo keine Bedürfnisse nach einer professionellen Begleitung der SKA explizit geäußert werden, da die Bedürfnisse versteckt und somit nicht artikulierbar sind.

Ein weiterer Punkt ist das generelle Verständnis der Funktionen und Methoden der SKA. Der interviewte Experte des Wohnbaus E7 bemerkte, dass bei seiner Einstellung explizit kein Sozialpädagoge erwünscht sei, da die Leute selber wissen, was sie wollen und daher viel eher ein Mediator nötig wäre. Die Autorenschaft geht anhand dieser Antwort davon aus, dass der Experte unter dem Begriff Soziokulturelle Animation eine pädagogische Profession assoziierte. Doch gerade punkto Selbstbestimmung gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen den Disziplinen der Sozialpädagogik und der SKA. Wettstein (2010) formuliert, dass die Selbstbestimmung der Betroffenen in der Animation zentral ist, was heisst, dass die Betroffenen selber definieren, welche Hilfe sie in Anspruch nehmen wollen. Dabei schliesst das Prinzip der Freiwilligkeit bewussten Zwang aus, die Prinzipien der Partizipation, der Demokratie und der Transparenz schliessen Manipulation aus. In der Sozialpädagogik hingegen werden diese Prinzipien nur bedingt angewendet. Dort müssen die Betroffenen die für sie definierte Hilfe in Anspruch nehmen und den partizipativen Möglichkeiten sind klare Grenzen gesetzt. Die Ziele sind somit von aussen vorgegeben. (S. 43) Wenn man nun diese Erklärung von Wettstein mit der Aussage des Experten des Wohnbaus E7 vergleicht, wird für die Autorenschaft ersichtlich, dass den Akteurinnen und Akteuren im gemeinnützigen Wohnbau die Methoden und Leitprinzipien der SKA oftmals zu wenig bekannt sind. Die unterschiedlichen Kenntnisse über die SKA wurden auch in den Leitfadenterviews ersichtlich. Die Aussage des Experten des Wohnbaus E4, dass Animation wohl eher dort Sinn mache, wo mehr als die Hälfte der Bewohnenden älter als 60 Jahre sind, zeigt, dass SKA auch im falschen Kontext verstanden werden kann. Hier wird die Animation als Hilfeleistende angesehen, die Leute, die ihren Alltag nicht mehr selber bewältigen können, unterstützt. Dabei wird in der SKA, wie Hangartner (2010) schreibt, hauptsächlich mit Gruppen gearbeitet, die bezüglich Schicht-, Alters- und Kulturzugehörigkeit sehr vielschichtig sind. (S. 289) Es kann daher keineswegs der Anspruch der SKA sein, sich im gemeinnützigen Wohnbau auf einzelne Altersgruppen zu fokussieren.

Wie aus den Forschungsergebnissen ersichtlich wurde, können Bedürfnisse nach einer professionellen Begleit- und Vermittlungsinstanz aus der SKA sehr mannigfaltig sein. Die meisten der befragten Expertinnen und Experten sahen keine konkreten Bedürfnisse in diese Richtung. Eine Offenheit gegenüber einer allfälligen Zusammenarbeit mit der SKA war jedoch bei allen zu spüren. Wichtig scheint der Autorenschaft, dass die SKA das Handlungsfeld nicht aus den Augen verliert und stets den Kontakt zu entsprechenden Interessengruppen sucht. Wie im Kapitel 6.1.1 gezeigt wurde, stehen hinter solchen Wohnprojekten gesellschaftlich geprägte Beweggründe, für welche die SKA ein Sensorium haben sollte. Es ist der Autorenschaft jedoch bewusst, dass gerade finanzielle Aspekte eine grosse Schwierigkeit in diesem Feld darstellen. Insbesondere bei nicht oder noch nicht institutionalisierten Gruppen sind die finanziellen Mittel äusserst beschränkt, was die Anstellung einer professionellen Person aus der SKA zusätzlich erschwert. Eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken, sieht die Autorenschaft im Vorschlag von Hanspeter Rohrer (Fachpoolgespräch vom 27. Juni), wonach Wohnbauten regelmässig mit Sozialzentren, Quartierkoordinationen, etc. zusammenarbeiten sollten. So können Ressourcen für eine professionelle Begleitung der SKA punktuell erschlossen werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betreffend der Handlungsmöglichkeiten der SKA wird von Claudia Greter angesprochen (Fachpoolgespräch vom 11. Juni 2012), wenn sie die Frage aufwirft, aus welchen Trägerstrukturen die SKA agiert. Wird die SKA zum Beispiel von einer Genossenschaft mit einem bestimmten Auftrag angestellt, hat sie eine andere Rolle, wie wenn sie beispielsweise von einer Stadt als Quartierkoordinatorin angestellt ist und mitbekommt, dass es in einem bestimmten Wohnbau zu Konflikten, etc. kommt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in vielen sozial nachhaltigen Wohnbauten ein breiter Erfahrungsschatz vorhanden ist, der eine professionelle Begleitung durch die SKA nicht unbedingt benötigt. Wenn die SKA vorhanden ist, ist dies meist von Anfang an konzipiert und wird von entsprechenden Stiftungen geplant und finanziert. Mit der SKA werden auch unterschiedliche Funktionen und Methoden assoziiert, die mit den eigentlichen Aufgaben nicht kohärent sind. Hier bedingt es einer klaren Botschaft, was unter SKA zu verstehen ist und wie sich ihre Zielgruppen konstituieren. Für die SKA ist wichtig, dass Bedürfnisse erkannt und darauf reagiert werden kann. Es gehört aber auch zu den elementaren Kompetenzen der SKA, nicht vorhandene Bedürfnisse zu akzeptieren und keine unnötige „Arbeitsbeschaffung“ zu forcieren. Es muss auch geklärt werden, in welchen Strukturen und in welchem Anstellungsverhältnis die SKA arbeitet und wie es finanziert werden kann.

8 Schlussteil

Die in der Einleitung beschriebenen vier Fragestellungen werden an dieser Stelle nochmals aufgegriffen und zusammenfassend beantwortet. Ferner beinhaltet dieses Kapitel weiterführende Fragen, kritische Anmerkungen und Hinweise auf zukünftige Forschungsmöglichkeiten im untersuchten Themenbereich.

In Kapitel 2 wurde die Leitfrage 1 bearbeitet, die folgendermassen lautet:

Wie ist der Nachhaltigkeitsdiskurs entstanden, welcher Stellenwert kommt der sozialen Dimension innerhalb dieses Diskurses zu und wie wird soziale Nachhaltigkeit definiert und operationalisiert?

An internationaler Bedeutung gewann die Idee der nachhaltigen Entwicklung im Jahr 1987, als an der UNO-Weltkonferenz der sogenannte „Brundtland-Bericht“ veröffentlicht wurde. Die Leistung dieses Berichts besteht darin, dass auf die Globalität der Problemlagen verwiesen und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungsbedingungen erstmals in Beziehung gesetzt wurden. Dieser Bericht gilt als Auslöser für die Lokale Agenda 21, ein globales Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nachhaltigkeit als Leitlinie politischen Handelns auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Aufgrund dessen sind eine Vielzahl von Studien, Programmen und Plänen zur Konzeptualisierung und Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs entstanden. Über die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung herrscht ein breiter Konsens. Wie und mit welchen Konzepten nachhaltige Entwicklung jedoch erreicht werden soll, welche Dimension, wie gewichtet wird und mit welchen Indikatoren die nachhaltige Entwicklung gemessen wird, darüber herrscht Uneinigkeit, auch bezüglich der sozialen Dimension.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Debatte um den Stellenwert der sozialen Dimension im Nachhaltigkeitsdiskurs vorwiegend im Kontext der Mehrdimensionen-Modelle geführt wird. Die Verfechter/innen der sozialen Dimension sind sich einig, dass die soziale Dimension im 21. Jahrhundert eine zunehmende Beachtung gefunden hat, obwohl die Gleichrangigkeit der Dimensionen noch ungenügend anerkannt wird. Dafür werden unterschiedliche Gründe genannt. So ist beispielsweise unklar, inwiefern für die soziale Nachhaltigkeit eigenständige und von der ökologischen und ökonomischen Dimension unabhängige Ziele formuliert werden können. Weiter unterliegt die soziale Dimension einem Theoriedefizit. Darauf erfolgen Regelsetzungen zur sozialen Dimension, die häufig unsystematisch und ad-hoc gesetzt werden. Oftmals wird die soziale Dimension auch als Grenze und Barriere, statt als eine eigenständige Ressource für Nachhaltigkeitsstrategien, angesehen. Bezüglich der rechtlichen Verankerung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit, kommt ihr in der Schweizerischen Bundesverfassung beispielsweise im Vergleich zu der ökologischen Dimension ein vernachlässigter Stellenwert zu.

Der normative Gehalt der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit ist auf drei normative soziale Ziele zurückzuführen, die in den Dokumenten der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 beschlossen wurden. Diese Ziele lauten „Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle“, „Intergenerative, intragenerative und internationale Gerechtigkeit“ sowie „Partizipation aller gesellschaftlichen Akteursgruppen“. Der Leitgedanke dieser drei Ziele ist die „Sicherung des Gesellschaftlichen Zusammenhalts“. Dieses normative Konzept sozialer Nachhaltigkeit bedarf zwar der Anbindung an theoretische Grundlagen, kann aber nicht aus diesen abgeleitet werden, da Wertvorstellungen der wissenschaftlichen Analyse vorausgehen.

Aufgrund der Definition „sozial“ im Kontext der sozialen Nachhaltigkeit, die in ihrem Kern besagt, dass das Individuum und die sozialen Systeme in einem Spannungsverhältnis stehen und sich Handlungen und Strukturen von Individuen gegenseitig bedingen, lässt sich eine „spezifische Charakteristika“ der sozialen Dimension ableiten. So ist das „Soziale“ bipolar, normativ, reflexiv, und immateriell.

Betreffend der Operationalisierung der sozialen Dimension stellt sich die Frage, inwiefern Kriterien und Ziele angesichts einer pluralisierten und ausdifferenzierten Gesellschaft, analytisch und deduktiv für alle gesellschaftlichen Kontexte ableitbar sind. Darum ist es wichtig zu wissen, worin die wesentlichen Funktionen sozialer Systeme bestehen, worin die erhaltenswerten Ressourcen zu sehen sind, wie die Existenz der individuellen Mitglieder einer Gesellschaft dauerhaft und in menschenwürdiger Weise zu sichern ist und wie die soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden kann. Es gibt eine Vielzahl von Versuchen, die Dimension sozialer Nachhaltigkeit zu operationalisieren. In dieser Bachelorarbeit wurde auf die Vorschläge von Empacher und Wehling (2002) zurückgegriffen. Sie formulieren fünf Schlüsselemente zur sozialen Nachhaltigkeit, die durch Leitorientierungen konkretisiert werden.

Im Kapitel 3 wurden mit der Leitfrage 2 die soziodemografischen Herausforderungen für den sozial nachhaltigen Wohnbau und deren Ursachen benannt.

Wie sehen aus der Perspektive der sozialen Nachhaltigkeit aktuelle soziodemografische Herausforderungen, die den Bereich des Wohnbaus tangieren in den Schweizer Städten aus, und was sind die Ursachen dafür?

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die gesellschaftliche Entwicklung in den Städten zu neuen Herausforderungen im Wohnbau führt. Dies lässt sich durch verschiedene soziodemografische Faktoren, die Einfluss auf das städtische Wohnen nehmen, begründen. Ein entscheidender Faktor ist die strukturelle Alterung der Gesellschaft, deren Ursache auf den Rückgang der Geburtenzahlen und die, aufgrund besserer medizinischer und hygienischer Bedingungen, höhere Lebenserwartung zurückzuführen ist. Ein zweiter Grund liegt in den individualisierten und pluralisierten Lebensentwürfen der Menschen. Vor allem die Zunahme von Einpersonenhaushalten ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Begründet wird diese Entwicklung in der veränderten Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft sowie in den ausgebauten Sozialsystemen, die auch ökonomisch schwächer gestellten Personen erlaubt, einen eigenen Haushalt zu führen. Als weiterer Faktor gilt die Heterogenisierung der Gesellschaft, die hauptsächlich auf den Migrationshintergrund einer breiten Bevölkerungsschicht und die damit verbundene Zunahme der kulturellen Vielfalt zurückzuführen ist. Auch die Prozesse von Segregation und Gentrifizierung führen zu neuen Herausforderungen. Es findet eine räumliche Ungleichverteilung in den Städten statt, die zu einer Zentrierung der ökonomisch schwächer gestellten Personen in gewissen Quartieren führt. So werden konfliktbeladene Wohnumfelder geschaffen, die den Bedürfnissen und Wünschen an das Wohnen der dort ansässigen Menschen teilweise nicht mehr Rechnung tragen können.

Aufgrund dieser Faktoren stieg die Nachfrage nach flexiblem, nicht ausschliesslich auf Familien ausgerichtetem Wohnraum in den letzten Jahren markant an. Die Bedürfnisse nach neuen Nachbarschaftskooperationen und engerer Kommunikation verlangen neue Wohnformen, die die „herkömmliche“ Bauweise ergänzen. In der Perspektive der Leitorientierungen für die soziale Dimension der Nachhaltigkeit, sollen nicht nur jedem und jeder ein menschenwürdiges Wohnen ermöglicht, sondern auch die Integration, die Handlungsmöglichkeiten und die Sozialressourcen jedes Gesellschaftsmitglieds gestärkt werden. Demnach sind die Akteurinnen und Akteure im Wohnungswesen gefordert, Optionen für alle Wohnbedürfnisse zur Verfügung zu stellen, so dass die betroffenen Menschen diese einfordern und wahrnehmen können.

In den Kapiteln 5 und 6 wurde die folgende Leitfrage 3 ausgeführt und beantwortet:

Wie wird soziale Nachhaltigkeit von Initiantinnen und Initianten ausgewählter Wohnbauprojekte in der Schweiz verstanden und umgesetzt? Wie wird die Realisierung bewertet und wie wird das Potenzial der sozialen Nachhaltigkeit eingeschätzt?

Wie die Ergebnisse der Forschungsfrage aufzeigen, haben die meisten Befragten ein differenziertes und breites Verständnis bezüglich sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau. So bezeichnen sie partizipative Methoden, Einbezug der Bedürfnisse, Ausgestaltung und Nutzungsmöglichkeiten von Gemeinschaftsräumen sowie die Qualität der Wohnräume als sozial nachhaltig.

Für die Umsetzung sozialer Nachhaltigkeit im jeweiligen Wohnbau ist auffallend, dass insbesondere der Partizipation in unterschiedlichsten Formen in der Planungsphase, Umsetzungsphase sowie Wohnphase ein hoher Stellenwert zukommt. Weitere wichtige Punkte, die zur sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau beitragen, sind die Ausgestaltung der Räumlichkeiten, die gemeinsam genutzt werden wie auch die Qualität der wohnungseigenen Räume. Weitere Aspekte, welche die Mehrheit der Befragten als sozial nachhaltig bezeichnen, sind Finanzierungsinstrumente zur Überbrückung von Mietzinsausfällen sowie Instrumente zur Unterstützung von wirtschaftlich schlechter gestellten Mieterinnen und Mietern.

Von Seiten der Expertinnen und Experten besteht betreffend dem Verständnis sozialer Nachhaltigkeit im Allgemeinen und der konkreten Umsetzung von Aspekten sozialer Nachhaltigkeit im jeweiligen Wohnbau eine hohe Übereinstimmung.

Für alle Befragten besteht der Erfolg des jeweiligen Wohnbaus darin, dass die Vorstellung bezüglich einer bestimmten Wohnform umgesetzt und bis zum jetzigen Zeitpunkt aufrechterhalten werden konnte. Alle Befragten sehen für die Zukunft des sozial nachhaltigen Bauens viel Entwicklungspotenzial. Zu Recht weist aber eine Befragte auf die potenzielle Gefahr hin, dass die Begrifflichkeit „sozial nachhaltiges Bauen“ an bestimmten Prinzipien festgemacht werden könnte, die mit sozialer Nachhaltigkeit im herkömmlichen Sinne nichts zu tun haben oder sogar als Deckmantel für bestimmte Bauvorhaben dienen könnte. Ein weiterer Punkt, der von einer anderen Befragten erwähnt wird, ist, dass nicht von allen Menschen gefordert werden kann, in den spezifischen Wohnstrukturen, die als „sozial nachhaltig“ gelten, zu wohnen. Sondern dass diese Wohnform die bisherigen Wohnformen ergänzt.

Die Leitfrage 4 wurde im Kapitel 7 behandelt und fokussierte die Rolle der Soziokulturellen Animation im sozial nachhaltigen Wohnbau:

Inwiefern ist die Soziokulturelle Animation eine geeignete Akteurin, um sozial nachhaltigen Wohnbau zu fördern und welche Rolle kommt ihr dabei zu?

Aus der Übersicht der Teilbereiche, in welchen die SKA als Akteurin tätig sein und gezielt Förderungen und Outputs ermöglichen kann, wird deutlich, dass das Wohnen und das Wohnumfeld eines der zentralen Gebiete für die SKA darstellt. Wohnbaugenossenschaften, grosse Siedlungen, gemeinnützige Wohnbauten, wie auch die Wohnpolitik (aus dem Teilbereich der Politik) sind die entsprechenden Tätigkeitsfelder. Die elementaren Zielsetzungen der SKA, namentlich die Vernetzung zwischen verschiedenen Individuen, Gruppen und Gemeinschaften mithilfe von Kommunikation und Beteiligung zu fördern, Interessen und Bedürfnisse zu bündeln und darauf zu reagieren, Voraussetzungen zu schaffen, um soziale, kulturelle und politische Ausdrucksformen zu finden, Konfliktbearbeitung, Erschliessung von brachliegenden Kompetenzen und Unterstützung bei Projekten, können für die Ziele der sozialen Nachhaltigkeit adaptiert werden. Die SKA hat die Möglichkeit, niederschwellige und bedürfnisorientierte Gefässe zu

schaffen, um den Austausch und die Beteiligung aller Involvierten zu arrangieren. Sie kann damit auch die Nachbarschaftshilfe und Solidarität fördern und mit ihrem Hintergrundwissen über gesellschaftliche Entwicklungen auch als Frühwarnsystem für entstehende Konflikte fungieren.

Im Kontext von Wohnbaugemeinschaften kommt der SKA, in Bezug auf die Interventionsposition, in erster Linie die Rolle der Animatorin und Vermittlerin zu. In der Rolle der Animatorin, die die SKA in jedem Handlungsfeld als „Hauptposition“ einnimmt, steht die Aktivierung der Betroffenen im Vordergrund. Sie kann in dieser Position auch die Rolle der Begleiterin übernehmen. Wichtig ist dabei, dass die SKA individuelle und kollektive Bedürfnisse und Wünsche bündelt und integriert. In der Vermittlungsposition ist die Konfliktlösung das Kernelement.

Die Forschung hat zudem gezeigt, dass insbesondere darauf geachtet werden muss, dass nicht automatisch von einem generellen Bedürfnis nach einer Begleit- oder Vermittlungsinstanz aus dem Bereich der Sozialen Arbeit ausgegangen wird. Die SKA möchte mit ihrer Arbeit eine möglichst hohe Selbstverwaltung der Betroffenen erreichen und sollte dort, wo dies bereits erreicht ist, nicht länger versuchen, aktiv einzugreifen. Gleichzeitig sollte die SKA den Akteurinnen und Akteuren im sozial nachhaltigen Wohnbau transparent machen, was die Zielsetzungen und Handlungsmethoden der Profession sind, da sich in den Forschungsergebnissen gezeigt hat, dass eine hohe Verwechslungspotenzial mit anderen Disziplinen, wie beispielsweise der Sozialpädagogik, vorhanden ist.

8.1 Stellungnahme von der Autorenschaft

Soziale Nachhaltigkeit in den untersuchten Wohnbauten

Offen bleibt für die Autorenschaft, wie die Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Wohnbauten die Umsetzung der „sozialen Nachhaltigkeit“ wahrnehmen und bewerten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Autorenschaft vor allem die Frage, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit partizipative Gefässe in den unterschiedlichen Realisierungsphasen von Interessierten und der zukünftigen Bewohnerschaft auch wahrgenommen werden (können). Weiter wurde für die Autorin und den Autor aus den Ergebnissen nicht klar ersichtlich, inwiefern sich die Bewohnerschaft in den erwähnten partizipativen Gefässen beteiligt und wie häufig beispielsweise Gemeinschaftsräume und Freizeiträume effektiv genutzt werden. Des Weiteren ist unklar, inwiefern wirklich das Bedürfnis nach einer sozial nachhaltigen Wohnform oder nicht viel mehr das Interesse nach günstigem Wohnraum respektive Subventionsleistungen für die Wohnung im Vordergrund steht.

Daher wäre es spannend, eine ergänzende Forschung so auszurichten, dass der Fokus auf die Bewohnerschaft der jeweiligen Wohnbauten gelegt und untersucht wird, wie sie die Umsetzung der Kriterien sozialer Nachhaltigkeit wahrnehmen und beurteilen. Erst mithilfe dieser Erkenntnisse könnte eine adäquate Beurteilung darüber abgegeben werden, inwiefern die Ziele der sozialen Nachhaltigkeit in den jeweiligen Wohnbauten erfüllt werden.

Zielgruppe des sozial nachhaltigen Wohnbaus

Als eine der zentralen soziodemografischen Herausforderungen hat die Autorenschaft die Segregation sozioökonomisch schwächer gestellten Personen in den Städten benannt. Es konnte durch die Forschung nicht abschliessend geklärt werden, ob die erforschten Wohnbauten und generell neue Wohnformen auch für diese Bevölkerungsschichten neue Möglichkeiten darstellen. Die Autorenschaft nimmt an, dass mit den neuen Wohnformen hauptsächlich bestimmte Milieus aus dem Mittelstand angesprochen werden, die ein gewisses Vermögen und Einkommen erzielen. Obwohl die meisten untersuchten Wohnbauten einen Anteil subventionierter Wohnungen zur Verfügung stellen und im Vergleich mit anderen

Wohnungen günstigen Wohnraum anbieten, stellt sich die Frage, inwiefern Wohnkollektive für beispielsweise Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger eine Option sind.

Kriterien sozialer Nachhaltigkeit des Wiener Gestaltungsbeirats

Es ist aus Sicht der Autorin und des Autors fragwürdig, inwiefern es Sinn macht, einen detaillierten Kriterienkatalog wie etwa derjenige des Wiener Gestaltungsbeirats zur sozialen Nachhaltigkeit im Wohnbau zusammenzustellen (beispielsweise die Möbilierbarkeit mit Normmöbeln) und gleichzeitig die Mitbeteiligung der Bewohnerschaft als oberstes Credo zu benennen. Dies lässt annehmen, dass Partizipation nur soweit gewährleistet werden kann, solange es keines dieser Kriterien tangiert. Andererseits können diese Kriterien als Orientierung sehr hilfreich sein und müssen nicht als unantastbar gehandhabt werden. Die Autorenschaft kann aufgrund dessen keine abschliessende Meinung abgeben.

Soziale Nachhaltigkeit im konventionellen Wohnbau

Bei den Recherchen und später auch bei den Interviews kam gut zur Geltung, dass soziale Nachhaltigkeit meist in genossenschaftlichen oder von einer Stiftung finanzierten Wohnbauten ein Thema ist und dementsprechend Ressourcen zur Verfügung stehen, um diese umzusetzen. Offen bleibt, wie soziale Nachhaltigkeit auch in herkömmlichen, profitorientierten Wohnbauten respektive bei Bauträger/innen im offenen Wohnungsmarkt vermehrt umgesetzt werden kann.

Soziokulturelle Animation als Förderin des sozial nachhaltigen Wohnbaus

Abschliessend kann gesagt werden, dass sich die SKA über ihre Handlungsmöglichkeiten im Kontext von sozial nachhaltigem Wohnbau bewusst werden und sich entsprechend positionieren muss. Wie bereits erwähnt wurde, sind viele der Ziele der SKA und der sozialen Nachhaltigkeit deckungsgleich und mandantieren dadurch die SKA, sich für mehr sozial nachhaltigen Wohnraum einzusetzen.

9 Quellenverzeichnis

- Ahrens, Regina (2012). *Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Angelmaier, Christa (2009). *Soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau. Eine Untersuchung anhand von (gelungenen) Beispielen, Modellversuchen und neuen Ansätzen*. Gefunden am 15.04.2012 unter http://www.wohnbauforschung.at/Downloads/Soziale_Nachhaltigkeit_im_Wohnbau_LF.pdf
- Anthamatten, René; Banholzer, Fredi; El Maawi, Rahel; Rosenberg, Raoul; Stäheli, Reto & Wyss, Jacqueline (2010). *Skript zu Kurs 3, Interaktion in Gruppen*. Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.
- Bärenbrinker, Verena (2012). *Nachhaltige Stadtentwicklung durch Urban Governance*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Bärtschi, Regula; Angst, Doris; Cattaneo, Pietro ; Durpasquier, Anne; Gigon, Nathalie & Richard, Christine et al. (2012). *Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Ein Wegweiser (Bundesamt für Raumentwicklung [ARE] (Hrsg.))(2.Aufl.)*. Gefunden am 09.05.2012 unter <http://www.are.admin.ch/dokumentation/00121/00224/index.html?lang=de&msgid=12751>
- Bauriedl, Sybille (2006). *Spielräume nachhaltiger Entwicklung. Die Macht stadtentwicklungs-politischer Diskurse*. München: oekom.
- Beck, Ulrich (1995). Die „Individualisierungsdebatte“. In Bernhard Schäfers (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder. Theoretische Kontroversen* (S. 185 – 198). Opladen: Leske + Budrich
- Bossel, Hartmut (2007). Koexistenz von Natur- und Humansystemen: Zur Notwendigkeit einer Ethik der Nachhaltigkeit. In Frank Beckenbach, Ulrich Hampicke, Christian Leipert, Georg Meran, Jürg Minsch, Hans. G. Nutzinger & Reinhard Pfriem (Hrsg.). *Soziale Nachhaltigkeit* (S. 73 - 98). Marburg: Metropolis Verlag.
- Brauer, Kerry-U. (2008). *Wohnen, Wohnformen, Wohnbedürfnisse. Soziologische und psychologische Aspekte in der Planung und Vermarktung von Wohnimmobilien* (1. Aufl.). Wiesbaden: IZ Immobilien Zeitung Verlagsgesellschaft.
- Brockhaus - Die Enzyklopädie in 30 Bänden (21. Aufl.). *Operationalisierung*. Gefunden am 15.05.2012 unter https://12478.lip.e-content.duden-business.com/lip-suche/-/lip_article/B24/16021004
- Bundesamt für Statistik [BFS]. (2010). *SAKE 2008. Migration und Integration – Indikatoren*. Gefunden am 25.05.2012 unter <http://www.bfs.admin.ch>
- Bundesamt für Statistik [BFS]. (2012). *Bevölkerungsstand und –struktur – Indikatoren*. Gefunden am 25.05.2012 unter <http://www.bfs.admin.ch>
- Bundesamt für Statistik [BFS]. *Bodennutzung und Bodenbedeckung- Indikatoren*. Gefunden am 17. 07 2012 unter <http://www.bfs.admin.ch>
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 30. November 2008).

- Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz (2010). Gefunden am 17.07. 2012 unter http://www.google.ch/url?sa=t&rc=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CFMQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.bwo.admin.ch%2Fthemen%2Fwohnraumfoerderung%2F00157%2Findex.html%3Flang%3Dde%26download%3DnHzLpZeg7t%2Clnp6lONTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpJCDdH19fGym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A-&ei=Q8EPULDDIY-srAeN0oGoDw&usg=AFQjCNFvJRB9DHC6vDc-V1Ym0-9f9G8ujQ&sig2=4GeyCpA06WTaXtCzH4D8DQ
- Dörhöfer, Kerstin (2010). Ein Dach über dem Kopf? Oder „Was ist das Wohnen?“. In Darja Reuschke (Hrsg.), *Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte* (1. Aufl., S. 27 – 46). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Drilling, Matthias & Weiss, Stephanie (2012). Soziale Nachhaltigkeit in der Siedlungsentwicklung. *Raum und Umwelt* (VLP-ASPAN), 2012, 2 - 21. Gefunden am 10.07.2012 unter <http://www.bwo.admin.ch/dokumentation/00106/00108/index.html?lang=de>
- Dubielzig, Frank (2009). *Sozio-controlling in Unternehmen. Das Management erfolgsrelevanter sozio-gesellschaftlicher Themen in der Praxis*. Gefunden am 14.04.2012 unter <http://www.springerlink.com/content/j47g84n1596j2165/fulltext.pdf>.
- Duden – Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in 10 Bänden. *Top-Down-Methode*. Gefunden am 01.07.2012 unter https://12478.lip.e-content.duden-business.com/lip-suche/-/lip_article/felix/796882328
- Empacher, Claudia & Wehling, Peter (2002). *Soziale Dimension der Nachhaltigkeit. Theoretische Grundlagen und Indikatoren (Institut für sozial-ökologische Forschung [ISOE](Hrsg.))*. Frankfurt am Main: Herausgeber.
- Empacher, Claudia (2002). *Die sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit. Vorschläge zur Konkretisierung und Operationalisierung*. Gefunden am 29.5.2012 unter <http://www.isoe.de/ftp/kerpen.pdf>
- Farwick, Andreas (2007). Soziale Segregation in den Städten – von der gespaltenen Gesellschaft zur gespaltenen Stadt. In Detlef Baum (Hrsg.), *Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe* (1. Aufl., S. 111 – 122). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fischer, Katrin (1998). *Die Stadt - Definition, Terminologie und Klassifikation*. Gefunden am 20.05.2012 unter http://www.mygeo.info/skripte/skript_bevoelkerung_siedlung/
- Förster, Wolfgang (2010). *Soziale Nachhaltigkeit im Wiener Wohnbau*. Gefunden am 22.04.2012 unter <http://www.brotverband.at/pdf/Wolfgang%20Foerster%20Handout-PPS.pdf>
- Frevel, Bernhard (Hrsg.). (2004). *Herausforderung demografischer Wandel* (1. Aufl.). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Frey, René L. (2008). *Starke Zentren. Starke Alpen. Wie sich die Städte und ländlichen Räume in der Schweiz entwickeln können*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Giesserei. *Das mehr-generationen - haus*. Gefunden am 04.07.2012 unter <http://www.giesserei-gesewo.ch/>

- Grote, Gudela (2011). *Zwischen Produktivität und Lebensqualität. Herausforderungen und Chancen von flexiblen Arbeitsplatzmodellen*. Gefunden am 19.07.2012 unter http://www.homeofficeday.ch/downloads/UN/HOD_White_paper_final.pdf
- Hafen, Martin (2010). Die Soziokulturelle Animation aus systemtheoretischer Perspektive. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S. 157 – 202). Luzern: interact.
- Hafen, Martin (2011). *Soziale Arbeit in der Schule zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Theorie-geleiteter Blick auf ein professionelles Praxisumfeld im Umbruch*. Luzern: Interact.
- Hangartner, Gabi (2010). Ein Handlungsmodell für die Soziokulturelle Animation zur Orientierung für die Arbeit in der Zwischenposition. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S. 265 - 324). Luzern: interact.
- Hangartner, Gabi (2010). *Partizipation und Soziokulturelle Animation. Arbeit an der Demokratie? ... oder heiligt das Mittel den Zweck?*. Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.
- Häussermann, Hartmut (1999). Neue Haushalte – Wohnformen zwischen Individualisierung und Vergemeinschaftung. Neue Lebensstile – neue Haushaltstypen. In Wüstenrot Stiftung (Hrsg.), *Neue Wohnformen im internationalen Vergleich* (S. 12 - 21). Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Hillmann, Karl-Heinz (2007). Sozial. In *Wörterbuch der Soziologie* (5. Aufl., S. 808 - 809). Stuttgart: Alfred Kröner.
- Hug, Annette (2010). Eine Praxis der alltäglichen Demokratie. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S. 203 – 224). Luzern: interact.
- Hullen, Gert (2004). Bevölkerung in Deutschland. Die Bevölkerung schrumpft, altert und wird heterogener. In Bernhard Frevel (Hrsg.), *Herausforderung demografischer Wandel* (1. Aufl., S. 15 – 25). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Husi, Gregor (2010). Die Soziokulturelle Animation aus strukturierungstheoretischer Sicht. In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S. 97 – 155). Luzern: interact.
- Karthago. Gefunden am 04.07.2012 unter <http://www.karthago.ch/>
- Kreft, Dieter & Mielenz, Ingrid (2004). *Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*. Weinheim: Beltz.
- Krysiak, Daniela (2007). Nachhaltigkeit im Spannungsfeld von intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit. In Frank Beckenbach, Ulrich Hampicke, Christian Leipert, Georg Meran, Jürg Minsch, Hans. G. Nutzinger & Reinhard Pfriem (Hrsg.). *Soziale Nachhaltigkeit* (S. 129 - 155). Marburg: Metropolis Verlag.

- Litting, Beate & Griessler, Erich (2004). *Informationen zur Umweltpolitik*. Soziale Nachhaltigkeit. Gefunden am 29. Mai 2012 unter <http://www.akstmk.at/bilder/d24/Umweltpolitik160.pdf>
- Löw, Martina; Steets, Silke & Stoetzer, Sergej (2008). *Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie* (2. Aufl.). Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Martin, Edi (2011). Ethisch handeln in der Sozialen Arbeit – eine Operationalisierung. In Hans Walz, Irmgard Teske & Edi Martin (Hrsg.), *Menschenrechtsorientiert wahrnehmen – beurteilen – handeln* (S. 145 – 196). Luzern: interact.
- Mayer, Horst O. (2006). *Interview und schriftliche Befragung* (2. Aufl.) München: Oldenburg.
- Mehr als Wohnen*. Gefunden am 04.07.2012 unter <http://www.mehralswohnen.ch/home.html>
- Meyerhoff, Jürgen & Schwarze, Reimund (2007) [Editorial]. In Frank Beckenbach, Ulrich Hampicke, Christian Leipert, Georg Meran, Jörg Minsch, Hans. G. Nutzinger & Reinhard Pfriem (Hrsg.). *Soziale Nachhaltigkeit* (S. 7 - 12). Marburg: Metropolis Verlag.
- Nigg, Heinz (2010). *Unterrichtsmaterialien zum Kurs „Soziale Bewegungen“*. Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.
- Nohlen, Dieter & Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.). (2002). *Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien*. München: C.H. Beck.
- Odermatt, André (1997). *Eigentümerstrukturen des Wohnungsmarktes. Ein handlungstheoretischer Beitrag zur Erklärung der räumlich-sozialen Wohnstandortverteilung am Fallbeispiel Schweiz*. Münster: LIT Verlag.
- Oehme, Ines (2007). Stand der Nachhaltigkeitsdiskussion. Eine Übersicht zur Konzeptualisierung im deutschsprachigen Raum. In Larissa Krainer & Rita Trattnigg (Hrsg.), *Kulturelle Nachhaltigkeit. Konzepte, Perspektiven, Positionen* (S. 203 – 221) . München: oekom
- Pilloud, Janine (2004). *Wohnzeiten. Wohnbedürfnisse im gesellschaftlichen Wandel*. Zürich: Rüegger.
- Rainbacher, Erich (2010). Bausparen boomt [Editorial]. *Wohnforum. Information für Meinungsbildner*, 2010, S. 2. Gefunden am 10.04.2012, unter <http://www.bausparen.at/eBusiness/services/resources/media/314933534010554625-308249105892561733-703914644934610973-1-19-NA.pdf>
- Schäfers, Bernhard (2004). *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland* (8. Aufl.). Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaften mbH.
- Schäfers, Bernhard (2006). *Stadtsoziologie - Stadtentwicklung und Theorien - Grundlagen und Praxisfelder*. Gefunden am 15.05.2012 unter <http://www.springerlink.com/content/978-3-531-14658-4/#section=402044&page=2&locus=14>
- Schmid, Peter A. (2010). *Ethische Urteilsfindung in der Sozialen Arbeit*. Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.
- Schnur, Olaf (2010). *Demographischer Impact in städtischen Wohnquartieren, Entwicklungsszenarien und Handlungsoptionen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Schweizerisches Obligationenrecht vom 1. Juni 2007.

Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 1. Juni 2007.

Solinsieme. Genossenschaft für neue Wohnform St.Gallen. Gefunden am 05.07.2012 unter www.solinsieme.ch

Spangenberg, Joachim H. (2003). Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrative Perspektive für Deutschland. *UTOPIE kreativ*, 2003, 649 - 661. Gefunden am 13.5.2012 unter http://www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/153-4/153_154_spangenberg.pdf

Spori, Niklaus & Bühlmann, Lukas (2010). Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus mit raumplanerischen Mitteln. Gutachten im Auftrag für das Bundesamt für Wohnungswesen [BWO]. *Raum und Umwelt (VLP_ASPAN)*, 2010, 2 - 35. Gefunden am 25.07.2012 unter http://www.mieterverband.ch/fileadmin/alle/Dokumente/Statistik_Studien/Studie_F%C3%B6rderung_preisg%C3%BCnstiger_Wohnraum.pdf

Steiner, Dietmar (2010). Bauen mit Bestand. *Wohnforum. Informationen für Meinungsbildner*, 2010 (Heft 30), 4 - 7. Gefunden am 10.04.2012, unter <http://www.bausparen.at/eBusiness/services/resources/media/314933534010554625-308249105892561733-703914644934610973-1-19-NA.pdf>

Stiftung Habitat. Gefunden am 04.07.2012 unter <http://www.stiftung-habitat.ch/Stiftung/Liegenschaften/Elsaesser-Fati-onstrasse.html> <http://www.giesserei-gesewo.ch>

StremLOW, Jürgen (2006). *Kurzbeschreibung Leitfadeninterview.* Unveröffentlichtes Unterrichtsskript. Hochschule Luzern Soziale Arbeit.

Via Felsenau Wohnbaugenossenschaft. (2010). Bern: Via Felsenau Wohnbaugenossenschaft.

Wagner, Ingrid (2006). *Soziale Nachhaltigkeitsstrategie Tirols. Beitrag der Steuerungsgruppe Soziale Nachhaltigkeit zum Prozess „ZukunftsRaum Tirol“.* Gefunden am 05.08. 2012 unter http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/raumordnung/Nachhaltigkeit/downloads/Positionspapier_Soziale_Nachhaltigkeit_Tirol_17022006.pdf

Wettstein, Heinz (2010). Hinweise zu Geschichte, Definition, Funktionen.... In Bernard Wandeler (Hrsg.), *Soziokulturelle Animation. Professionelles Handeln zur Förderung von Zivilgesellschaft, Partizipation und Kohäsion* (S. 15 – 62). Luzern: interact.

Wohnsiedlung Brunnenhof. Gefunden am 04.07.2012 unter http://www.stadt-zuerich.ch/fd/de/index/das_departement/departementssekretariat_aufgaben/stiftung_wohnungen_fuer_kinderreiche_familien/wohnsiedlung_brunnenhof.html

Anhang

Anhang I

Leitfadeninterview zum Thema

„Förderung des sozial nachhaltigen Wohnbaus und mögliche Perspektiven der soziokulturellen Animation“

Angaben zum Interview

Datum des Interviews:

Anfangszeit:

Endzeit:

Name der Interviewerin/des Interviewers:

Intervieweröffnung mit Begrüssung und Einleitung

- **Vielen Dank**
 - **Wir sind:** Studierende HSLU-SA, SKA, Bachelorarbeit
 - **Zeit:** Das Interview wird ca. 1 Stunde dauern
 - **Aufnahme:** Wir nehmen das Interview auf und werten es für unsere Arbeit aus
 - **Anonymisierung:** Ja/Nein
 - **Arbeit in elektronischer Form zu schicken?:** Ja/Nein
 - **Nachfragen:** Falls eine Frage nicht verstanden wird
 - **Aufbau:** Leitfadeninterview mit verschiedenen Themenbereichen
- Aufnahmegerät einstellen.**
-

Angaben zur Person:

Name:

Geschlecht:

Beruflicher Hintergrund:

Bezug/Rolle/Aufgabe im Wohnprojekt:

Stadt:

Leitfragen

1. Wie ist das Projekt x entstanden? (Kurz zusammengefasst)
2. Was war ihre persönliche Motivation, resp. die Motivation des Arbeitsteams das Wohnbauprojekt zu initiieren?
3. Aufgrund welcher Bedürfnisse ist das Projekt entstanden? (Persönliche oder von potentiellen Bewohner/innen)
4. Wie und mit wem wurde das Wohnbauprojekt initiiert? In welchen Phasen der Planungsphase wurde mit welchen Methoden partizipativ gearbeitet?
5. Wie und mit wem (Bewohner und Bewohnerinnen) wurde das Wohnbauprojekt umgesetzt? In welchen Phasen der Umsetzungsphase wurde mit welchen Methoden partizipativ gearbeitet?
6. Welche Mitsprachemöglichkeiten gibt es für die Bewohner/innen während der Wohnphase in der Siedlung/Liegenschaft?
7. Wie wird konkret die soziale Durchmischung gefördert? Gibt es etwaige Quoten?
8. Was stellen Sie sich unter dem Begriff der sozialen Nachhaltigkeit im Bereich des Wohnbaus vor?
9. Wo sehen sie in ihrem Projekt Bereiche, die als sozial Nachhaltig bezeichnet werden können?
10. Wie wichtig ist der zukünftige Stellenwert der Sozialen Nachhaltigkeit im Kontext des Wohnbaus?
11. Welche Lösungsansätze sehen sie, damit sozial Nachhaltige Wohnbauprojekte auch von Seiten der Stadt aktiv gefördert werden?
12. Hätten Sie sich über das ganze Projekt gesehen eine Vermittlungsinstanz oder jemand für die Leitung der partizipativen Prozesse mit den Beteiligten gewünscht?
13. Was sind die Erfolge des Projekts, welches die Misserfolge? Was würden Sie heute anders machen?

Zusatzfragen:

14. Wie wichtig waren beim Projekt neue Trends im Ausland betreffend ökologischen, ökonomischen sowie sozialen Nachhaltigkeit?
15. (Inwieweit können auf neue, veränderte Bedürfnisse (z.B. von neuen Mieter/-innen, etc.) an die Architektur des Wohnhauses reagiert werden? Welche möglichen Lösungsvorschläge gibt es um auf die veränderten Bedürfnisse von zukünftigen Mieterinnen und Mietern zu reagieren?)

Abschluss:

- **Klar kommunizieren:** Interview fertig
- **Zeit:** Dauer des Interviews aufschreiben
- **Fragen:** von Seiten der Interviewperson?

Herzlichen Dank!

Anhang II

Charta der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Um allen eine Wohnung zu tragbaren Bedingungen zu sichern, reichen die Marktkräfte nicht aus. Zur Ergänzung braucht es die gemeinnützigen Wohnbauträger, dies sind insbesondere Wohnbaugenossenschaften, Stiftungen sowie gemeinnützige Vereine und Aktiengesellschaften, welche preisgünstige Wohnungen erstellen, sichern und erneuern. Der Zugang zu einer qualitativ angemessenen und an die Bedürfnisse des Einzelnen angepassten Wohnung zu einem bezahlbaren Preis stellt für jeden Einzelnen und jede Familie ein grundlegendes Recht dar.

Durch Verzicht auf spekulative Gewinne und übersetzte Preise sowie durch nachhaltige Bewirtschaftung ihres Bestandes leisten die gemeinnützigen Wohnbauträger einen unerlässlichen Beitrag zur Wohnraumversorgung der Schweiz. Ihre Leistungen entlasten das Gemeinwesen in finanzieller und sozialer Hinsicht und tragen zum sozialen Frieden bei. Darum muss ihr Anteil an Wohnraum erhalten und weiterentwickelt werden.

Die gemeinnützigen Wohnbauträger der Schweiz richten sich – gemäss Vorgabe des BWO und der Dachverbände vom 1. September 2004 – nach den Grundsätzen dieser Charta:

- 1. Die gemeinnützigen Wohnbauträger erstellen, erhalten und erwerben vorzugsweise preisgünstigen Wohnraum.** Dieser bleibt der Spekulation entzogen. Dank Kostenmiete und Verzicht auf Gewinnstreben leisten sie einen dauernden Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum.
- 2. Die gemeinnützigen Wohnbauträger bieten Wohnraum für alle Bevölkerungskreise an.** Dabei streben sie soweit möglich eine Durchmischung an, die unterschiedliche Lebensstile zulässt und Schwache nicht ausgrenzt, sondern integriert. Sie berücksichtigen insbesondere Familien, Behinderte und Betagte und sind bestrebt, Wohnungen mit günstigen Mieten Haushalten mit geringen Einkommen zur Verfügung zu stellen.
- 3. Bei den Baugenossenschaften sind Mieterinnen und Mieter in der Regel deren Mitglieder.** Sie bestimmen dadurch mit über ihr gemeinsames genossenschaftliches Wohneigentum. Die Mitglieder der Genossenschaft geniessen eine höhere Wohnsicherheit. Sie können zudem in Ämtern der Genossenschaft mitwirken, an den Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und in den Siedlungen Aufgaben übernehmen.
- 4. Viele Aufgaben der Leitung und Verwaltung von Genossenschaften und Stiftungen werden durch nebenamtlich tätige Mitglieder ausgeübt.** Trotzdem müssen auch die nebenamtlich Tätigen professionellen Standards genügen, was eine entsprechend sorgfältige Auswahl und Weiterbildung erfordert.
- 5. Die Genossenschaften entwickeln ihre Ideale weiter.** Sie fördern und begleiten die Mitglieder in der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und im nachbarschaftlichen Zusammenleben. Sie berücksichtigen die Bedürfnisse der heutigen und der künftigen Bewohnerschaft und setzen sich gegen aussen für eine gesunde Wohn- und Lebensqualität ein. Die Ideale der Genossenschaften und deren soziale Haltung kommen auch bei der Wahl der Geschäftspartner und bei Arbeitsvergebungen zum Ausdruck.
- 6. Die gemeinnützigen Wohnbauträger sind untereinander solidarisch und zur Zusammenarbeit bereit.** Sie sind offen für gegenseitige Hilfe und Austausch. Durch die Verbandsmitgliedschaft, Solidaritätsbeiträge und Mitarbeit in Verbandsorganen engagieren sie sich für gemeinsame Anliegen. Wichtig ist ihnen die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand. Dabei bieten sie Gewähr, dass die eingesetzten öffentlichen Mittel dauernd der Bewohnerschaft zugutekommen.
- 7. Beim Bauen und Erneuern streben die gemeinnützigen Wohnbauträger nach guten planerischen und architektonischen Lösungen.** Sie achten insbesondere auf:
Hohe Flexibilität bei der Nutzung der Wohnungen, Einbezug künftiger Bedürfnisse, behindertengerechtes Bauen, hochwertige und begegnungsfördernde Gestaltung der Aussenräume, sichere Erschliessungen, geringer Folgeunterhalt, Einsatz ökologisch einwandfreier Materialien und Beachtung von ökologischen Grundsätzen bei Bau und Betrieb. Bei Umbauten oder Ersatzneubauten gehen sie in sozial verträglicher Weise vor.
- 8. Die gute, nachhaltige und kostenbewusste Pflege der Liegenschaften zur Werterhaltung ist ein grosses Anliegen.** Dazu gehört neben dem sorgfältigen Unterhalt die regelmässige Prüfung von Massnahmen, um den Wohnwert der Liegenschaften und ihrer Umgebung zu steigern. Die gemeinnützigen Wohnbauträger achten dabei auf eine sorgfältige finanzielle Planung, die durch vorausblickende Mietzinsgestaltung ermöglicht wird.

Stand: 22. November 2010



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Bundesamt für Wohnungswesen BWO



Schweizerischer Verband für Wohnungswesen
Association Suisse pour l'Habitat
Associazione Svizzera per l'Abitazione

WOHNEN
SCHWEIZ

Verband der Baugenossenschaften
Association des Coopératives de Construction

